



Landtag von Baden-Württemberg

86. Sitzung

14. Wahlperiode

Stuttgart, Freitag, 5. Februar 2010 • Haus des Landtags

Beginn: 9:38 Uhr

Schluss: 13:55 Uhr

INHALT

Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten	6177	b) Einzelplan 06: Finanzministerium	
Verabschiedung und Würdigung des Abg. Günther Oettinger	6177	Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 14/5706	
Glückwünsche zum Geburtstag des Abg. Paul Locherer	6177	c) Einzelplan 12: Allgemeine Finanzverwaltung	
1. Fortsetzung der Zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2010/11 (Staatshaushaltsgesetz 2010/11 – StHG 2010/11)		Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 14/5712	
a) Einzelplan 14: Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst		d) Staatshaushaltsgesetz 2010/11 – Drucksache 14/5600	
Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 14/5714	6178	Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 14/5715	6196
Abg. Dr. Klaus Schüle CDU	6178	2. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Haushaltsgesetz 2010 und Gesetz über das Landesschuldbuch – Drucksache 14/5680	
Abg. Martin Rivoir SPD	6179	Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 14/5716	6197
Abg. Theresia Bauer GRÜNE	6181	3. Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zur Mittelfristigen Finanzplanung des Landes Baden-Württemberg für die Jahre 2009 bis 2013 – Drucksachen 14/5681, 14/5717 . .	6197
Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP	6182	Abg. Manfred Groh CDU	6197, 6199
Minister Dr. Peter Frankenberg	6184, 6187	Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE (Kurzintervention)	6199
Abg. Theresia Bauer GRÜNE (Kurzintervention)	6187	Abg. Klaus Dieter Reichardt CDU	6199
Abg. Christoph Palm CDU	6187	Abg. Dr. Nils Schmid SPD	6201
Abg. Helen Heberer SPD	6189	Abg. Eugen Schlachter GRÜNE	6205
Abg. Jürgen Walter GRÜNE	6190		
Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP	6191		
Staatssekretär Dr. Dietrich Birk	6192		
Beschluss	6194		

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP	6210	Abg. Theresia Bauer GRÜNE (zur Geschäftsord-	
Minister Willi Stächele.....	6213	nung)	6219
Beschluss	6216	Abg. Claus Schmiedel SPD (zur Geschäftsord-	
Abg. Reinhold Gall SPD (zur Geschäftsordnung).	6218	nung)	6219
Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU (zur Geschäfts-		Abg. Stefan Mappus CDU (zur Abstimmung)...	6220
ordnung).....	6218, 6219	Abg. Hagen Kluck FDP/DVP (zur Abstimmung) .	6221
Abg. Dr. Nils Schmid SPD (zur Geschäftsord-		Abg. Claus Schmiedel SPD (zur Abstimmung)...	6221
nung)	6218	Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE (zur Ab-	
Abg. Hagen Kluck FDP/DVP (zur Geschäftsord-		stimmung)	6222
nung)	6218	Nächste Sitzung	6225

Protokoll

über die 86. Sitzung vom 5. Februar 2010

Beginn: 9:38 Uhr

Präsident Peter Straub: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 86. Sitzung des 14. Landtags von Baden-Württemberg und begrüße Sie.

Urlaub für heute habe ich Frau Abg. Lösch, Frau Abg. Miechlich sowie den Herren Abg. Lehmann und Dr. Mentrup erteilt.

Krankgemeldet ist Frau Abg. Dr. Unold.

Aus dienstlichen Gründen hat sich Frau Ministerin Dr. Stolz entschuldigt.

Dienstlich verhindert sind Frau Staatsrätin Professor Dr. Hübner, Herr Staatssekretär Fleischer und Herr Staatssekretär Drautz.

Meine Damen und Herren, Herr Ministerpräsident Oettinger hat mir mit Schreiben vom 29. Januar 2010 gemäß Artikel 41 Abs. 2 der Landesverfassung mitgeteilt, dass er sein Landtagsmandat mit Ablauf des 5. Februar 2010 niederlegt.

Herr Abg. Oettinger, heute vollzieht sich also Ihr Abschied aus dem Landtag. Uns eint deshalb fraktionsübergreifend das Bedürfnis, Ihnen Dank und Hochachtung zu bekunden, dass Sie 26 Jahre für die Landespolitik gelebt haben. Ich denke, man kann das so sagen.

Der Landtag ohne Sie – das ist gewöhnungsbedürftig, weil Sie schon als junger Abgeordneter eine prägende Persönlichkeit gewesen sind und weil Sie bei aller Leidenschaft stets sportlich-fair, kollegial, ja kameradschaftlich agiert haben.

1984 im Wahlkreis Vaihingen/Enz direkt gewählt, platzierte Sie der erste Buchstabe Ihres Nachnamens im Mittelfeld unseres Plenarsaals. Sie standen jedoch sofort im medialen Rampenlicht. Sie waren bekanntlich Landesvorsitzender der Jungen Union und wussten diese Plattform öffentlichkeitswirksam zu nutzen.

(Heiterkeit – Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Ihre ersten parlamentarischen Sporen verdienten Sie sich im Sozialausschuss und im Umweltausschuss. Renommee wurde Ihnen zudem als maßgeblicher Verfasser der „Grünen Charta“ zuteil.

1991 übernahmen Sie den Vorsitz der CDU-Fraktion. Sie übten diese Funktion in drei Konstellationen aus: in der absoluten Mehrheit, in der Großen Koalition und in der jetzigen Konstellation. Sie praktizierten jeweils mustergültig die Ma-

xime „Führen ist eine Kategorie des Dienens“. Sie ebneten nicht nur die parlamentarischen Wege für das Regierungshandeln, sondern Sie beeinflussten es auch geräuschlos in der Sache.

Charakteristisch für Sie wurden zudem Ihre detailfeste Kompetenz auf sämtlichen Politikfeldern und Ihre Intimkenntnis der lokalen Gegebenheiten landauf, landab. Selbst enge Weggefährten fragten sich, wann und wie Sie sich mit all den Fakten und Argumenten wappneten – trotz Ihrer Terminfülle und trotz Ihrer Neigung, das gesellige Ende von Veranstaltungen nicht zu versäumen.

(Heiterkeit und Beifall bei allen Fraktionen)

2005 fand die Wahl zum Ministerpräsidenten statt. Es war ein Rollenwechsel, doch keine Entfremdung vom Landtag. Sie achteten den Landtag jederzeit und dezidiert als zentrales politisches Forum. Dafür gebührt Ihnen unser spezifischer Respekt.

Die relative Kürze Ihrer Amtszeit täuscht: Sie konnten Bedeutsames dauerhaft erreichen. Ihr Name steht ohne Verfallsdatum für die Schuldenbremsen im Grundgesetz und in der Landeshaushaltsordnung, für den Pensionsfonds, für Stuttgart 21 und für das „Kinderland“ Baden-Württemberg als Arbeitstitel einer Megaaufgabe.

Herr Ministerpräsident, Sie haben offen bekannt, auch mit Wehmut zu scheiden. Das können wir nachempfinden. Zugleich freuen wir uns, dass bei Ihnen die anderen Zutaten der berühmten „gemischten Gefühle“ inzwischen wohl dominierend geworden sind, namentlich der sprichwörtliche Zauber eines neuen Lebensabschnitts und die positive Hochspannung angesichts der Gestaltungsmöglichkeiten in größerem Rahmen.

Wir Baden-Württemberger wollen Sie als EU-Kommissar nicht für uns vereinnahmen. Aber wir wissen, dass wir einen hilfsbereiten Ansprechpartner und wohlmeinenden Ratgeber in Brüssel bekommen werden. Umso mehr wünschen wir Ihnen alles Gute für Ihr Wirken in der EU-Kommission.

(Die Abgeordneten aller Fraktionen spenden stehend anhaltenden Beifall.)

Meine Damen und Herren, Herr Kollege Paul Locherer hat heute Geburtstag. Im Namen des ganzen Hauses gratuliere ich ihm herzlich und wünsche ihm alles Gute.

(Beifall bei allen Fraktionen – Zuruf von der SPD: Da gehen wir hin!)

(Präsident Peter Straub)

Meine Damen und Herren, wir treten in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

Fortsetzung der Zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2010/11 (Staatshaushaltsgesetz 2010/11 – StHG 2010/11)

Wir kommen zunächst zum **Buchstaben a:**

Einzelplan 14: Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 14/5714

Berichtersteller: Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel

Berichtersteller für die Bereiche Bibliothekswesen und Kunst: Abg. Klaus Herrmann

Das Präsidium hat eine Redezeit von zehn Minuten je Fraktion festgelegt, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

In der Aussprache erteile ich Herrn Abg. Dr. Schüle das Wort.

Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Investitionen in Bildung, Investitionen in Forschung und Investitionen in die Innovationskraft unseres Landes sind seit vielen Jahrzehnten konsequente Schwerpunkte unserer Politik, und dies mit großem Erfolg. Baden-Württemberg ist auch nach der jüngsten EU-Studie unter allen 68 Regionen Innovationsland Nummer 1 in Europa.

Mit dem Einzelplan 14 beschließen wir weitere entscheidende Maßnahmen, um den Erfolgskurs unseres Landes fortzusetzen. Im Folgenden werde ich mich auf den Bereich Wissenschaft und Forschung konzentrieren. In der zweiten Runde wird mein Kollege Christoph Palm zum Kunstbereich sprechen.

Zunächst einmal möchte ich mich für die exzellente Vorbereitung und Abstimmung dieses Haushalts bei unserem Wissenschaftsminister Dr. Peter Frankenberg, bei Staatssekretär Dr. Dietrich Birk sowie bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst bedanken.

(Beifall bei der CDU)

Vier Schwerpunkte für den Bereich Wissenschaft und Forschung stelle ich für die CDU-Fraktion in den Mittelpunkt.

Erstens: Exzellenzinitiative. Mit dem heute zu beschließenden Haushalt sichern wir die erfolgreiche Fortsetzung der Exzellenzinitiative der Hochschulen in Baden-Württemberg. Allein 20 von 85 bundesweit bewilligten Graduiertenschulen, Exzellenzclustern und Zukunftskonzepten, allein vier von neun Exzellenzuniversitäten kommen schon jetzt aus Baden-Württemberg.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

600 Millionen € haben wir an zusätzlichen Bundesmitteln durch die erste Exzellenzinitiative in unser Land geholt. Daran knüpfen wir nahtlos an. Wir schaffen jetzt die finanziellen und strategischen Voraussetzungen dafür, dass unsere Hochschulen in der nächsten Runde ab dem Jahr 2013 weiterhin erfolgreich sein werden. 29 Millionen € jährlich stellen wir dafür in unseren Haushalt ein. Unser Ziel ist es, dass wir eine noch größere Anzahl unserer Hochschulen in der Exzellenzinitiative II durchsetzen werden.

Zweitens: Mit dem Doppelhaushalt 2010/2011 verbessern wir weiter die konkrete Situation der Studierenden an unseren Hochschulen. Im Rahmen des Ausbauprogramms „Hochschule 2012“ stellen wir zusätzliche Mittel zur Verfügung, um neue, qualitativ hochwertige Studienplätze zu schaffen. Hierfür werden zusätzliche Mittel in Höhe von 113 Millionen € im Jahr 2010 und 120 Millionen € im Jahr 2011 zur Verfügung gestellt.

Auf die neuen Zahlen des Statistischen Landesamts haben wir umgehend reagiert. Hierzu haben wir in der CDU-Fraktion am Dienstag ein ausführliches Gespräch mit der Präsidentin des Statistischen Landesamts geführt. Weitere 4 000 Plätze werden bereitgestellt. Die Abstimmung mit den Hochschulen und der regionalen Wirtschaft ist in vollem Gange, und die Maßnahmen sind in der Umsetzung. Baden-Württemberg ist – das will ich ausdrücklich hervorheben – bundesweit das einzige Land, das im Interesse der Studierenden ein solches Ausbauprogramm, orientiert an den Bedürfnissen des Landes, auf die Beine gestellt hat.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Berechtigte Kritikpunkte unserer Studierenden greifen wir auf und erarbeiten dazu gemeinsam konkrete Lösungen.

Der Umstieg auf das neue Studiensystem mit Bachelor- und Masterabschlüssen funktioniert überwiegend sehr gut. An einigen Hochschulen aber, vor allem an den geisteswissenschaftlich orientierten Fakultäten unserer Universitäten, gibt es Umstellungsprobleme. Deshalb haben wir auf diese Kritik reagiert. Minister Frankenberg hat in enger Abstimmung mit unserer Fraktion den Rahmen für notwendige Verbesserungen auf Bundesebene mit Erfolg durchgesetzt: Lockerung des starren Zeitkorsetts bei Bachelor und Master, Aufbrechen der starren Vorgaben für die Akkreditierungssysteme. Damit wurde die notwendige Flexibilisierung durchgesetzt.

Am 8. März werden wir auf unserem Kongress zusätzlich noch die praktischen Erfahrungen unserer Studierenden konzentriert aufnehmen, und wir werden dann die noch verbliebenen Umstellungsschwierigkeiten beseitigen.

Die Einführung sozial verträglicher Studiengebühren ist – das wird immer deutlicher – ein Erfolg. 138 Millionen € jährlich mehr für weitere Qualitätsverbesserungen für unsere Studierenden stehen auch in den kommenden zwei Jahren zur Verfügung.

Bei der Bereitstellung zusätzlicher Lehrkräfte, bei der Verbesserung der Lehre, bei der Modernisierung und der besseren technischen Ausstattung der Labore und Hörsäle kommen wir spürbar voran. Noch vor zwei Jahren, verehrte Frau Kollegin Bauer, haben Sie von dieser Stelle aus behauptet, wegen der

(Dr. Klaus Schüle)

Studiengebühren werde die Zahl der Studierenden in unserem Land zurückgehen. Heute steht fest: Genau das Gegenteil ist der Fall.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Hört, hört!)

Wir haben Rekordzahlen von Studierenden in unserem Land.

(Zuruf der Abg. Theresia Bauer GRÜNE – Abg. Werner Pfisterer CDU: Qualität zahlt sich aus!)

Nur ein Teil davon ist auf den demografischen Faktor zurückzuführen. Bei der Zunahme der Studierendenzahlen liegen wir weit über dem Bundesdurchschnitt. Das zeigt: Unsere Studierenden fühlen sich an den Hochschulen in Baden-Württemberg wohl.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Werner Pfisterer CDU: Sehr gut!)

Dritter Punkt: Wir unternehmen im Hinblick auf die aktuelle wirtschaftliche Lage erhebliche Anstrengungen, um die erfolgreichen Absolventinnen und Absolventen unserer Hochschulen in unserem Land zu halten. Mit dem Sonderprogramm für die Absolventinnen und Absolventen der Fächer Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik, dem sogenannten MINT-Programm, bieten wir jungen Menschen unter Beteiligung der Wirtschaft über 500 befristete Arbeitsplätze in Forschungs- und Technologietransfersystemen an. Damit wollen wir junge Menschen, die wegen der aktuellen wirtschaftlichen Situation Schwierigkeiten haben, unmittelbar einen Arbeitsplatz zu finden, möglichst lange weiterqualifizieren, damit gewährleistet ist, dass sie sich, wenn sich die wirtschaftliche Lage wieder zum Besseren wendet, in unserem Land einen dauerhaften Arbeitsplatz sichern können. Das ist auch im Interesse unseres Landes Baden-Württemberg.

Meine Damen und Herren, der vierte und letzte Punkt ist die Stärkung der Innovationskraft unseres Landes. Ein ganz maßgeblicher Schwerpunkt unseres Doppelhaushalts besteht in der zukunftsorientierten Forschungsförderung und der Förderung von Schlüsseltechnologien. Mit dem Karlsruher Institut für Technologie, KIT, ist es im letzten Jahr gelungen, die größte wissenschaftliche Einrichtung in Deutschland zu schaffen. Im Haushalt haben wir die Mittel für einen erfolgreichen Start eingestellt. Wir werden das KIT zum europaweit führenden Energieforschungszentrum – einschließlich aller Aspekte der Klimaforschung und der Materialforschung – ausbauen.

Das KIT ist nur ein markantes Beispiel für den Aufbau erfolgreicher Kompetenznetzwerke in unserem Land. In weiteren Bereichen der Schlüsseltechnologien fördern wir in die Zukunft, und zwar fördern wir zum einen fachspezifisch – beispielsweise fließen 29 Millionen € in die Offensive Biotechnologie, und das MWK ist zudem am Zukunftsprojekt Elektromobilität beteiligt –, zum anderen fördern wir aber auch regionale Kompetenznetzwerke. Wir unterstützen im jetzigen Haushalt unsere Regionen beim Spitzenclusterwettbewerb des Bundesministeriums für Bildung und Forschung. Damit haben wir schon jetzt bundesweit viel Erfolg gehabt. Ein besonderes Beispiel ist das Cluster „Zellbasierte & Molekulare Medizin“ in der Metropolregion Rhein-Neckar.

Zusammenfassend: Es gelingt uns immer besser, unsere gesamte Forschungslandschaft sinnvoll so miteinander zu ver-

knüpfen, dass wir auf immer mehr Feldern international in die Spitze vordringen. Deshalb bin ich fest davon überzeugt, dass wir mit unserer Strategie richtig liegen. Mit all unseren Maßnahmen werden wir es nicht nur schaffen, gestärkt aus der Wirtschafts- und Finanzkrise herauszukommen; wir legen mit diesem Haushalt auch einen weiteren Baustein dafür, dass wir Innovationsland Nummer 1 in Europa bleiben werden.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Rivoir.

Abg. Martin Rivoir SPD: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Einzelplan 14 hätte diesmal ein Haushalt des Aufbruchs, der Zukunftsorientierung werden können. Die Chancen waren noch nie so gut wie jetzt: Die Protestkundgebungen an den Universitäten und Hochschulen gingen von Studierenden aus, standen aber auch im Zeichen wohlwollender Solidarität der Professoren und der Hochschulleitungen. Auf Missstände wurde aufmerksam gemacht. Die fehlende Finanzierung des Bologna-Prozesses wurde beklagt. Die chaotischen Auswirkungen der Geschwisterregelung wurden angeprangert. Der beklagenswerte Zustand der Bausubstanz wurde thematisiert. Die chronische Unterfinanzierung des gesamten Hochschulbetriebs war in aller Munde. Die trotz des Programms „Hochschule 2012“ noch immer drängende Frage, wie all die Studierenden, deren Zahl immer weiter steigt, durch unsere Hochschullandschaft geschleust werden sollen, war ein großes Thema.

All diese Punkte wurden in der Öffentlichkeit und an den Hochschulen breit diskutiert. Diese Proteste, meine Damen und Herren, hätten dem Minister eigentlich die Kraft geben müssen, mehr Geld für den Einzelplan 14 herauszuholen. Denn die Lösung all dieser Fragen geht nur über eine auskömmliche Finanzierung der Hochschullandschaft.

(Beifall bei der SPD – Abg. Werner Pfisterer CDU: Woher? – Abg. Stefan Mappus CDU: Mehr Geld?)

Das ist ja auch in den Sonntagsreden immer anerkannt worden. – Ja, mehr Geld. Das pumpen Sie nur in den Kiesabbau. Daran sehen Sie einmal, was an Geld sozusagen noch in der Luft ist.

(Abg. Werner Pfisterer CDU: Seriöse Vorschläge bitte! – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Machen Sie einmal einen Deckungsvorschlag!)

Meine Damen und Herren, es wird auch in Sonntagsreden immer wieder gesagt: „Die Zukunft unseres Landes liegt in den Köpfen. Hier müssen wir investieren.“ Das sind die allgemeinen Aussagen.

Wie sieht es aber in der Realität aus? Wie reagiert man im Einzelplan 14 auf diese richtige Erkenntnis? Nichts von alledem. Es ist die geschäftsmäßige Fortführung der Haushaltsplanansätze der Vorjahre – kein Aufbruch, keine entscheidende Kurskorrektur, obwohl an unseren Hochschulen Feuer unter dem Dach ist.

Herr Minister, Sie sollten die Interessen der Hochschulen beim Finanzminister vertreten. Mehr Druck, mehr Rückenwind aus

(Martin Rivoir)

den Hochschulen als in diesem Jahr haben Sie eigentlich noch nie gehabt. Leider hat man bei dem uns vorgelegten Haushalt den Eindruck, dass es genau umgekehrt ist. Offensichtlich sind Sie, Herr Minister, der Interessenvertreter des Finanzministers bei den Hochschulen, nicht umgekehrt.

Wie hätten Sie es sonst zulassen können, Herr Minister, dass mit der Geschwisterregelung der Solidarität einseitig gebrochen wurde und keinerlei Ausgleich geschaffen wurde?

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sind Sie gegen die Geschwisterregelung?)

Wie hätten Sie es zulassen können, dass trotz des Solidaritätspakts den Hochschulen mit allen Mitteln und auf allen Wegen Geld gestrichen werden?

(Abg. Stefan Mappus CDU: Sind Sie gegen die Geschwisterregelung? – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Entweder sind Sie dafür oder dagegen!)

– Herr Mappus, wir haben es Ihnen schon x-mal erklärt. Wir haben für die Geschwisterregelung gestimmt.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Also!)

Das Problem ist aber, dass durch diese Geschwisterregelung der Hochschulsolidarität einseitig gebrochen wurde. Wir haben hier beantragt – das haben Sie mit Ihrer Mehrheit abgelehnt –,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist ja zusätzliches Geld!)

dass dieses Geld, das den Hochschulen durch die Geschwisterregelung entzogen wird, ersetzt wird,

(Abg. Werner Pfisterer CDU: Woher? – Zuruf von der CDU: Woher soll das Geld kommen?)

weil dies aufgrund des Solidaritätspakts erforderlich ist. Der Solidaritätspakt ist ein Vertrag zwischen den Hochschulen und dem Land, und der wurde einseitig gebrochen.

(Zuruf von der SPD: Vertragsbrecher!)

Das Geld hätten Sie zur Verfügung stellen müssen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Werner Pfisterer CDU: Schuldentreiber SPD!)

– Meine Damen und Herren, das hat nichts mit Schuldentreiber zu tun,

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Natürlich!)

sondern damit, dass wir in die Zukunft des Landes und in die Köpfe investieren wollen.

(Zuruf von der CDU: Womit?)

Das brauchen wir dringend, meine Damen und Herren.

Weitere Punkte: In diesem Haushalt wurde z. B. keine Antwort darauf gegeben, wie die von der Hochschulrektorenkonferenz festgestellten Mehrkosten von 15 % aufgrund des Bologna-Prozesses finanziert werden sollen. Es wurde keinerlei

Ausgleich für die finanziellen Mehrbelastungen der Hochschulen durch die ab 2011 vorgeschriebenen Zulassungstests in den NC-Fächern gegeben, und es wurde auch keinerlei Kompensation für die Akkreditierungsverfahren gegeben, die den Hochschulen auferlegt wurden. Und natürlich – das ist der letzte Punkt – gibt es keine Kompensation für die Kosten, die jetzt für die institutionelle Akkreditierung entstehen, für diese neue „Superlösung“, nachdem die vormals so hochgelobte Programmakkreditierung mit Glanz und Gloria gescheitert ist.

Herr Minister, Sie hätten bei der Aufstellung des Einzelplans 14 um der Hochschulen willen widersprechen müssen, aber Sie haben es vorgezogen, sich wegzuducken. Sie haben damit den Hochschulen geschadet. Sie haben sich gegen die Hochschulen entschieden. Deshalb wird dieser Einzelplan 14 die Probleme nicht lösen. Der Einzelplan 14 in dieser Form wird die Probleme von Hochschulen nur verschärfen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Karl Zimmermann CDU: Da klatschen nicht einmal die Grünen!)

Was brauchen wir? Was braucht die Hochschullandschaft? Was fordern wir? Wir wollen verlässliche finanzielle Rahmenbedingungen. Dazu gehört eine auskömmliche Finanzierung der Hochschulen aus Staatsmitteln ohne Studiengebühren, denn die sind unsozial und halten Abiturienten vom Studieren ab.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Deswegen steigen die Zahlen!)

Wir wollen eine Befreiung der Hochschulen von unnötiger Bürokratie. Deswegen werden wir auch dem Antrag der Grünen auf Abschaffung der Pflicht zur Durchführung von Zulassungstests zustimmen. Wir wollen auch eine tatsächliche Autonomie der Hochschulen und nicht eine kleinliche Kontrolle durch das MWK.

Was uns auch wichtig ist: Wir wollen Mitwirkungsmöglichkeiten der Beschäftigten und der Studierenden, die dem kooperativen Charakter wissenschaftlicher Arbeit entsprechen. Ich nenne als Stichwort hier die Einführung einer Verfassten Studierendenschaft.

(Beifall bei der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Um Gottes willen! – Abg. Stefan Mappus CDU: Das ist ja ein Ladenhüter!)

Dies soll eine kurze Einschätzung des Einzelplans 14 und der dort aufgespannten Finanzwelt sein.

Meine Damen und Herren, ich will auf zwei weitere Punkte zu sprechen kommen. Zum einen zu der Art und Weise, wie die Landesregierung auf die Kritik an der Umsetzung des Bologna-Prozesses reagiert: Es wurde nun für den 8. März zu einem Kongress eingeladen. Fleißig und für viel Geld hat das Ministerium Podiumsdiskussionen und Foren organisieren lassen. Eine Homepage mit der Möglichkeit, Anregungen per E-Mail zu schicken, wurde eingerichtet. Folgende Frage stellt sich: Wie werden die dort eingegangenen Anregungen eigentlich ausgewertet und aufgearbeitet?

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Gar nicht!)

(Martin Rivoir)

Wir erwarten, dass vor dem Kongress alle eingebrachten Anregungen transparent gemacht werden, nicht nur die, die den frankenbergschen Filter passiert haben.

(Zuruf von der CDU: Oh!)

Außerdem wurden meines Wissens die Studierendenvertretungen nicht oder nur am Rande in die Vorbereitungen und in die Konzeption des Kongresses eingebunden. So geht es eigentlich nicht. Wenn man wirklich strukturelle Änderungen will, dann müssen diese von unten nach oben erfolgen und dürfen nicht mithilfe eines eilig einberufenen kopflastigen Kongresses geschehen; Letzteres wäre reiner Aktionismus.

(Abg. Werner Pfisterer CDU: Der Kongress war vorher geplant, Herr Kollege! – Gegenruf des Abg. Johannes Stober SPD: Nichts war geplant!)

Ein zweiter Punkt, den ich noch ansprechen will, ist ganz aktuell: Vorgestern ging durch die Presse, dass wir trotz der Bemühungen, die Studienplätze schnell zu verteilen, auch in den NC-Fächern wieder unbesetzte oder sehr lange Zeit unbesetzte Studienplätze haben. Herr Minister, ich würde Sie bitten, nachher etwas dazu zu sagen, wie sich die Situation hier im Land Baden-Württemberg in dieser Frage darstellt.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit. Frau Heberer wird in der zweiten Runde über das Thema Kultur sprechen.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Frau Abg. Bauer.

Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wenn man den Kollegen Schüle über den Wissenschaftshaushalt reden hört, wenn man sein Schönreden hört,

(Abg. Werner Pfisterer CDU: Guter Inhalt, guter Mann!)

könnte man denken, es sei alles eitel Sonnenschein. Man fragt sich nur: Was hat das, was wir heute hier beraten, nämlich der Wissenschaftshaushalt, mit den Problemen und der Unruhe an den Hochschulen vor Ort zu tun? Bei Ihnen hat es den Anschein, dass die Probleme der Studierenden, über die sie seit Monaten diskutieren, wegen denen sie auf die Straße gehen und sich mit ihren Hochschulleitungen zusammensetzen, einzig von der Kultusministerkonferenz gemacht wurden oder von den Hochschulleitungen zu verantworten sind. Aber die Landesregierung scheint damit nichts zu tun zu haben.

(Abg. Werner Pfisterer CDU: Bundesweiter Streik! – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Das Gegenteil ist der Fall: Der vorliegende Haushalt – zuhören, lieber Herr Kollege Pfisterer! – ist der in Zahlen gegossene Beleg dafür, dass das strukturelle Ungleichgewicht, die strukturelle Misere der Hochschulen fortgeführt wird, dass Sie nicht bereit und nicht in der Lage sind, gegenzusteuern. Sie verschieben die Probleme in die Zukunft. Ihr einziges Bemühen in diesem Bereich erschöpft sich darin, zu schauen, wie Sie die Zahlen so schön aufbereiten, dass es möglichst wenig merken.

Das wichtigste Instrument dabei sind die globale Minderausgabe und die damit verbundenen allgemeinen Einsparauflagen. Es gibt sonst keinen Einzelhaushalt, der so stark mit dem Instrument der globalen Minderausgabe arbeitet, also mit dem Instrument, das bedeutet: Die konkreten Einsparungen und Mittelkürzungen werden nicht hier im Parlament beschlossen, sondern die Regierung behält sich vor, im laufenden Jahr zu schauen, an welchen Stellen die Mittel gekürzt werden. Das ist eine schleichende Entmündigung des Parlaments. Das ist auch das Gegenteil von Hochschulautonomie. Das ist allenfalls Ministerialautonomie. Dieses Instrument muss auf das nötige Mindestmaß begrenzt werden.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf des Abg. Dr. Klaus Schüle CDU)

Nur an der Oberfläche sieht es beim Wissenschaftshaushalt schön aus. Aber wenn man genau hinschaut, erkennt man die strukturellen Verschiebungen und Veränderungen, die dazu führen, dass sich vor Ort die Spannungen zunehmend entladen. Ich möchte das an drei Beispielen festmachen: erstens am Bereich der Forschung, zweitens am Programm „Hochschule 2012“ zum Ausbau der Studienplätze und drittens am Solidarpakt.

Im Forschungsbereich kann man enorme Mittelzuwächse feststellen. Diese Zuwächse im Forschungsbereich – Stichworte Exzellenzinitiative, Innovationspakt oder auch Wettbewerbsforschungsluster – sind allesamt induziert, angeregt und im Wesentlichen finanziert durch den Bund. Das Land reduziert sich immer mehr auf die Rolle des Kofinanzierers. Hier im Land wird keine eigene Forschungspolitik mehr mit eigenen Vorgaben gemacht. Das neue forschungspolitische Ziel – das nennen Sie auch so – heißt Sicherung der Drittmittelfähigkeit.

Die Forschungspolitik ist also erstens vom Bund geleitet und zweitens inzwischen so dominant, dass Sie Schwierigkeiten haben, die zusätzlichen Mittel für die Kofinanzierung in den Haushalt einzustellen. Also kratzen Sie die letzten Krümel aus den anderen Titeln zusammen und stärken immer weiter diese vom Bund angeregte Forschungspolitik. Das geht auf Kosten der Grundfinanzierung und auf Kosten des Hochschulbetriebs und der Lehre, weil Sie nicht genügend zusätzliches Geld hineingeben.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Zweiter Bereich: die neuen Studienplätze. Ich habe mich zu Jahresbeginn sehr gefreut, dass die CDU-Fraktion noch einmal nachgerechnet hat und zu dem Ergebnis gekommen ist, dass die angestrebten 16 000 neuen Studienplätze im Land nicht reichen. Jetzt wissen auch Sie: Wir brauchen 4 000 Studienplätze mehr.

(Abg. Stefan Mappus CDU: Nicht wir, Frau Kollegin! Das Statistische Landesamt!)

– Ich sage Ihnen etwas: Hätten Sie früher auf uns gehört!

(Oh-Rufe von der CDU)

Seit das Thema auf der Tagesordnung war, hat Ihnen die Fraktion GRÜNE vorgerechnet, dass wir insgesamt mindestens 20 000 neue Studienplätze brauchen.

(Theresia Bauer)

(Abg. Stefan Mappus CDU: Hellseherische Fähigkeiten! – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Ich freue mich, dass Sie beim Nachrechnen auch so weit gekommen sind. Auch wenn man langsam rechnet und zum richtigen Ziel kommt, freut uns das.

Jetzt haben Sie aber trotzdem ein Problem, Kollege Zimmermann.

(Abg. Werner Pfisterer CDU: Nein, wir lösen Probleme immer!)

Bis 2012 sind es noch drei Jahre, und Sie wollen in drei Jahren 8 000 Studienplätze schaffen, 4 000 aus der alten Rechnung und 4 000 obendrauf.

(Abg. Werner Pfisterer CDU: Rechtzeitig geplant! „Atmender Haushalt“ heißt das!)

Schauen Sie einmal in den Haushalt, wie viel Geld Sie dort eingestellt haben. Es gibt noch Aufwüchse für dieses Jahr; für das nächste Jahr stockt der finanzielle Aufwuchs. Neue Studienplätze gibt es aber nur mit zusätzlichem Geld. Die Rechnung von Ihnen ist noch nicht zu Ende gerechnet, und ich erwarte, dass Sie beim Nachtragshaushalt vorführen, wie Sie diesen Kraftakt bewältigen wollen.

(Zurufe der Abg. Dr. Klaus Schüle und Werner Pfisterer CDU)

Wir sind gern dabei, weil wir schon immer der Meinung waren, 20 000 zusätzliche Studienplätze im Land sind das Mindeste, was wir brauchen.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf des Abg. Werner Pfisterer CDU)

Dritter Punkt: der Solidarpakt II. Die Grundidee ist richtig: Verlässlichkeit herstellen, Sicherheit geben, damit die Hochschulen agieren können, und die Hochschulen vor kurzfristigen Kürzungen schützen. Alles in Ordnung. Was machen Sie aber? Sie schreiben von Anfang an als Widerspruch in sich das Recht in den Vertrag hinein, globale Minderausgaben zu verordnen. Globale Minderausgaben für den Solidarpakt, das ist ein Widerspruch in sich. Sie erhöhen darüber hinaus noch die globalen Minderausgaben. Die Fraktion GRÜNE lehnt dies ab. Wir stellen heute den Antrag, den Solidarpaktbereich komplett von globalen Minderausgaben auszunehmen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Zusätzlicher Bruch des Solidarpakts: Sie deckeln die Mittel für die Grundlast, dann packen Sie schleichend und sukzessive neue Aufgaben für die Hochschulen obendrauf, die die Hochschulen dann aus den globalen Mitteln zu bewerkstelligen haben, ohne finanzielle Entlastung zu erhalten. Sie setzen die Hochschulen auf diese Art immer weiter unter Druck.

Es gibt drei einfache und sehr eindrückliche Beispiele dafür:

Erstens: Die Bewirtschaftungskosten für Strom und für Energie sind in den letzten Jahren um bis zu 30 % gestiegen. Es gibt dafür keinen Ersatz für die Universitäten. Da nützt auch nicht der Verweis darauf, dass in den Neunzigerjahren die Energiekosten zeitweise heruntergegangen sind. Jetzt sind die

Stromkosten hoch, und der Strombedarf und die Heizkosten steigen. Die Hochschulen bekommen dafür keine Entlastung.

Zweiter Bereich: Akkreditierung. Es sind Millionenbeträge, die die Hochschulen dafür aufzubringen haben, die Studiengänge zu akkreditieren. Sie sind qua Gesetz dazu verpflichtet. Inzwischen redet Minister Frankenberg jedoch selbst davon, dass die Programmakkreditierungen keinen Qualitätsgewinn bringen. Viel Bürokratie, viel Aufwand – alles für nichts.

Entlasten Sie die Hochschulen doch davon, und folgen Sie heute unserem Vorschlag. Wir beantragen, die Pflicht zur Akkreditierung für die Laufzeit des Solidarpakts II auszusetzen. Zuerst müssen die Strukturen der Akkreditierung aufgeräumt und sinnvolle Strukturen geschaffen werden, und erst dann können die Hochschulen Geld für die Qualitätssicherung in die Hand nehmen.

(Beifall bei den Grünen)

Der dritte Bereich, bei dem Sie konkret die Hochschulen mit zusätzlichen Aufgaben belasten, ohne ihnen das Geld zu geben, ist das Thema „Aufnahmeprüfungen und Auswahlgespräche“. Ab 2011, also ab nächstem Jahr, werden die Hochschulen verpflichtet, flächendeckend für alle lokalen NC-Studiengänge Aufnahmeprüfungen zu entwickeln, sie vorzubereiten, sie durchzuführen, sie zu dokumentieren, und das alles aus laufenden Globalmitteln ohne einen Cent Ersatz.

Das geht nicht. Abgesehen davon ist das Ganze auch in der Sache Unfug. Die Hochschulleitungen sagen Ihnen das inzwischen auch. Wir beantragen heute zur konkreten Entlastung der Hochschulen: Streichen Sie diese Pflicht zur Durchführung von Aufnahmeprüfungen. Entlasten Sie die Hochschulen von dieser Aufgabe. Dann haben sie im Vergleich zu Hochschulen in anderen Bundesländern auch keinen Wettbewerbsnachteil und haben ein wenig mehr Geld und Zeit, um zusammen mit den Studierenden die Defizite bei der Umsetzung der Bologna-Reform auszuräumen und dafür zu sorgen, dass die Studiengänge wirklich an Qualität hinzugewinnen.

In diesem Sinn freuen wir uns, wenn wir Sie überzeugt haben und Sie im Interesse der Hochschulen unseren Änderungsanträgen zustimmen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Johannes Stöber SPD)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Bachmann.

Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Ausführungen der Kollegin Bauer und des Kollegen Rivoir hinterlassen eine tiefe Ratlosigkeit. Sie kritteln und mäkeln an der Wissenschaftspolitik in einer Weise herum, dass man glauben könnte, wir wären in Hamburg oder in Berlin.

Zunächst zum grün-schwarzen Störfall Hamburg, Kollegin Bauer. Eine Rektorin, die nach Meinungsverschiedenheiten mit der Wissenschaftssenatorin entnervt aufgibt, Hunderttausende von Eltern, die gegen die grüne Schulsenatorin auf die

(Dietmar Bachmann)

Straße gehen, das sind die „Erfolge“ grüner Regierungspolitik.

Dann zum rot-roten GAU in Berlin, Kollege Rivoir.

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Sie reden zum fälschen Ressort!)

Die CDU nennt Ihren Genossen, Wissenschaftssenator Zöllner – ich zitiere –, „einen permanenten Störfall im Berliner Wissenschaftsbetrieb“. Eine Opposition muss solche Verbalattacken reiten.

(Zuruf des Abg. Martin Rivoir SPD)

Aber Ihr Genosse Oberg erklärt als wissenschaftspolitischer Sprecher der SPD, die Einstein Stiftung, das Lieblingsprojekt Ihres Genossen Zöllner, sei – ich zitiere – „nichts, worüber ein Wissenschaftspolitiker froh sein kann“.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Hört, hört!)

Selbst die „taz“, die nicht im Verdacht steht, das bürgerliche Lager zu vergöttern, berichtet aus einer aktuellen Debatte in Berlin, die Einstein Stiftung sei als Superuni gestartet und als Eventagentur gelandet. Das sind die „Erfolge“ roter Wissenschaftspolitik.

(Zuruf des Abg. Rainer Stickleberger SPD – Abg. Werner Pfisterer CDU: Das wollen die Kollegen aber nicht hören!)

Das Beste, was man über Ihren Genossen Zöllner liest, ist die Äußerung des wissenschaftspolitischen Sprechers der Linkspartei: Zöllner habe erstmals seit Jahren

(Abg. Walter Krögner SPD: Wir sind in Baden-Württemberg!)

etwas höhere Zuschüsse für die Berliner Hochschulen vorgehen. „Etwas höher“ heißt auf gut Schwäbisch: a klois bissle Geld.

Nun zu uns: Baden-Württemberg hat als erstes Bundesland ein Ausbauprogramm aufgelegt. Wir stocken dieses Programm jetzt – Kollege Schüle hat es schon ausgeführt – von 16 000 auf 20 000 Studienplätze auf.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Für 2012 sind im Haushalt 150 Millionen € vorgesehen. Kollegin Bauer, wenn die zuständigen Ressorts – so machen wir das – sorgfältig gerechnet haben, wird voraussichtlich über den Nachtrag zusätzliches Geld zur Verfügung gestellt.

Wenn Sie, Kollege Rivoir, Berlin und Baden-Württemberg miteinander vergleichen, wenn Sie die Politik einer schwarzgelben der einer rot-roten Landesregierung gegenüberstellen, dann sollten Sie die Verbalattacken einmal ein bisschen niedriger hängen.

Ich zitiere:

Es ist schwieriger, eine vorgefasste Meinung zu zertrümmern als ein Atom.

Das hat Ihr Mit-Ulmer Albert Einstein schon gewusst.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Grundzüge des Wissenschaftsetats

(Zuruf der Abg. Helen Heberer SPD)

mit seinem Volumen von rund 4 Milliarden € hat Kollege Dr. Schüle bereits erläutert. Lassen Sie mich deshalb im Kern zwei Aspekte herausgreifen.

Da ist der Antrag der Grünen, die Einsparauflagen aus dem Solidarpakt mit den Universitäten zu streichen. Das hört sich gut an.

(Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Ist auch gut!)

Aber das wäre der Ausstieg aus einer verlässlichen Wissenschaftspolitik. Verträge sind nicht dazu da, nach Gusto, Kasenslage oder Tagesform angepasst zu werden:

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Genau! Atomausstiegsgesetz!)

Pacta sunt servanda. Die Universitäten haben als Vertragspartner Rechte und Pflichten übernommen.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Genau!)

Sie sind Partner auf Augenhöhe.

Wenn wir nun den Grünen folgten und einseitig an diesen Verträgen herumfummelten, dann wäre das die Rückkehr zu einer alten Wissenschaftspolitik. Aber letztlich wollen Sie das ja.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Das wollen die doch!)

Wie oft diskutieren wir im Wissenschaftsausschuss über Vorschläge der Grünen, irgendwo in den Hochschulen herumzufummeln? Einmal sind es zusätzliche Mittel für das, was Sie für „gute“ Forschung halten, von der Evaluation von Hamsterhabitaten auf Straßenbaustellen bis hin zu den positiven Auswirkungen von Bildungsstreiks, und einmal sind es Streichungen bei dem, was Sie für „böse“ Forschung halten, von der Sicherheit der Kernkraftwerke bis zur Gentechnik.

Wir dagegen halten es mit unserer Verfassung. Die Freiheit von Forschung und Lehre spiegelt sich in der Autonomie der Hochschulen und diese wiederum in verlässlichen Verträgen auf Augenhöhe wider. Deshalb bleibt es bei diesen Verträgen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Zusätzliches Geld erhalten die Hochschulen z. B. über das Programm „Hochschule 2012“. Auch hier gilt der Grundsatz der Augenhöhe: Die Hochschulen entwickeln die neuen Studiengänge, nicht wir.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, als Nächstes haben wir den „Täglich-grüßt-das-Murmeltier“-Antrag der SPD auf Ersetzung der Einnahmen aus Studiengebühren durch Haushaltsmittel.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Ein richtiger Antrag!)

(Dietmar Bachmann)

Es besteht aber keine Hoffnung, dass die Taktik aufgeht. Wenn Sie mit Marmeladen arbeiten, tun wir es mit Eseln.

(Zurufe von der SPD: Das passt auch besser!)

Herr Kollege Kluck kennt sich damit aus.

(Zurufe von der SPD)

– Gern erkläre ich Ihnen noch einmal mit aller Eselsgeduld, warum das nicht nur keine neue, sondern auch keine gute Idee ist.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Marmeladen sind klüger als Esel!)

Wir haben uns bewusst für unecht nachlaufende Studiengebühren entschieden; denn bei echt nachlaufenden Studiengebühren, die später im Berufsleben bezahlt würden, stünde das Geld erst eines fernen Tages zur Verfügung. Sofort fällige Studiengebühren wären unverantwortlich, denn sie würden den Kindern wohlhabender Eltern Vorteile verschaffen. Deswegen setzen wir auf unecht nachlaufende Studiengebühren. Das Geld steht heute – wenn die Studierenden noch an den Universitäten sind – zur Verfügung, wird über staatlich garantierte Kredite vorfinanziert und später im Berufsleben zurückgezahlt.

Liebe Genossinnen und Genossen, würden wir diese Gebühren abschaffen, käme das Geld immer aus dem „Füllhorn der Pandora“. Wenn man ehrlich ist, muss man sagen, es käme in Wirklichkeit aus den Steuern der Arbeiterinnen und Arbeiter,

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: So ist es!)

und es würde Akademikern bis hinauf in die Vorstandsetagen zugutekommen. Das ist Ihre Politik: eine Klientelpolitik für die Bosse, ein Schlag ins Gesicht der Arbeiterklasse.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Reinhold Gall SPD:
Die Mikrofone sind eingeschaltet! Sie brauchen nicht
so zu schreien!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, obwohl wir uns immer wieder dasselbe erzählen, unterhält es stets gut.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Aber wir lassen uns von Ihrer Marmeladenpolitik nicht beeindrucken.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Sie hören noch nicht einmal die Glocke!)

Wir setzen auf Eselsgeduld und gehen unseren geraden Weg weiter,

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

einen Weg, der über verlässliche Rahmenbedingungen und eine vorbildliche Finanzausstattung die Autonomie der Hochschulen sichert, einen Weg, der die Freiheit von Forschung und Lehre sichert, ausbaut und ernst nimmt,

(Abg. Ingo Rust SPD: Ausmarsch!)

einen Weg, auf dem unser Land die Nummer 1 in Sachen Exzellenz und Technologie in Deutschland und Europa bleibt, einen Weg, den wir nicht zuletzt der Geduld und Beharrlichkeit unseres Wissenschaftsministers Professor Dr. Peter Frankenberg und seines ganzen Teams zu verdanken haben.

Ich danke für Ihrer aller Eselsgeduld.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der
CDU – Abg. Ingo Rust SPD: Ausmarsch, bitte!)

Präsident Peter Straub: Ich erteile dem Herrn Minister für Wissenschaft, Forschung und Kunst, Professor Dr. Frankenberg, das Wort.

Minister für Wissenschaft, Forschung und Kunst Dr. Peter Frankenberg: Herr Präsident, meine Damen und Herren! In der Tat sind angesichts der Wirtschafts- und Finanzkrise Investitionen in Forschung, in Entwicklung und in die Köpfe die wichtigsten Zukunftsinvestitionen. So steigt das Volumen des Haushalts meines Ministeriums von diesem Haushaltsjahr zum nächsten im Bereich von Wissenschaft und Forschung auch um 4,34 %. Das ist angesichts der Haushaltslage eine enorme Steigerung.

Aber das Land ist auch für die genauso wichtige Zukunftsvorsorge der Begrenzung der Schulden verantwortlich. Beides dient nachhaltiger Politik. Wir können nicht durch Schulden das finanzieren, was die junge Generation, die heute davon profitieren sollte, morgen mit Zins und Zinseszins zurückzahlen muss. Das wäre keine nachhaltige Politik. Ich habe nicht nur eine Ressortverantwortung, sondern auch eine Gesamtverantwortung. Was diese Gesamtverantwortung angeht, ist dieser Haushalt ausgewogen, zukunftsorientiert und sichert nicht nur die Leistungsfähigkeit unserer Hochschulen, sondern steigert sie auch.

Die Basis der Hochschulfinanzierung ist der Solidarpakt. Er ist besser als Solidarpakete in anderen Ländern. In Berlin wurden trotz solcher Verträge immer wieder die Haushaltsmittel der Universitäten gekürzt. Das geschah unter einer sozialdemokratischen Verantwortung für das dortige Ressort, Herr Rivoir.

(Abg. Werner Pfisterer CDU: Er liest gerade! Er hört nicht zu! – Heiterkeit des Abg. Dr. Klaus Schüle
CDU)

– Er liest gerade, wahrscheinlich bei Einstein.

Zum Zweiten berücksichtigen wir im Solidarpakt die Tarifsteigerungen. Viele Länder, die ähnliche Verträge haben, berücksichtigen die Tarifsteigerungen nicht, sondern dort heißt es lapidar: Tarifsteigerungen müssen erwirtschaftet werden.

Damit haben wir – das kann man mit Fug und Recht sagen – die beste Hochschulfinanzierung, die es in Deutschland gibt.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg.
Werner Pfisterer CDU: Kann man das wiederholen?)

Zu dieser Hochschulfinanzierung gehören in der Tat auch die Studiengebühren. Ich finde die rivoirsche Dialektik schon interessant, zu sagen, wir sollten eigentlich mehr einnehmen –

(Minister Dr. Peter Frankenberg)

er beklagt ja die Geschwisterregelung – und trotzdem gleichzeitig die Studiengebühren abschaffen.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Das haben Sie völlig falsch verstanden! – Abg. Martin Rivoir SPD: Sie verstehen das schon richtig!)

– Ich habe schon früher sehr häufig die sozialdemokratische Wirtschaftsdiagnostik verstanden, und das Erbe ist ein enorm hoher Schuldenberg.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Helen Heberer SPD: Nach Kohl muss man das aber anders sagen! So ein Satz! Sie wissen es doch besser! – Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

Das ist kein Witz, sondern leider die Wahrheit.

Wir richten gleichzeitig etatmäßig einen Struktur- und Innovationsfonds für unsere Hochschulen ein, um Spitzenberufungen zu ermöglichen. Das ist ein neuer Haushaltstitel. Wir stehen im Wettbewerb um Berufungen, und unsere Hochschulen sind ebenso gut wie die Köpfe an ihnen. Dazu dient dieser Struktur- und Innovationsfonds mit 4,5 Millionen € in diesem und mit 9 Millionen € im nächsten Haushaltsjahr.

Im Zukunftsinvestitionsprogramm des Bundes und im Landesinfrastrukturprogramm stehen 94 Millionen € für Investitionen und 240 Millionen € zusätzlich für Baumaßnahmen an den Hochschulen zur Verfügung.

Unsere Hochschulen haben in der Tat neue Aufgaben, aber wir gehen mit diesen Aufgaben wesentlich flexibler um als andere Länder. Wenn wir die Frage nach dem Bologna-Prozess stellen, so ist festzuhalten, dass die Umstellung insgesamt sehr gut gelungen ist. Die wenigen Probleme in bestimmten Studiengängen werden gelöst, werden systematisch angegangen. Die Hochschulen gehen dies dort, wo die Probleme bestehen, systematisch an, nämlich überwiegend in einigen Bereichen der Universitäten.

(Abg. Rita Haller-Haid SPD: Warum gehen dann die Studierenden auf die Straße? – Abg. Martin Rivoir SPD: Alles Kommunisten?)

– Sie müssen auch einmal fragen, Frau Haller-Haid, wie viele Studierende auf die Straße gehen

(Abg. Werner Pfisterer CDU: Vor allem: Wo?)

und wie repräsentativ diese Abstimmung ist.

(Zuruf der Abg. Theresia Bauer GRÜNE)

Der zweite Bereich sind die Akkreditierungen. Wir sind übrigens das einzige Land, das bei der Umstellung der alten auf neue Studiengänge keine Akkreditierung verlangt hat. Wenn Sie unser gemeinsames Memorandum mit den Hochschulen gelesen haben, dann wissen Sie, dass wir nicht auf der Vorabakkreditierung in Papierform bestehen. Es gibt vielmehr eine Option zwischen Genehmigung und Akkreditierung. Damit entfällt nicht nur das Prozessuale, sondern damit entfallen auch die Kosten.

Noch ein Wort zu den Studienplätzen nach dem KMK-Papier. Es wäre gut, wenn die Kultusministerkonferenz ein präziseres

Papier erarbeitet hätte. Denn die dort frei gebliebenen Studienplätze sind sowohl Studienanfängerplätze als auch Masterstudienplätze. Bei uns handelt es sich zu einem relativ großen Teil um Masterstudienplätze, die noch nicht angenommen worden sind. Nun beklagt die Opposition gleichzeitig, dass Masterstudienplätze frei werden, wie sie auch beklagt, dass es zu wenig Masterstudiengänge und -studienplätze gebe. Das ist ein anderer Teil dieser Dialektik.

Insgesamt sind die Studienplätze überbucht. Dass es hier und da weniger gibt und an anderer Stelle mehr, ist einfach der Tatsache geschuldet, dass eine Punktlandung bei Verfahren der Mehrfachbewerbungen ausgeschlossen ist.

Unsere Hochschulen sind so drittmittelstark wie keine andere Hochschullandschaft in Deutschland. Wie könnten sie das sein, wenn sie, wie die Opposition es beklagt, in sehr schlechter finanzieller Verfassung wären? Sie sind wettbewerbsfähig. Sie sind in diesem besten Sinn unternehmerische Hochschulen, indem sie sich intensiv um Drittmittel bemühen. Sie sind die erfolgreichsten Hochschulen beim 6. EU-Forschungsrahmenprogramm gewesen. Von den zehn erfolgreichsten deutschen Hochschulen kamen über die Hälfte aus Baden-Württemberg. Sie sind genauso erfolgreich im 7. EU-Forschungsrahmenprogramm. Unsere Hochschulen werben bei der DFG die meisten Mittel ein und sind bezogen auf alle Drittmittel insgesamt die drittmittelstärksten Hochschulen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Dass wir auch einen Teil der Kürzungen – aber durch den Solidarpakt weit unterproportional – tragen müssen, ist selbstverständlich. Das sind 12 Millionen € und 16 Millionen € in den beiden Haushaltsjahren.

Dass jetzt ausgerechnet die Grünen sagen, statt einer GMA täte es den Hochschulen besser, wenn wir konkret kürzten, vermittelt mir allerdings den Eindruck, dass aufseiten der Grünen jegliches Verständnis für Hochschulautonomie fehlt. Denn wie sollte es für die Hochschulen besser sein, wenn wir bei ihnen konkret kürzen, als wenn wir im Gesamthaushalt versuchen, die 16 Millionen € zu erbringen?

(Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Wir beantragen doch die Aufhebung der GMA!)

Wenn wir die weiteren zusätzlichen Leistungen sehen, so ist sicherlich das Programm „Hochschule 2012“ der größte Kraftakt. Wir stocken für die nächste Aufbaurunde, nämlich das Wintersemester 2011/2012, die Zahl der neuen Studienanfängerplätze um 1 500 auf. Das heißt, wir werden am Ende des Wintersemesters 2011/2012 nicht 11 500, sondern 13 000 neue Studienanfängerplätze geschaffen haben und reagieren damit unmittelbar und schnell auf die neuen Berechnungen unseres Statistischen Landesamts.

Wir werden bis zum Jahr 2012 20 000 neue Studienanfängerplätze geschaffen haben. Das heißt, wir garantieren nach wie vor, dass für die demografisch bedingte Steigerung der Studierendenzahlen wie für den doppelten Abiturjahrgang die notwendige Zahl der Studienplätze bereitsteht, sodass die Chancen, einen Studienplatz zu erhalten, in Baden-Württemberg nicht sinken, sondern genauso gut bleiben wie heute.

Die Tatsache, dass inzwischen mehr Studierende nach Baden-Württemberg kommen, dass wir ein Zuwanderungsplus bei

(Minister Dr. Peter Frankeberg)

den Studierenden haben, zeigt, dass Baden-Württemberg als Studienstandort attraktiver ist als andere Länder, obwohl man hier 500 € Studiengebühr pro Semester zahlt, während man in anderen Ländern, etwa in Rheinland-Pfalz, „kostenlos“ hätte studieren können. Gerade aus Rheinland-Pfalz haben wir einen hohen „Importgewinn“ von Studierenden nach Baden-Württemberg.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Interessant!
– Abg. Werner Pfisterer CDU: Sehr richtig! Das zeigt: Qualität hat ihren Preis!)

Für die zusätzlichen Studienplätze, die wir in diesem Jahr aufbauen, verfügen wir noch über die entsprechende Liquidität.

Unser Land und unsere Hochschulen sind inzwischen auch beim Professorinnenprogramm sowohl in der Bundesfinanzierung als auch in der Finanzierung von unserer Seite besonders erfolgreich. Wir investieren viel in den Bereich Studieninformation, Studienorientierung und Studienberatung, denn wir wissen, dass dies ein wesentliches Element des Studienerfolgs ist.

Wir haben mit dem MINT-Programm einen wichtigen Schritt getan, um für Absolventen der MINT-Fächer Positionen zu schaffen, die das Signal geben: Es lohnt sich auch in der Wirtschaftskrise, diese Fächer zu studieren. Wir lassen diese Studierenden nicht in die Arbeitslosigkeit gehen, sondern wir bieten ihnen Beschäftigungsverhältnisse an, um die Attraktivität dieser Studiengänge, von denen die Zukunft des Landes ganz wesentlich abhängt, zu erhalten und zu erhöhen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Der enorme finanzielle Aufwand für die Exzellenzinitiative bedeutet, dass 25 % der Mittel durch unseren Haushalt bereitgestellt werden. Wir beklagen nicht, dass viele Bundesmittel nach Baden-Württemberg fließen, sondern wir begrüßen es. Es ist ein Zeichen dafür, dass unsere Universitäten eben stärker sind als die Universitäten anderer Länder, stärker in Forschung, Wissenschaft und Lehre.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Werner Pfisterer CDU: Eine gute Lehrstunde wieder! – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Gut merken!)

Ein besonderer Erfolg war sicherlich die Gründung des Karlsruher Instituts für Technologie. Dieses KIT hat als Gemeinschaftseinrichtung seine große Schlagkraft bewiesen, indem es als einziges deutsches Institut vom Europäischen Innovations- und Technologieinstitut den Zuschlag erhalten hat, federführend eine Knowledge and Innovation Community (KIC), also eines von drei Kommunikations- und Informationszentren zur Bündelung europäischer Technologie, die wir im Haushalt mitfinanzieren, zu betreiben, und zwar im Bereich der Energieforschung. Es ist übrigens ein gutes Zeichen, dass wir in Brüssel nicht nur den Energiekommissar stellen, sondern dass wir auch die erste Adresse der Energieforschung in Europa in unserem Land verankert wissen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Im Spitzenclusterwettbewerb war unser Land mit zwei Clustern im Norden, nämlich in der Metropolregion Rhein-Neckar

unter Beteiligung der Universität Heidelberg, erfolgreich. In der neuen Runde ist Karlsruhe an einem Cluster mit Kaiserslautern und Saarbrücken beteiligt. Ein weiteres Cluster – MicroTEC Südwest – hat Freiburg bekommen. Auch diese Cluster werden durch unseren Haushalt kofinanziert.

Der Spitzenclusterwettbewerb ist uns genauso lieb und teuer wie die Exzellenzinitiative oder die Kofinanzierung der Erfolge unserer Universitäten im europäischen Forschungsrahmen.

Wir wissen auch, dass wir in der Forschungsförderung Schwerpunkte setzen müssen, etwa bei der Landesinitiative Elektromobilität. Dazu wird das neue Robert Bosch Zentrum für Leistungselektronik an der Hochschule Reutlingen und an der Universität Stuttgart eingerichtet. Hierzu werden auch im Rahmen des Programms „Hochschule 2012“ entsprechende Studiengänge eingerichtet. Die Studiengänge werden also auf die Notwendigkeiten der technologischen Zukunft unseres Landes ausgerichtet. Denn wir wissen, dass wir nicht nur von neuen Branchen, sondern auch sehr stark von unseren sogenannten traditionellen Branchen wie dem Maschinenbau und dem Automobilbau abhängen.

Baden-Württemberg ist das Land mit dem dichtesten Besatz an außeruniversitären Forschungszentren. Baden-Württemberg ist das Land, das im Grunde genommen am meisten durch diese Zentren gewinnt. Wir tragen die fünfprozentige Erhöhung des Volumens der Haushalte der Forschungseinrichtungen mit. Davon profitiert Baden-Württemberg mit seinen Hochschulen in besonderer Weise.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Glocke des Präsidenten)

Genauso werden wir demnächst das Höchstleistungsrechenzentrum in Stuttgart in Verbindung mit den Rechenzentren in München und Jülich, das neue Gauss Zentrum, neu aufbauen. Hierzu sind wir eine Verpflichtungsermächtigung von 37,5 Millionen € eingegangen.

(Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Das ist wichtig für die Forschung!)

Das heißt, dass unser Land auch im Bereich der Höchstleistungsrechnung an der Spitze der deutschen Länder bleibt.

Wir sind durch unseren Haushalt, durch die Arbeit unserer Hochschulen und Forschungseinrichtungen unter Mitwirkung des Wissenschaftsministeriums und mit großer Unterstützung, Förderung und manchmal auch dem notwendigen Druck durch die Regierungsfractionen für die Zukunft gut aufgestellt.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf der Abg. Theresia Bauer GRÜNE)

Präsident Peter Straub: Das Redeende kam etwas überraschend. Frau Kollegin Bauer möchte noch eine Kurzintervention anbringen. Ich erteile ihr dazu das Wort.

(Abg. Günther-Martin Pauli CDU: Die Opposition hat verschlafen! – Abg. Christoph Palm CDU: Eine Schlussintervention!)

Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Herr Minister Frankenberger, ich wollte an einem Punkt noch einmal nachhaken und ihn auch richtigstellen, weil Sie mich da, glaube ich, grundlegend missverstanden haben.

Meine Argumentation war nicht, dass ich es bedaure, wenn der Bund in die baden-württembergische Wissenschaftslandschaft zusätzlich Geld hineinsteckt. Darüber freue ich mich selbstverständlich. Es ist auch wichtig, das Kofinanzieren.

Das Problem ist ein anderes: Woher nehmen Sie die Mittel zur Kofinanzierung, um diese zusätzlichen Aufgaben zu bewältigen? Mein Argument war – darauf bestehe ich –: Sie nehmen die Mittel nicht zusätzlich aus anderen Ressorts oder aus zusätzlichen Steuereinnahmen.

(Abg. Werner Pfisterer CDU: Woher?)

Vielmehr setzen Sie die Hochschulen zunehmend in ihrer Grundaufgabe unter Druck, und Sie legen den Bereich der Hochschullehre und des Studiums zunehmend trocken, weil Sie die Mittel im Wissenschaftsressort umschichten.

In diesem Zusammenhang gehe ich auf ein Argument ein. Wie erklären Sie es sich, dass auf Ihrer Homepage zum Thema Studiengebühren bis heute steht: „Die Einnahmen aus den Studiengebühren verbleiben bei den Hochschulen und dienen der Verbesserung von Studium und Lehre“? Dieses Argument der Zusätzlichkeit von Studiengebühren benutzen Sie sehr gern, wenn Sie im Gespräch mit den Leuten vor Ort sind, und Sie benutzen es auch auf Ihrer Homepage.

Inzwischen ist vielfach nachgewiesen und von Studierenden gemeinsam mit ihren Hochschulleitungen nachgerechnet worden,

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

dass Studiengebühren dazu benutzt werden, um die Grundlast der Lehre aufrechtzuerhalten.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Wo denn?)

– PH Heidelberg, Universität Heidelberg, um nur zwei Beispiele zu nennen.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Dies ist bis ins Einzelne vorgerechnet worden. Ich möchte gern wissen, wie Sie es sich sonst erklären, dass die Hochschulen nicht mehr in der Lage sind, ihre reguläre Lehre aufrechtzuerhalten, ohne auf diese Mittel zurückzugreifen. Das ist mein Argument.

Ich finde, es ist eine Erklärung gegenüber den Studierenden notwendig, wie es sein kann, dass Studiengebühren dazu erhalten müssen, die Grundlast der Lehre zu finanzieren. Das ist ein nicht akzeptabler Zustand, und dazu hätte ich gern eine Antwort.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Minister Professor Dr. Frankenberger.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Wieder eine kostenlose Nachhilfe!)

Minister für Wissenschaft, Forschung und Kunst Dr. Peter Frankenberger: Zwei kurze Antworten. Die erste Antwort lautet: Die Mittel für die Kofinanzierung werden im Haushalt zusätzlich bereitgestellt, aber nicht durch ein Abschmelzen des Hochschulhaushalts, wie dies in anderen Ländern geschieht, z. B. in Ländern, in denen die Grünen früher einmal Verantwortung getragen haben.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der CDU – Lachen der Abg. Theresia Bauer GRÜNE – Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Nicht die Grünen! – Weitere Zurufe)

Die zweite Antwort lautet: Die Beispiele betreffend die Studiengebühren zeigen, dass an der PH Heidelberg durch Verschulden des früheren Rektorats Haushaltsdefizite entstanden sind,

(Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: So ist es!)

aber nicht durch eine Minderfinanzierung. Die Haushalte der Pädagogischen Hochschulen sind im Solidarpakt berücksichtigt. Durch eine Überwachung der Haushaltsführung – gelegentlich greifen wir ein – bringen wir diesen Haushalt wieder in die Balance. Man kann aber nicht sagen, dass diese Löcher durch Studiengebühren gestopft werden. Vielmehr werden sie durch solide Haushaltsführung wieder ausgeglichen.

(Beifall des Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP – Zuruf des Abg. Johannes Stober SPD)

Das Gleiche gilt übrigens für die Romanistik in Heidelberg. Auch in diesem Fall kann man nicht sagen, dass Studiengebühren für die Sanierung verwendet würden. Die Sanierung geschieht unabhängig von Studiengebühren.

(Zuruf des Abg. Johannes Stober SPD)

Insofern sind die Angaben auf der Homepage, die Sie zitiert haben und die Sie offenbar – Gott sei Dank – häufiger lesen,

(Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Täglich!)

nach wie vor richtig.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Palm.

Abg. Christoph Palm CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Dies ist einer der Momente, in denen ich mich besonders freue, diesem Hohen Haus anzugehören.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Du gehst doch aber!)

– Verehrter Kollege Walter, dass Sie sich freuen, wenn ich diesem Haus nicht mehr angehöre, fasse ich als Kompliment auf.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU – Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Ich freue mich für dich!)

– Ich freue mich, wenn Sie bleiben dürfen.

(Christoph Palm)

Zurück zum Thema. Ich freue mich deshalb, weil in anderen politischen Gremien auf die verschlechterte Einnahmesituation der öffentlichen Hand oft geradezu reflexhaft mit Kürzungen des Kunstetats oder zumindest mit entsprechenden Vorschlägen reagiert wird.

(Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Ja!)

Dies ist im Landtag von Baden-Württemberg durch die Bank nicht der Fall. Der in einem unserer Vorgängerparlamente gefallene Satz „Mir brauchet koi Kunscht, mir brauchet Grombiera!“ ist ein Satz aus den Geschichtsbüchern für die Geschichtsbücher.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wir wissen, dass gerade die Kunst in der Lage ist, Brücken zu bauen, Wege durch unbekanntes Gelände aufzuzeigen und die passenden Fragen zur Zeit zu stellen. Diese grundsätzliche Übereinstimmung im Bereich der Kunstförderung ist in erster Linie eine Wechselwirkung mit der hervorragenden Arbeit der Kunstschaffenden im Land, wofür ich mich im Namen meiner Fraktion herzlich bedanke.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP)

Sie ist ebenso Folge einer beispielhaften Kunstpolitik, die ganz im brechtschen Sinn speziell in den vergangenen drei Jahrzehnten auch im Landtag den Kreis der Kenner stetig erweitert hat.

Meine Damen und Herren, auch die Kunst spürt jedoch die Krise. Rückgänge bei den Einnahmen aus Eintrittsgeldern und Drittmitteln sind bei vielen Einrichtungen zu verzeichnen und zu verkraften. Da ist es gut, wenn wir unseren Zuschussempfängern heute das Signal senden können, das die Koalitionsfraktionen bereits angekündigt haben.

(Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Ja!)

Dem Wort folgt die Tat: keine Kürzungen im Kunstetat des Landes.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, wir vermitteln und ermöglichen Stabilität und Planungssicherheit. Kunst hat bei uns immer Konjunktur, Kunst muss gerade in Zeiten der Krise Konjunktur haben.

Was wir allerdings nicht können, will ich auch erwähnen: Wir können Kürzungen anderer im Kunstbereich nicht ausgleichen. Wir wollen das auch nicht, denn das wäre für private und für andere öffentliche Kunstförderer das falsche Signal. Kunstförderung ist eine Aufgabe vieler, und das muss sie auch bleiben. Denn die Kunst ist eine Tochter der Freiheit, wie es Friedrich Schiller ausgedrückt hat.

(Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Sehr richtig!)

Kunst ist eine Tochter der Freiheit, und Freiheit erhält sich die Kunst nur – und erhalten wir der Kunst nur –, wenn die Kunst nicht von einem Geldgeber in besonderem Maß abhängt.

Was wir aber neben Stabilität in Zeiten der Krise außerdem leisten können, ist, mit verhältnismäßig geringen Mitteln große Wirkung zu erzielen, damit Künstler durch uns und mit uns besser durch die Krise kommen. Im letzten Haushalt haben CDU und FDP/DVP mit ihren Initiativen einen Schwerpunkt bei der Förderung der darstellenden Kunst gesetzt. Die freien Theater und die soziokulturellen Zentren haben davon besonders profitiert.

In diesem Doppelhaushalt legen wir den Schwerpunkt unserer gemeinsamen Fraktionsinitiativen auf die Förderung der bildenden Kunst. Die drei Projekte, die ich Ihnen skizzieren möchte, tragen im Übrigen auch die Handschrift des designierten Ministerpräsidenten Stefan Mappus, dem die Kunstförderung ein persönliches Anliegen ist.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Das ist aber neu!)

– Ja, bei mir können Sie immer etwas lernen, Herr Kollege Walter.

Wie fördert man Künstler? Das ist Ihnen sicher bekannt.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Warum bist du denn heute so aggressiv? – Heiterkeit – Gegenruf des Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Er sagt doch nur die Wahrheit!)

Eine gute Ausbildung ist ein Punkt; Stipendienförderung, Unterstützung beim Einstieg in den Beruf und Ankäufe sind weitere sinnvolle Maßnahmen. Nachdem die Ausbildungssituation bei uns im Land sehr gut ist und auch die Stipendien nach einem guten System vergeben werden, wollen wir uns beim Einstieg in den Beruf und bei Ankäufen von Kunstwerken mit unseren Initiativen besonders engagieren.

Das Kunstbüro, das im Übrigen erst im letzten Jahr auf unsere Initiative hin als erste Einrichtung seiner Art eingerichtet wurde und das bereits heute in der Kunstszene ein Markenzeichen ist, soll mit einem Betrag gefördert werden, der speziell Künstlerinnen und Künstlern weiterhin durch die Krise helfen soll, und zwar durch praktische Hilfestellung. Alle Workshops des Kunstbüros sind überbucht, und dem wollen wir in den nächsten zwei Jahren Rechnung tragen.

Außerdem planen wir ein Ankaufprojekt mit einem Volumen von 1,5 Millionen €. 60 Werke junger Künstlerinnen und Künstler mit Bezug zum Land Baden-Württemberg sollen angekauft werden, damit diese Künstlerinnen und Künstler ohne den Umweg über eine Institution Unterstützung erhalten. Bundesweit haben bildende Künstler ein durchschnittliches Jahreseinkommen von ungefähr 12 000 €; da kann der Ankauf eines Kunstwerks in der heutigen Zeit existenzrettend sein.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Da geht nichts mit Trinkgeld!)

Ich freue mich auch, meine Damen und Herren, dass wir ein großes Projekt unter der Federführung des Landesarchivs mit dem Namen LEO unterstützen. Mit einem Betrag von 1,85 Millionen € soll ein landeskundliches Onlineinformationssystem entstehen. Damit können dann alle Informationen, die momentan zusammengetragen werden müssen – geologisch, geografisch, historisch usw. – in einem Portal abgerufen werden. Das ist eine tolle Sache.

(Glocke des Präsidenten)

(Christoph Palm)

– Ich schließe, Herr Präsident, mit dem Dank an die – –

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das war ein Versehen! Das war keine Aufforderung! – Heiterkeit)

– Ach so, das war ein Versehen.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Das mache ich sonst anders, sodass Sie es auch hören.

(Heiterkeit)

Abg. Christoph Palm CDU: Danke. Dann schließe ich nicht, sondern mache weiter.

(Heiterkeit – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: 1 : 0 für Christoph!)

Ich möchte noch den Dank an die Künstlerinnen und Künstler für das Betreten gedanklichen Neulands zum Ausdruck bringen. Ich danke dem Finanzausschuss für die einstimmige Beschlussfassung über unsere Anträge. Ich danke dem Ministerium, in erster Linie dem Staatssekretär, für die hervorragende Arbeit. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kunst-Abteilung leisten und erbringen weit Überobligatorisches. Ich danke auch meiner Fraktion dafür, dass wir die Fortschreibung der Landeskunstkonzeption so stringent begleiten wollen, als Nächstes mit einem Symposium im März.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die SPD-Fraktion erteile ich Frau Abg. Heberer das Wort.

Abg. Helen Heberer SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Während zurückliegende Haushaltsberatungen immer wieder Befürchtungen aufkommen ließen, dass Kultureinrichtungen in Einsparrunden gezwängt würden, scheinen sich in diesem Haushalt – besonders auch vor dem Hintergrund der finanziellen Situation – Einsicht und Anerkennung des Wertes von Kunst und Kultur in unserem Land durchzusetzen –

(Abg. Werner Pfisterer CDU: War schon immer vorhanden!)

sicherlich auch durch Zutun der Opposition.

(Abg. Christoph Palm CDU: Ein bisschen!)

Vielleicht mögen aber auch manche peinliche kulturpolitische Panne in dieser Legislaturperiode und die Angst vor einem weiteren Imageverlust auf diesem Feld dazu beigetragen haben, dass die Entscheidungsträger dem Thema Kultur in Baden-Württemberg insgesamt eine eher besänftigende und entgegenkommende Note beimaßen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen – Abg. Werner Pfisterer CDU: Schwacher Beifall!)

Die Fortführung des von der Landesregierung auf den Weg gebrachten Sonderprogramms zur Stärkung der Kunst in der Fläche, von welchem die Klein- und Figurentheater, die frei-

en Theater, die Kunstvereine und die soziokulturellen Zentren profitieren, ist sehr, sehr löblich.

(Beifall des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP – Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Ein einsamer Klatscher in der Wüste!)

Sanierungen oder Neubauten wie beim Probenzentrum des Staatstheaters Stuttgart, bei der Musikhochschule in Karlsruhe, die Generalsanierung des Landestheaters Tübingen, die Ausweitung der Studienangebote an den Kunsthochschulen und auch an der Mannheimer Popakademie sowie Anpassungen bei den kommunalen Theatern zur Bewältigung von Kostensteigerungen durch Tarifierungen sind wirklich hervorragend.

(Beifall des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

Unsere Anträge, unsere Anfragen und Anregungen in diese Richtung mögen mit dazu beigetragen haben.

(Abg. Christoph Palm CDU: Wir lassen Sie in diesem Glauben!)

Sie haben sie weitgehend umgesetzt. Ganz herzlichen Dank dafür. – Herr Palm, wir wissen beide, wovon wir reden, ganz sicher.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Der war gut!)

Die Zuschussempfänger im Kulturbereich sind für diese Unterstützung dankbar und hoch motiviert, ihr Bestes zu geben.

Dennoch – darauf möchte ich auch hinweisen – bleiben in bestimmten Bereichen der Kulturszene Positionen offen, die manche Einrichtung noch ums Überleben kämpfen lassen. Um nur ein Beispiel herauszugreifen, will ich das Theater „Tempus fugit“ in Lörrach nennen,

(Beifall des Abg. Rainer Stickelberger SPD)

das mit einem herausragenden Engagement im Kinder- und Jugendbereich Hervorragendes leistet und viel, viel bewegt. Davon brauchen wir mehr. Diese Einrichtungen kämpfen wirklich ums Überleben.

Doch trotz mancher spürbarer Verbesserungen weist der Einzelplan 14 im Kulturbereich keine eindeutige Signatur aus. Nach wie vor geht es der Landesregierung in erster Linie um den Erhalt und den Ausbau traditionsreicher Einrichtungen. Das ist auch ganz richtig so. Sie erkennt auch zunehmend die Möglichkeit, die die freie Kulturszene bieten kann, und beginnt, sie auch besser auszustatten. Das ist ebenfalls sehr zu begrüßen.

Nach wie vor erkennt sie aber nicht die enormen Potenziale gerade im Medienkulturbereich in Baden-Württemberg, und nach wie vor werden die wichtigsten Zukunftsthemen im Kulturbereich nicht konsequent genug ergriffen: die interkulturelle Arbeit, die kulturelle und ästhetische Bildung und eine konsequente Unterstützung der Kreativwirtschaft. Das sind Themen, die im Haushaltsplanentwurf nicht vorkommen, meine Damen und Herren.

Insgesamt fehlt nach wie vor eine klare baden-württembergische kulturpolitische Schwerpunktsetzung, die nach innen

(Helen Heberer)

und nach außen den kulturellen Anspruch und eine eigene Zielsetzung des Landes erkennbar macht. Vergleiche mit anderen Bundesländern würden die Unterschiede sehr deutlich zutage treten lassen. Dabei ist auffällig, meine Damen und Herren, dass sich die Empfehlungen des Kunstbeirats, den die Landesregierung extra zur Vorbereitung einer neuen Landeskunstkonzeption einberufen hat, in keiner Weise erkennbar im Haushaltsentwurf wiederfinden. Wofür also die wertvollen Hinweise, wenn man keine Spielräume einräumt, um sie umzusetzen?

(Abg. Christoph Palm CDU: Das kommt doch alles!)

Es gibt kaum einen Wortbeitrag aus der SPD-Fraktion zur Kultur, der nicht immer wieder auf die genannten, aber von Ihnen nicht erkannten Felder hinweist. Auch der Kunstbeirat formuliert folgendermaßen:

Die Zukunft der Kultur ist interkulturell. ... Darauf muss die Kulturpolitik reagieren.

Er warnt:

Soziale und kulturelle Ausgrenzung gehen ... Hand in Hand.

Und er fordert mit konkreten Beispielen die aktive Teilhabe an der demokratischen Gesellschaft durch Kultur.

Auch die kulturelle und ästhetische Bildung sehen die Experten als staatliche Aufgabe und gleichwertigen Teil des Bildungs- und Erziehungsauftrags der Schulen angesichts – ich sage dies mit Nachdruck – dramatisch schwindender Schulstunden in diesen Fächern.

Warum geben Sie diesen richtungweisenden Appellen des Kunstbeirats im Haushalt keinen Raum?

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Die Experten und die Kunstkommissionen geben praxisnahe und umsetzbare Hinweise zur Musik, zum Theater, zur Festivalslandschaft, zur Auslobung von Staatspreisen, zu notwendigen Beraterstrukturen und einem professionellen Management privater Kunstförderung, zur Museums- und Sammlungspolitik, zur Literaturförderung, zu den Theatern und den audiovisuellen Medien.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, geben Sie der Kulturpolitik ein eigenes baden-württembergisches und zukunftsgerichtetes Profil, das den kulturellen Reichtum unseres Landes, die Kreativität unserer Kulturschaffenden und die integrierenden Kräfte der Kunst und Kultur in ein sinnvolles und kraftvolles Ganzes zum Wohl unseres Landes führt.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Abg. Walter das Wort.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Schaum vor dem Mund!)

Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lieber Kollege Palm, ich wollte vorhin nur mein Bedauern zum Ausdruck bringen, dass Sie dieses Hohe Haus verlassen. Denn ich habe die Befürchtung, dass wir in den nächsten Jahren viele Leute brauchen werden, die dafür streiten und kämpfen, dass der Kulturhaushalt nicht zusammengestrichen wird. Da brauchen wir Kunst- und Kulturbeflissene aus allen Fraktionen. Da haben Sie mich, glaube ich, falsch verstanden.

(Abg. Christoph Palm CDU: Diesen Teil des Protokolls hänge ich über mein Bett! – Heiterkeit – Gegenruf der Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Wir kommen gucken!)

– Das können Sie gern machen. Ich schicke noch etwas Buntes für drumherum.

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, wir haben zu der Beratung dieses Einzelhaushalts auf Änderungsanträge verzichtet,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist sinnvoll!)

und zwar nicht deswegen, Kollege Röhm, damit Sie schneller nach Hause kommen, sondern weil es der letzte Haushalt ist, der die Kultur in der jetzigen Weise betrachtet. Wir alle erwarten, dass wir demnächst eine gute, eine weiterentwickelte Kunstkonzeption erhalten und der Kulturhaushalt ein anderes Bild bekommt.

Wie wir alle wissen – die Kollegin Heberer hat darauf hingewiesen –, wird in der Kultur zwar all das, was wir bereits haben, in einem guten Maß gefördert, aber wir haben auch schon seit vielen Jahren das Problem des Closedshop. Das heißt, es bekommen nur die Geld, die bereits in die Förderung aufgenommen sind. Aber neue Initiativen, neue Ideen, neue Projekte haben praktisch keine Chance, in entsprechendem Maß gefördert zu werden.

(Abg. Werner Pfisterer CDU: Das machen wir doch gerade mit dem Antrag von uns!)

Genau das muss dann, Herr Kollege, in der Kunstkonzeption betrachtet werden.

(Abg. Werner Pfisterer CDU: Das machen wir ja! 1,5 Millionen €!)

Was mich gefreut hat, Herr Kollege Birk, war, dass der von Ihnen eingesetzte Kunstbeirat in vielen Bereichen genau in die Richtung zielt, in die auch wir zielen. Beispielsweise wurde dort zu Recht angesprochen, einen Kulturfonds für neue Initiativen einzurichten, so, wie es ihn in anderen Bundesländern schon gibt; das wurde von uns schon vor Jahren beantragt. Vom Kunstbeirat wurde darauf hingewiesen, dass wir mehr Medienpädagogik brauchen.

Es wurde zudem auf das Sächsische Kulturraumgesetz, das ich für sehr gut halte, verwiesen. Natürlich kann man Strukturen in Baden-Württemberg und Sachsen nicht 1 : 1 vergleichen und dieses Gesetz deswegen auch nicht 1 : 1 auf Baden-Württemberg übertragen. Aber die Frage, wie Mittelzentren

(Jürgen Walter)

oder Oberzentren ihre Kultureinrichtungen auch vom Umland solidarisch mitfinanziert bekommen, muss insbesondere in einem Flächenstaat wie Baden-Württemberg gestellt werden. Darauf hat der Kunstbeirat zu Recht hingewiesen. Wenn die Landesregierung in der Antwort auf unsere Große Anfrage einfach sagt, das sei nicht vergleichbar, macht sie es sich zu einfach. So leicht werden wir Sie da nicht aus der Verantwortung lassen.

Ein ganz besonderes Anliegen ist uns und auch dem Kunstbeirat die kulturelle Bildung. Herr Kollege Birk, ich glaube, wir waren uns auch in der Vergangenheit einig, dass die kulturelle Bildung ein ganz besonderer Schwerpunkt in der neuen Kunstkonzeption sein muss. Darauf müssen wir viel Wert legen. Denn gerade einer Gesellschaft, die darüber diskutiert, wie sie den Wertewandel und den Werteverlust auffangen kann, gibt die Kultur den Sinn. Deswegen müssen wir mehr kulturelle Bildung haben. Das muss schon im Kindergarten anfangen. Dort muss ein Schwerpunkt liegen. Ich hoffe, wir sind uns da einig.

Meine Damen und Herren, wir sind uns einig, dass wir in Baden-Württemberg eine sehr gute Kulturlandschaft haben. Ich danke wie schon meine Vorredner allen Kulturschaffenden in diesem Land, die dazu einen aktiven und sehr kreativen Beitrag leisten. Trotzdem gibt es noch viel zu tun. Es gibt noch Änderungswünsche. Einige Punkte habe ich angesprochen.

Herr Kollege, worauf wir auch gern eine Antwort von Ihnen hätten, wäre – –

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Kollege!

Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Ich komme zum Ende, Herr Präsident – so allmählich zumindest.

(Heiterkeit)

Herr Staatssekretär Dr. Birk, sagen Sie uns bitte: Was ist der aktuelle Stand der Verhandlungen mit der Stadt Stuttgart über die Finanzierung der Renovierung des Staatstheaters und der John-Cranko-Schule? Da müssen wir allmählich richtig in die Gänge kommen.

Zum Schluss, Herr Präsident, möchte ich noch auf Folgendes hinweisen: Peter Noever, der Direktor des Österreichischen Museums für angewandte Kunst in Wien, hat vor Kurzem gesagt: „Die Kunst und die Kultur, das ist die Schwerindustrie Österreichs.“ Ich denke, das sollten wir auf Baden-Württemberg übertragen. Das geht natürlich nur, wenn wir der Kunst und der Kultur auch in den nächsten Jahren den entsprechenden Raum und die entsprechende Finanzierung geben.

Ich kann Ihnen, Herr Staatssekretär, versprechen: Sofern Sie weiter im Amt bleiben, werden Sie in dieser Frage die Unterstützung meiner Fraktion haben.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Karl-Wilhelm Röhm
CDU: Was haben Sie mit ihm vor?)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich Frau Abg. Berroth das Wort.

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist schon deutlich geworden: Nicht nur Wissenschaft und Forschung, sondern auch Kunst und Kultur genießen in unserem Land hohe Wertschätzung und entsprechende Unterstützung. Das wird in diesem Haushalt zahlenmäßig besonders deutlich.

Es kann nicht oft genug gesagt werden: Im Gegensatz zu den Kulturhaushalten vieler Kommunen kommt unser Kulturhaushalt ohne Streichungen aus. Das ist in einer Zeit wie dieser schon eine besonders wichtige Tatsache.

Es sind einige globale Minderausgaben ausgebracht. Die sind übrigens im Kulturhaushalt schon klar definiert; sie beziehen sich auf Bereiche, für die gleichzeitig eine Dynamisierung der Zuwendungen angesetzt ist, sodass diese Bereiche auch nach Abzug des in der globalen Minderausgabe festgelegten Betrags noch mehr zur Verfügung haben als im letzten Jahr. Das war uns wichtig. Es handelt sich speziell um Museen und Staatstheater. Auf Seite 691 des Einzelplanentwurfs kann man das nachlesen.

Ein weiterer Punkt ist uns außerordentlich wichtig: Es ist uns gelungen, eine den Personalkosten entsprechende Dynamisierung in diese Kunstförderung zu bringen. Deren Fehlen haben wir lange Jahre beklagt; inzwischen hat es geklappt. Das muss man deutlich sagen, weil es für die Einrichtungen wichtig ist.

Ich habe auch noch ein Projekt für die nächsten Haushalte: Wir müssen alle Einrichtungen, die langfristig vorplanen müssen, künftig mit einer Verpflichtungsermächtigung versehen. Jetzt sind wir bereits im Februar, und z. B. die Staatstheater, die oft zwei Jahre im Vorfeld Regisseure und Darsteller buchen müssen, wissen noch immer nicht genau, wie der Haushalt für dieses Jahr aussieht; der wird erst in der nächsten Woche von uns beschlossen. Hier müssen wir eine gewisse Zuverlässigkeit für die Planungen hineinbringen. Ich glaube, mit einer Verpflichtungsermächtigung für das nächste Jahr hätten wir eine gute Regelung.

(Abg. Johannes Stober SPD: Mit fristgerechter Haushaltseinbringung wäre das auch zu regeln!)

Ein Punkt steht bei mir nach wie vor auf der Nachholagenda: Das ist das Thema Soziokultur. Auch die soziokulturellen Zentren haben auf jeden Fall eine Dynamisierung ihrer Förderung bekommen und haben – ganz im Gegensatz zu dem, wie es im SPD-Antrag im Ausschuss gelaute hat – auch Bauunterstützung aus den Konjunkturprogrammen des Bundes und des Landes bekommen. Das war eine wichtige Sache. Damit ist wenigstens ein Teil des Staus abgebaut. Aber wir wissen sehr wohl, dass wir da noch etwas tun müssen.

Ein besonderer Förderschwerpunkt in diesem Jahr – der Kollege Palm hat es schon angesprochen – ist die Förderung junger Künstler. Außerordentlich wichtig ist in diesem Zusammenhang z. B. die Beratungsförderung bei Existenzgründung und -aufbau, auch wenn es oft nur um solche einfachen Fragen wie diese geht: Wie komme ich in die Künstlersozialversicherung? Welche Voraussetzungen muss ich dafür erfüllen? Wie fülle ich den Antrag richtig aus? Es sind oft ganz banale Dinge, die einem Künstler aber enorm weiterhelfen, damit er sich eben auf die Kunst konzentrieren kann und nicht einen

(Heiderose Berroth)

Großteil seiner Zeit für anderes aufwenden muss. Auch die Ankaufsmöglichkeit hilft gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten etwas zur Überbrückung. Wir sind froh, dass dies gelungen ist.

Eines ist in diesem Etat nicht veranschlagt, gehört für mich aber auch zum Bereich Kunst: die Jugendkunstschulen. Sie sind, ebenso wie die Musikschulen, im Haushalt des Kultusministeriums etatisiert und haben ebenfalls eine Erhöhung ihrer Zuschüsse bekommen.

Besonders wichtig, Herr Kollege Walter, ist mir die Sanierung der Württembergischen Staatstheater. In unserem Haushalt sind die Mittel dafür vorgesehen. An uns liegt es nun wirklich nicht, wenn das – –

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Das habe ich auch gar nicht gesagt!)

– Man muss es aber auch deutlich sagen. Denn wenn Sie hier einfach erwähnen, da bestehe eine Hängepartie, mag es einem unbefangenen Zuhörer schon so vorkommen,

(Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

als ob es an uns läge. Nein, wir haben alle Mittel bereitgestellt.

(Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

Ich bin außerordentlich froh, dass sich die Signale häufen,

(Zuruf des Abg. Franz Untersteller GRÜNE)

dass wir noch während der Geltungsdauer dieses Haushaltsplans auch zum ersten Spatenstich für den Neubau der John-Cranko-Schule kommen werden. Sie wissen: Das ist mir ein besonderes Anliegen. Ich glaube, es steht der Stadt Stuttgart wirklich gut an, wenn sie dieses weltweit bekannte Institut endlich sach- und fachgerecht und angemessen unterbringt.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Die sollen den Wölfe einmal auf Vordermann bringen!)

Die Fortschreibung der Landeskunstkonzeption, die von uns seit vielen Jahren angemahnt wird, ist durch den vom Ministerpräsidenten damals einberufenen Landeskunstbeirat gut vorbereitet worden. Aber, Frau Kollegin Heberer, gut Ding will Weile haben. Man sollte sich wirklich Zeit lassen, damit die neue Kunstkonzeption mindestens so lange hält wie die alte, die von Hannes Rettich hervorragend aufgestellt wurde. Diese Qualität wünsche ich mir auch von der Fortschreibung. Dazu bedarf es einer gewissen Zeit, und die nehmen wir uns auch.

(Zuruf der Abg. Helen Heberer SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Frau Abgeordnete – –

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Auch unser Dank gilt dem Ministerium und allen, die sich dort mit Kunst und Kultur befassen, für eine wirklich gute Zusammenarbeit. Unser Dank gilt im Besonderen den Mitgliedern des Landeskunstbeirats, die viel Zeit und Energie aufgewendet und gute Ergebnisse vorgelegt haben. Aber der Dank geht auch an alle anderen im Land, die im Sinne sowohl der Breitenkunst als auch

qualitativ hochwertiger Kunst tätig sind. Das schließt sich nicht gegenseitig aus; nicht dass jemand einen falschen Eindruck gewinnt: Auch bei der Breitenkultur gibt es qualitativ sehr hochwertige Angebote. Allen, die daran beteiligt sind – viele davon auch im Ehrenamt –, gilt unser besonderer Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Ich wollte die Abgeordneten nur auf Folgendes aufmerksam machen: Wenn am Rednerpult der Hinweis „Sprechzeit zu Ende“ erscheint, ist das nicht eine Aufforderung, noch weitere zwei Minuten zu reden. Das gilt für viele. Ich sage es nur.

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

„Sprechzeit zu Ende“ heißt einfach Ende der Sprechzeit.

(Heiterkeit – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Ach so! Das muss einmal gesagt werden!)

Sprachlich ist das eigentlich gut zu verstehen. Ich wollte es nur noch einmal sagen.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Endlich sagt es einmal jemand! – Zurufe von der SPD – Unruhe)

Das Wort erteile ich Herrn Staatssekretär Dr. Birk für die Landesregierung.

Staatssekretär Dr. Dietrich Birk: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst einmal, lieber Herr Präsident, danke ich Ihnen sowohl für Ihren gestrigen als auch für Ihren heutigen Beitrag zur Sprachkultur. Das war deutlich.

(Zuruf der Abg. Helen Heberer SPD)

Es ist übereinstimmend festgestellt worden: Kunst und Kultur in Baden-Württemberg haben nicht nur in Zeiten der Wirtschafts- und Finanzkrise, sondern überhaupt einen hohen Stellenwert.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Sehr gut!)

Aber gerade in Zeiten der Wirtschafts- und Finanzkrise zeigt sich, ob die Politik, ob Regierung und Landtag von Baden-Württemberg auch die Kraft haben, diese Rolle der Kultur in Baden-Württemberg zu akzeptieren, sie aktiv anzunehmen, zu begleiten und zu fördern.

Ich möchte eingangs allen Fraktionen herzlich dafür danken, dass sie diese Rolle annehmen und der Kunst und Kultur in Baden-Württemberg, auch wenn es hier und da Differenzen gibt, eine hohe Anerkennung aussprechen. Ich hoffe sehr, dass dies auch in der Zukunft anhält.

Meine Damen und Herren, Kultur soll und muss Identität stiften. Sie soll Kreativität fördern, Sozialkompetenz steigern und Persönlichkeit stärken. Gerade in Zeiten der Wirtschafts- und Finanzkrise gilt es, die Menschen mit der Kunst und der Kultur mitzunehmen. Deshalb möchte ich den Kunst- und Kulturschaffenden in Baden-Württemberg sowohl in den Institutionen – beim Land, bei den Kommunen, bei den freien Trä-

(Staatssekretär Dr. Dietrich Birk)

gern – als auch bei den privaten Trägern herzlich für ihr Engagement danken. Ich möchte vor allem dafür Sorge tragen, dass wir in den nächsten Jahren mit dem Landeshaushalt verlässliche Rahmenbedingungen dafür schaffen können, dass Kultur in Baden-Württemberg für jede Bürgerin und jeden Bürger weiterhin erlebbar bleibt. Unser Ziel muss es deshalb sein, Kurs zu halten und Kürzungen nach Möglichkeit zu vermeiden.

Für Kunst und Kultur geben wir ca. 340 Millionen € pro Jahr aus. Dies ist ein stolzer Betrag und Geld, das auch in Zukunft gut angelegt ist. Das sage ich vor allem auch deshalb – es ist bereits angeklungen –, weil es schwierige kommunale Haushalte mit Mittelkürzungen teilweise um 5 % bis 10 % gibt. Hätte auch das Land Baden-Württemberg solche Kürzungen vollzogen – dies wäre immerhin eine Größenordnung zwischen 15 Millionen € und 30 Millionen € gewesen –, hätte dies für viele Einrichtungen das Aus bedeutet, hätte aber vor allem bedeutet, dass das Land seiner Verantwortung als Zuschussgeber nicht gerecht geworden wäre. Deshalb bin ich froh, dass wir den bisherigen Mittelansatz auch in schwieriger Zeit halten können und dieses Geld vielen Anwendungsempfängern, aber auch Institutionen zugutekommen lassen können und dass es möglich ist, nicht nur Bewährtes fortzuführen, sondern auch neue Akzente zu setzen.

Um auch dies klar zu sagen – Herr Kollege Palm hat es angesprochen –: Das Land wird nicht Ausfallbürge für wegfallende kommunale Zuschüsse und für wegfallende Sponsorengelder sein können. Unsere Rolle besteht vielmehr darin, dass wir die Höhe unserer Zuschüsse halten und in den nächsten Jahren vor allem auch Planungssicherheit geben. Das wird im Haushaltsvollzug sicherlich nicht einfach sein.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zu den einzelnen Bereichen im Kunsthaushalt kommen.

Ich freue mich sehr, dass es uns gelingt, das Sonderprogramm zur Stärkung der Kunst in der Fläche, das wir im Jahr 2009 gemeinsam auf den Weg gebracht haben, fortzusetzen. Das ist deshalb wichtig, weil wir dadurch für viele Menschen in Baden-Württemberg Kunst auch im ländlichen Raum erlebbar machen, sei es bei den freien Theatern, sei es bei den Kunst- und Galerienvereinen, sei es bei den Klein- und Figurentheatern oder bei der Soziokultur. In diesem Zusammenhang halte ich es auch für ein gutes Zeichen, dass das Land Baden-Württemberg über 6 Millionen € aus den Konjunkturprogrammen des Bundes und des Landes zur Ertüchtigung der Infrastruktur im Kunstbereich einsetzt – immerhin über 2 Millionen € für Sanierung und Erneuerung im Bereich der Soziokultur. Ich denke, wir sind damit einen erheblichen Schritt weitergekommen, um den Investitionsstau Zug um Zug abzubauen.

Frau Kollegin Heberer, im Übrigen ist es uns in den letzten Jahren auch gelungen, die Zuschüsse für den laufenden Betrieb im Bereich der Soziokultur auszubauen. Wir sind bei einem Fördervolumen von 2 Millionen € angelangt. Seit 2006 wurde das Fördervolumen um über 20 % gesteigert. Ich denke, das ist in der gegenwärtigen Zeit bemerkenswert.

Die Sanierung der Gebäude der Württembergischen Staatstheater Stuttgart wurde angesprochen. Das Gesamtprogramm umfasst für die nächsten Jahre ein Volumen von 55 Millionen €. Wir beginnen 2010 mit der Sanierung des Schauspielhauses und werden dann Zug um Zug die weiteren Sanie-

rungsaufgaben abarbeiten, sowohl was das Opernhaus als auch was den Mitteltrakt und weitere Bereiche angeht.

Lieber Herr Kollege Walter, ich finde es erfreulich, dass es nach schwierigen Verhandlungen mit der Stadt gelungen ist, Stadt und Land zusammenzubringen, um für unsere Staatstheater ein neues Probenzentrum am Löwentor einrichten zu können.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Wir werden dadurch die Probenbedingungen, die Arbeitsmöglichkeiten für unsere Staatstheater deutlich verbessern. Ich sage das vor allem auch deshalb, weil in dieser Hinsicht in der Vergangenheit im Vergleich zu führenden Opernhäusern in Deutschland und in Europa wirklich ein Defizit bestand. Dieses beheben wir jetzt. Immerhin beteiligen sich Land und Stadt mit 1,8 Millionen € an der Miete für das Probenzentrum, und auch die notwendige Erstausrüstung in Höhe von 3,6 Millionen € ist bei Stadt und Land je zur Hälfte im Haushalt über das Bauprogramm etatisiert.

Wir werden darüber hinaus auch im Hinblick auf das Jubiläum des Stuttgarter Balletts im Jahr 2011 – 50 Jahre Stuttgarter Ballett – den Neubau der John-Cranko-Schule fest im Auge behalten. Meine Damen und Herren, wir haben hierzu fraktionsübergreifend Anträge im Landtag verabschiedet. Die nächsten Schritte müssen sein, in einen Planungswettbewerb einzutreten. Unser Ziel ist es, im Frühjahr 2010 einen Planungswettbewerb auf den Weg zu bringen, um dann zu entscheiden – möglicherweise auch im Rahmen eines Nachtrags Haushalts; dies wird noch zu klären sein –, damit wir zumindest nahe am Datum des Jubiläums 2011 den ersten Spatenstich machen können und den Bau der John-Cranko-Schule realisieren können, weil der weltweit herausragende Ruf dieser Schule in den nächsten Jahren auch über eine deutlich bessere Unterbringung noch weiter verbessert werden soll.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ein wichtiger Bereich und ein Markenzeichen der baden-württembergischen Kulturpolitik sind die Großen Landesausstellungen. Sie sind mittlerweile zu einem herausragenden Publikumsmagneten geworden. Sie erzeugen überregional enorme Resonanz bei einem interessierten Publikum. Jährlich besuchen Hunderttausende unsere Großen Landesausstellungen. Ich bin deshalb auch froh, dass es gelungen ist, die 3,6 Millionen €, die wir dafür pro Haushaltsjahr etatisiert haben, festzuschreiben, und dass wir auch in den nächsten Jahren pro Jahr in dieser Größenordnung drei bis vier Große Landesausstellungen realisieren können. Sie dienen der Profilierung unserer Museen, aber sie ermöglichen eben auch, Schwerpunkte zu bilden und sowohl aus den Sammlungsbeständen heraus als auch durch herausragende Leihexponate insbesondere auch im geschichtlichen Bereich dem Publikum in Baden-Württemberg eine große Bandbreite an Themen näherzubringen.

Dafür bin ich dankbar, und ich würde mich freuen, wenn auch der Landtag in Zukunft diese wichtigen Ausstellungen mitträgt.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Staatssekretär, ich darf Sie kurz unterbrechen. Ihre Redezeit ist, gemessen an der Gesamtredezeit der Fraktionen, jetzt eigentlich zu Ende.

Staatssekretär Dr. Dietrich Birk: Es gab noch eine zweite Runde für die Fraktionen.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Nein, nein. 50 Minuten Gesamtrededzeit bedeuten 25 Minuten für die Regierung.

Aber nachdem die Gesamtrededzeit der Fraktionen um insgesamt fünf Minuten überzogen worden ist, würde ich sagen: Wir können Ihnen für die Kultur noch zwei Minuten und 30 Sekunden zugestehen, wenn Sie wollen.

(Heiterkeit – Beifall des Abg. Dieter Hillebrand CDU)

Staatssekretär Dr. Dietrich Birk: Herr Präsident, vielen Dank.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Schloss und Kloster Salem wurden durch das Land erworben. Wir wollen, dass das Schloss Salem in den nächsten Jahren zu einem Kulturzentrum am Bodensee entwickelt wird. Schon derzeit kommen 100 000 Besucherinnen und Besucher pro Jahr dorthin. Es wird unsere Aufgabe sein, mit den in dem betreffenden Haushaltstitel ausgebrachten Mitteln in Höhe von jeweils 1 Million € in den Jahren 2010 und 2011 zu ermöglichen, dass dort Ausstellungen stattfinden oder auch unsere Musikhochschulen sowie weitere Ensembles Kulturprogramme durchführen.

(Beifall des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

Ich bin dankbar für die Initiative der Regierungsfractionen, das landeskundliche Onlineinformationssystem LEO aufzubauen und zu betreiben. Wir wollen damit auch einen Beitrag dazu leisten, dass der Bürgerschaft, den Schulen und anderen Bildungseinrichtungen gerade auch im Bereich der Landeskunde Informationen zur Verfügung gestellt werden können, sei es im Bereich der Kultur, der Wirtschaft, der Gegenwart oder der Geschichte. Insofern ist das ein gutes Projekt, das auch in die Breite hinein wirken kann. Das 60-jährige Bestehen des Landes Baden-Württemberg im Jahr 2012, 60 Kunstwerke junger Künstlerinnen und Künstler für unsere zeitgenössischen Sammlungen in der Kunst – ich finde, aus vielerlei Gründen ist das ein gutes Projekt, das Unterstützung verdient, nicht zuletzt auch deshalb, weil die wirtschaftliche Situation von Künstlerinnen und Künstlern heute alles andere als einfach ist.

Lassen Sie mich abschließend noch wenige Anmerkungen zum Thema Kunstkonzeption machen.

Der Landeskunstbeirat hat seine Empfehlungen abgegeben. Er attestiert der Kunst in Baden-Württemberg ein hohes Niveau. Er hat aber auch einige Empfehlungen abgegeben, die wir in die Kunstkonzeption aufnehmen wollen. Wir sind mit einer interministeriellen Arbeitsgruppe aus Vertretern aller beteiligten Ministerien sowie entsprechenden Projektgruppen und Facharbeitsgruppen derzeit dabei, eine umfangreiche Bestandsaufnahme vorzunehmen. Die Kunstkonzeption soll im Laufe dieses Jahres hier beraten und dann auch verabschiedet werden. Sie soll die Leitlinie für die nächsten zehn bis 15 Jahre sein.

Deshalb, liebe Frau Heberer, haben wir dafür derzeit auch keine entsprechenden Haushaltsvorkehrungen getroffen,

(Abg. Helen Heberer SPD: Weichen stellen!)

sondern die Kunstkonzeption soll so, wie es der Kollege Walter richtig festgestellt hat,

(Abg. Helen Heberer SPD: Nicht zehn Jahre warten! Weichen stellen!)

dann auch für die nächste Legislaturperiode gelten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, abschließend möchte ich mich bei den kulturpolitischen Sprecherinnen und Sprechern aller Fraktionen sowie bei den Fraktionen selbst für die Bereitschaft und die hohe Akzeptanz, den Weg der Kunst in Baden-Württemberg mitzugehen, herzlich bedanken.

Lassen Sie mich mit einem Zitat von Bertolt Brecht schließen. Er sagte: „Kunst ist Luxus, den man sich leisten muss.“

(Abg. Christoph Palm CDU: So ist es!)

Deshalb gilt gerade auch in diesen Zeiten: Wir brauchen diesen Luxus für Baden-Württemberg, für die Menschen in diesem Land.

Ich bitte Sie, den Kunsthaushalt zu unterstützen und entsprechend zu verabschieden.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Nächstes Mal zitieren Sie noch Karl Marx!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Liebe Kolleginnen und Kollegen, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen jetzt zur **A b s t i m m u n g** über den Einzelplan 14 – Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst.

Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 14/5714. Die Änderungsanträge und den Entschließungsantrag werde ich bei den entsprechenden Kapiteln aufrufen.

Ich rufe auf

Kapitel 1401

Ministerium

Wer stimmt dem Kapitel 1401 zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit mehrheitlich so beschlossen.

Ich rufe auf

Kapitel 1402

Allgemeine Bewilligungen

und hierzu den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 14/5814-1. Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der SPD zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über das Kapitel 1402 in der ursprünglichen Fassung. Wer dem Kapitel zustimmt, möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist mehrheitlich so beschlossen.

(Stellv. Präsident Wolfgang Drexler)

Wir kommen zu

Kapitel 1403

Allgemeine Aufwendungen für die Hochschulen

Dazu liegt der Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/5814-2, vor. Wer für den Änderungsantrag ist, möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Wir kommen zum Entschließungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/5814-3. Wer diesem Entschließungsantrag zustimmt, möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dieser Entschließungsantrag abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über Kapitel 1403 in der ursprünglichen Fassung. Wer diesem Kapitel zustimmt, möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist mehrheitlich so beschlossen.

Wir kommen zu

Kapitel 1405

Bildungsplanung und überregionale Angelegenheiten

Wer diesem Kapitel zustimmt, möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Einstimmig so beschlossen.

Wir kommen zu

Kapitel 1406

Internationale wissenschaftliche Zusammenarbeit

Wer dem Kapitel zustimmt, möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Einstimmig so beschlossen.

Wir kommen zu

Kapitel 1407

Allgemeine Aufwendungen für das Bibliothekswesen

Wer dem Kapitel zustimmt, möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Einstimmig so zugestimmt.

Kapitel 1408

Ausbildungsförderung

Wer dem Kapitel zustimmt, möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Einstimmig so beschlossen.

Kapitel 1409

Aufwendungen für die Förderung der Studierenden im Hochschulwesen

Wer diesem Kapitel zustimmt, möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Einstimmig beschlossen.

Jetzt könnte man verschiedene Kapitel zusammenfassen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Machen Sie das!)

Kann man die Kapitel 1410 bis 1421 – sie betreffen die Universitäten – zusammenfassen?

(Zustimmung)

Wer

Kapitel 1410 bis Kapitel 1421

zustimmt, möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Mehrheitlich so zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 1424 und Kapitel 1425

Darin geht es um die Landesbibliotheken. Wer diesen Kapiteln zustimmt, der möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Den Kapiteln ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 1426 bis Kapitel 1433

Dabei handelt es sich um die Pädagogischen Hochschulen. Wer den Kapiteln zustimmt, der möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Den Kapiteln ist mehrheitlich zugestimmt.

Wir kommen jetzt zu den Kapiteln 1440 bis 1446.

(Abg. Johannes Stober SPD: Bis 1464!)

– In Ordnung.

Ich rufe auf

Kapitel 1440 bis Kapitel 1464

Dabei handelt es sich um die Fachhochschulen. Wer den Kapiteln zustimmt, der möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Den Kapiteln ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 1466 und Kapitel 1467

Diese Kapitel betreffen die Staatlichen Museen für Naturkunde in Karlsruhe und Stuttgart. Wer dafür ist, der möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Den Kapiteln ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 1468

Duale Hochschule Baden-Württemberg

Wer dem Kapitel zustimmt, der möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

(Stellv. Präsident Wolfgang Drexler)

Ich rufe auf

Kapitel 1469

Landesarchiv Baden-Württemberg

Wer dem Kapitel zustimmt, der möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Einstimmig so beschlossen.

Wir kommen zu den Kunsthochschulen.

Ich rufe auf

Kapitel 1470 bis Kapitel 1477

Wer den Kapiteln 1470 bis 1477 zustimmt, der möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Einstimmig so beschlossen.

Ich rufe auf

Kapitel 1478

Allgemeine Aufwendungen für Kunst, Literatur sowie die Kunsthochschulen

Wer diesem Kapitel zustimmt, der möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Mehrheitlich so zugestimmt.

Wir kommen zu den Theatern.

Ich rufe auf

Kapitel 1479 bis Kapitel 1481

Wer den Kapiteln über die Theater zustimmt, der möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Einstimmig so zugestimmt.

Wir kommen zu den Staatlichen Museen.

Ich rufe auf

Kapitel 1482 bis Kapitel 1492

Wer diesen Kapiteln zustimmt, der möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Es ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe auf

Kapitel 1494

Deutsches Volksliedarchiv Freiburg i. Br.

Wer dem Kapitel 1494 zustimmt, der möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Es ist einstimmig so beschlossen.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Bitte die Stimmen erheben!)

– Wir müssen jetzt nicht das Badnerlied anstimmen.

(Heiterkeit – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Nur weil Sie es nicht können!)

Ich rufe auf

Kapitel 1495

Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg

Wer diesem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Es ist so beschlossen.

Ich rufe auf

Kapitel 1499

Sonstige wissenschaftliche Forschungsinstitute und allgemeine Aufwendungen für Wissenschaft und Forschung

Wer diesem Kapitel zustimmt, der möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Es ist so beschlossen.

Wir kommen jetzt zu Abschnitt II der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 14/5714. Wer Abschnitt II zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Es ist so beschlossen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit haben wir den Einzelplan 14 – Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst – beschlossen.

Wir kommen jetzt zu den Tagesordnungspunkten, die in einer einheitlichen Aussprache zusammengefasst werden.

Ich rufe jetzt die **Tagesordnungspunkte 1 b, 1 c, 1 d, 2 und 3** auf:

Punkt 1 b:

Einzelplan 06: Finanzministerium

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 14/5706

Berichterstatterin: Abg. Christine Rudolf

Punkt 1 c:

Einzelplan 12: Allgemeine Finanzverwaltung

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 14/5712

Berichterstatter: Abg. Manfred Groh

Berichterstatter für den Bereich Kommunaler Finanzausgleich: Abg. Dr. Stefan Scheffold

Berichterstatter für den Bereich Staatlicher Hochbau: Abg. Klaus Dieter Reichardt

Punkt 1 d:

Staatshaushaltsgesetz 2010/11 – Drucksache 14/5600

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 14/5715

Berichterstatter: Abg. Klaus Herrmann

(Stellv. Präsident Wolfgang Drexler)

Punkt 2:

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Haushaltsbegleitgesetz 2010 und Gesetz über das Landesschuldbuch – Drucksache 14/5680

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 14/5716

Berichterstatter: Abg. Klaus Herrmann

Punkt 3:

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zur Mittelfristigen Finanzplanung des Landes Baden-Württemberg für die Jahre 2009 bis 2013 – Drucksachen 14/5681, 14/5717

Berichterstatter: Abg. Klaus Herrmann

Das Präsidium hat für die Gesamtaussprache über die Tagesordnungspunkte 1 b bis d sowie über die Tagesordnungspunkte 2 und 3 eine Redezeit von 15 Minuten je Fraktion festgelegt, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

Für die CDU-Fraktion darf ich Herrn Abg. Groh als Erstem das Wort erteilen.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Das wird ein guter Einstieg!)

Abg. Manfred Groh CDU: Vielen Dank. – Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! In Kapitel 0608 – Steuerverwaltung – ist insbesondere der Personalhaushalt von Bedeutung, macht er doch allein schon rund 85 % der gesamten Stellen des Einzelplans 06 aus. Die Steuerverwaltung verfügt demnach über 14 780 Stellen, davon 13 286 Beamtenstellen.

Die CDU-Fraktion hat sich schon immer dieser Personalsituation angenommen und wiederholt auf eine Verbesserung der Beförderungssituation gedrängt, zuletzt beim Haushalt 2007/2008 einschließlich Nachtrag mit 600 Stellenhebungen im mittleren und 300 Stellenhebungen im gehobenen Dienst. Dies kann aber nur ein erster Schritt sein.

Für den mittleren und den gehobenen Dienst in der Steuerverwaltung gilt es, in der anstehenden Dienstrechtsreform weitere Verbesserungen zu erreichen. Im mittleren Dienst sind Beförderungen nicht unter einer Wartezeit von sieben Jahren möglich. Hinzu kommt, dass Steuerbeamte des mittleren Dienstes kaum die Möglichkeit haben, in die freie Wirtschaft oder in andere Branchen zu wechseln. Im gehobenen Dienst liegen die Beförderungsfristen sogar bei zehn Jahren. Dies betrifft hoch qualifizierte Bedienstete mit Abitur und Fachhochschulstudium.

In Kapitel 0620 sind die Betriebe und Beteiligungen des Finanzministeriums zusammengefasst. Wer sich jedoch einen Überblick über das Vermögen des Landes insgesamt verschaffen möchte, muss auch in Kapitel 1209 – Staatsvermögen – und im Beteiligungsbericht nachschauen. Da allerdings in Kapitel 1209 der Grundstock nur in Einnahmen und Ausgaben durchgebucht wird, ergibt sich der tatsächliche Vermögensbestand genau nur aus der Vermögensübersicht im Vorheft zum

Staatshaushaltsplan sowie aus der Übersicht über die im Bereich des Einzelplans 12 verwalteten Sondervermögen.

Der Grundstock als zentrale Vermögensbilanz teilt sich auf in einen Allgemeinen Grundstock und einen Forstgrundstock; das ist Ihnen bekannt. Der Staatswald beispielsweise ist in der Vermögensübersicht in Summe der Größe und des Wertes nach dargestellt. Alle anderen Vermögenswerte des Landes sind dem Allgemeinen Grundstock zugeordnet. Das heißt, wird ein Unternehmen gekauft oder eine Beteiligung erworben, oder trennt sich das Land von Einrichtungen, erfolgt die Abwicklung über diesen Grundstock. Dank gilt der Badischen Verfassung von 1818 für diese vermögenserhaltende Einrichtung.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Jetzt kommt es! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das Badnerlied!)

– Das singen wir danach, lieber Kollege.

(Vereinzel Beifall)

Selbst wenn im Haushalt eine Entnahme aus dem Allgemeinen Grundstock von 180 Millionen € etatisiert ist, wird über Grundstückszukäufe in der Größenordnung von 82 Millionen € gleichzeitig der hälftige Vermögenswert diesem Grundstock wieder zugeführt.

Das Statistische Landesamt, in Kapitel 0607 etatisiert, wird sich in nächster Zeit mit der Herausforderung des Bevölkerungszensus zu beschäftigen haben. Dafür wird es vorübergehend einer Personalverstärkung von bis zu 250 Aushilfskräften bedürfen. Unter „Bevölkerungszensus 2011“ versteht man eine Art Volkszählung, allerdings nicht – wie im Jahr 1987 – durch direkte Bürgerbefragung. Vielmehr werden 80 % bis 90 % der notwendigen Daten durch Abgleich der Register bei den Kommunen erhoben. Das Land erhält zwar einen Kostenersatz durch den Bund. Nach heutigem Stand wird dieser Aufwendersatz aber weder die Kosten des Landes noch die Kosten der Kommunen decken. Darauf möchte ich schon jetzt hinweisen.

Meine Damen und Herren, der Einzelplan 12 weist Gesamteinnahmen von 31,33 Milliarden € im Jahr 2010 und 31,52 Milliarden € im Jahr 2011 aus. Davon entfallen rund 78 % auf Steuereinnahmen. Damit wird deutlich, wie sehr der Landesetat von Steuereinnahmen abhängig ist.

In Kapitel 1208 – Staatlicher Hochbau – sind die Haushaltsmittel für bauliche Unterhaltung und Baumaßnahmen etatisiert. Im Haushaltsjahr 2010 stehen dafür rund 524 Millionen € und im Haushaltsjahr 2011 rund 512 Millionen € zur Verfügung. Die direkt finanzierten großen Baumaßnahmen sind in den Titeln 712 01 ff. etatisiert. Zu beachten ist jedoch, dass sich durch die in den Kapiteln 1240 und 1245 veranschlagten Haushaltsmittel die Bauaktivitäten des Landes noch erhöhen. In Kapitel 1245 sind Mittel für Baumaßnahmen mit Gesamtkosten von immerhin 351 Millionen € etatisiert. Beim sogenannten Landesinfrastrukturprogramm trägt das Land allein die Finanzierung, während beim Zukunftsinvestitionsprogramm des Bundes nur 25 % vom Land bereitzustellen sind.

Die in Kapitel 1209 bereitgestellten 80 Millionen € zur Ausübung von Optionen zum Erwerb von Public-Private-Partnership-Objekten können bei dieser Betrachtung ebenfalls noch als Bauausgaben gewertet werden, denn sie sind dem Grunde

(Manfred Groh)

nach Baumittel in einer anderen Finanzierungsform. Allerdings möchte ich in diesem Zusammenhang noch darauf hinweisen, dass wir, wenn die in Titel 518 11 veranschlagten Investorenlösungen – also PPP-Projekte – nicht realisiert werden können, mit Bauverzögerungen zu rechnen haben, weil diese Maßnahmen der Einzeletatisierung bedürfen und eine Doppelveranschlagung im Hinblick auf die damit einhergehende Mittelbindung nicht möglich erscheint.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wie Sie dem Haushaltsentwurf, speziell dem Titel 325 86, entnehmen können, klafft eine große Deckungslücke, die unter Berücksichtigung des Länderfinanzausgleichs ohne Nettokreditaufnahme nicht geschlossen werden kann. Wir mussten im Jahr 2008 rund 2,62 Milliarden € und im Jahr 2009 rund 1,89 Milliarden € an andere Bundesländer abgeben. Dennoch konnten wir in den Jahren 2008 und 2009 aufgrund unserer sparsamen und verantwortungsvollen Haushaltspolitik ohne zusätzliche Neuverschuldung auskommen. Diese Leistung zeigt einmal mehr, dass der Länderfinanzausgleich einer dringenden Korrektur zugunsten der Geberländer bedarf.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Das Problem ist nur: Wir sind in der Minderheit!)

– Ich komme gleich noch darauf zu sprechen.

Gelegentlich wird behauptet – so auch, wie Sie alle gehört haben, vom Kollegen Kretschmann bei der gestrigen Beratung des Einzelplans 02 –, das Land Baden-Württemberg müsse sich in den Jahren 2010 und 2011 so hoch wie noch nie mit Neukrediten am Kreditmarkt versorgen. Ich gebe zu, lieber Kollege, dass die Steigerung gerade im Vergleich zur Nullnettoneuverschuldung in den Jahren 2008 und 2009 enorm groß ausfällt. Aber eine solche Feststellung – dieses Urteil erlauben Sie mir – erscheint mir in zweierlei Hinsicht mehr als banal. Den ersten Grund habe ich Ihnen genannt: Das ist der Länderfinanzausgleich. Was das zweite Argument betrifft, so bitte ich einfach, den Betrachtungszeitraum – –

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Aber der Länderfinanzausgleich gehört nun einmal zur Architektur der Bundesrepublik!)

– Es mag ja stimmen, dass er zur Architektur gehört.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Dann ändern Sie ihn doch!)

Dennoch steht die Forderung, dass wir ihn korrigieren müssen, und zwar zugunsten der Geberländer.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: So ist es! – Bravo-Rufe von der CDU)

Das erkläre ich Ihnen gerade anhand des Themas Verschuldung.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Ändern Sie ihn doch! – Gegenruf des Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Helfen Sie doch mit! Nicht nur schimpfen!)

Deshalb, lieber Kollege, müssen Sie die Betrachtungszeiträume richtig wählen. Bitte nehmen Sie den Zeitraum der Null-

nettoneuverschuldung noch mit hinzu, und betrachten Sie die Verschuldung im gesamten Zeitraum von 2008 bis 2011. Dann wird jedem klar: Die durchschnittliche Neuverschuldung des Landes Baden-Württemberg liegt in diesen vier Jahren gerade einmal bei 628 Millionen € pro Jahr.

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Das ist ja ein Rechen-trick! Wie lügt man mit Statistik?)

Die durchschnittliche Belastung durch den Länderfinanzausgleich liegt bei 2,2 Milliarden € pro Jahr. – Herr Kollege Schmid, das ist kein Trick, sondern das ist eine ganz normale, seriöse Betrachtungsweise.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Sie können nicht ausgerechnet von dem Haushaltsjahr ausgehen, in dem wir im Vergleich zu anderen Bundesländern einmal mehr Schulden machen müssen. In den Jahren zuvor hatten wir eine Nullnettoneuverschuldung; das ist doch eine Leistung und kein Defizit.

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Stellen Sie einmal eine Zehnjahresbetrachtung an!)

Darüber, lieber Kollege Kretschmann, sollten Sie sich einmal Gedanken machen und nicht immer wieder die Leistungsfähigkeit unseres Bundeslands infrage stellen.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Richtig! – Abg. Dieter Hillebrand CDU: Sehr gut!)

Setzt man die Neuverschuldung in Bezug zu der Zahl der Einwohner, so schneidet Baden-Württemberg im Jahr 2010 unter den alten Flächenländern nach Bayern am zweitbesten ab.

Ungeachtet dessen steigen auch bei uns die Schulden, nämlich von rund 43 Milliarden € um 4,55 Milliarden € auf 47,5 Milliarden €. Die Zinszahlungen lagen bei 1,67 Milliarden € für das Jahr 2009 und werden auf 1,76 Milliarden € für das Jahr 2010 und auf 1,92 Milliarden € für das Jahr 2011 steigen. Dabei gilt es zu bedenken, dass ein Anstieg des Zinssatzes um nur einen Prozentpunkt bereits eine unmittelbar finanzwirksame Mehrausgabe von über 400 Millionen € mit sich bringen würde. Wie Sie sehen, beobachten wir die Entwicklung in diesem Bereich sehr kritisch.

Zu dem in Kapitel 1205 etatisierten kommunalen Finanzausgleich möchte ich besonders herausstellen, dass mit Finanzzuweisungen von rund 5,3 Milliarden € im Jahr 2010 und rund 5,18 Milliarden € im Jahr 2011 das Niveau der Vorjahre trotz Finanzkrise und Steuermindereinnahmen gehalten werden kann. Grund dafür sind die Wenigerzahlungen im Länderfinanzausgleich. Aber trotz dieser Wenigerzahlungen bleibt festzustellen, dass der Länderfinanzausgleich zugunsten der Geberländer, zugunsten des Landes Baden-Württemberg korrigiert werden muss, damit die Handlungsspielräume auch für unsere Kommunen erhalten bleiben und die Verschuldung nicht ausufert.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Kurzintervention! – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Kollege, vom Kollegen Kretschmann wird eine Kurzintervention gewünscht.

Abg. Manfred Groh CDU: Mag sein.

(Heiterkeit des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte.

Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Herr Kollege, ist Ihnen klar, dass der Länderfinanzausgleich nur geändert werden kann, wenn es dafür sowohl im Bundestag als auch im Bundesrat Mehrheiten gibt? Schon die Föderalismuskommissionen I und II mussten dieses Thema ausklammern, weil es sonst von vornherein gar keine Ergebnisse gegeben hätte. Das heißt, es ist doch wohlfeil von Ihnen, hier einfach zu erklären, der Länderfinanzausgleich müsse geändert werden, ohne zu sagen – Ihre Fraktion ist schließlich in der Regierung –, mit welchem Konzept Sie diese ändern wollen.

Eine Änderung des Länderfinanzausgleichs wollen wir alle natürlich gern. Aber realistischerweise muss man doch sagen, dass diese bis 2019 überhaupt nicht erfolgen kann. Das ist doch nur eine ganz billige, populistische Nummer, die Sie hier machen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Abg. Manfred Groh CDU: Herr Kollege Kretschmann, diesen Vorwurf lasse ich so nicht stehen. Es ist keine Erklärung von mir, sondern eine Forderung, und zwar eine glasklare Forderung, dass der Länderfinanzausgleich geändert werden muss.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Dann setzen Sie das doch durch!)

Die Forderung werden wir noch formulieren.

(Zuruf des Abg. Dr. Nils Schmid SPD)

Ich sage Ihnen schon jetzt, dass sich diese Forderung nicht nur auf einen einnahmebezogenen Finanzausgleich richtet, sondern wir wollen, dass auch die Leistungen eines Bundeslands als Ausgabeleistungen mit im Länderfinanzausgleich Berücksichtigung finden.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: So ist es!)

Es kann nicht sein, dass wir gutes Geld hergeben müssen, uns selbst verschulden müssen und dann in den Leistungen im Ländervergleich hintenanstehen. Das kann nicht sein. Sie können sich darauf verlassen, dass wir diese Forderung demnächst formulieren werden.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Sehr gut! Bravo! – Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Seit ich hier hocke, höre ich diese Reden!)

– Vielleicht müssen Sie noch ein bisschen länger hier sitzen.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Noch einmal zehn Jahre!)

Diese Änderung wird kommen. Darauf können Sie sich verlassen. Wir können darüber ja im Finanzausschuss weiterdiskutieren.

Ich möchte Ihnen zum kommunalen Finanzausgleich noch den Hinweis geben, dass die Kraftfahrzeugsteuer nunmehr als Zuweisung in Kapitel 1212 Titel 211 02 veranschlagt ist. Eine dem Land in der bisherigen Form zustehende Kraftfahrzeugsteuer gibt es nicht mehr. Das Land erhält als Ausgleich eine Zuweisung des Bundes. Gleichwohl halten wir gegenüber unseren Kommunen an der Kraftfahrzeugsteuerverbundmasse fest.

Zum Schluss lassen Sie mich noch kurz die finanziellen Auswirkungen des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes nennen. Den Schätzungen nach müssen wir mit Steuerausfällen von zusammen 450 Millionen € rechnen. Die Hälfte davon, also 225 Millionen €, wollen wir über eine Erhöhung der Kreditermächtigung decken. Die andere Hälfte soll aus Steuereinnahmen gedeckt werden, weil erwartet werden kann, dass Baden-Württemberg nach der Wirtschaftskrise – von der es, wie Sie wissen, im Maschinenbau und im Fahrzeugbau überdurchschnittlich betroffen ist – wieder überdurchschnittlich hohe Wachstumsraten aufweisen wird.

Die CDU-Fraktion stimmt den Entwürfen der Einzelpläne 06 und 12 auf der Grundlage der Beschlussempfehlungen des Finanzausschusses zu.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Sehr gut!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Reichardt das Wort.

Abg. Klaus Dieter Reichardt CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Vielen Dank für die Gelegenheit, hier nach relativ langer Auszeit sprechen zu können.

Im Einzelplan 12 finden sich wesentliche Informationen zum Staatshaushaltsgesetz 2010/11 sowie zum Haushaltsbegleitgesetz 2010 und zum Gesetz über das Landesschuldbuch. Darüber hinaus sind die Beschlussempfehlung und der Bericht des Finanzausschusses zum Mittelfristigen Finanzplan zu beachten. Im Einzelplan 12 sind die entscheidenden Fakten zu diesen Themen enthalten. Ich habe noch wenige Minuten Redezeit und will deshalb ein paar Aspekte exemplarisch herausgreifen.

Herr Kollege Kretschmann, Sie haben angesprochen, der Länderfinanzausgleich gehöre zur Architektur dieser Republik. Damit haben Sie mich inspiriert, über die Frage nachzudenken: Wie kann ich dieses Instrument einem Menschen, der kein Deutscher ist, überhaupt verständlich machen? Ich habe mir jetzt einmal überlegt, wie das auf Englisch heißen würde.

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: Englisch ist gefährlich! Besser auf Deutsch!)

– Ich sage es auch noch auf Französisch. – „Giver states“ haben wir zum Jahresende noch zwei oder drei, „taker states“ noch 13 oder 14. Auf Französisch hieße es „l'état de donner“ und „l'état de prendre“. Das sind die, die geben, und die, die

(Klaus Dieter Reichardt)

nehmen. Für Amerikaner, Engländer und Franzosen ergibt diese Maßnahme wenig Sinn. Ich war auch deswegen inspiriert, hierüber nachzudenken, weil der Ministerpräsident, der nach Brüssel wechselt, wissen muss, wie er denen, die in der EU mitwirken, dieses System erklären soll.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Als Christdemokrat sollten Sie sagen: Geben ist seliger denn nehmen! – Heiterkeit – Beifall bei Abgeordneten der SPD)

– Wir geben so viel, dass wir geradezu unselig viel geben.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Selbst der heilige Martin hat nur einen halben Mantel gegeben! – Weitere Zurufe)

Herr Kretschmann, wie Sie wissen, bin ich Lutheraner. In der Bibel steht etwas vom Zehnten. Sie werden sie als Katholik genauso lesen. Aber es steht dort nichts vom Geben über den Mantel hinaus, dass man praktisch mit dem Mantel anfängt und letztlich im Unterhemd hinausgeht.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Man braucht auch nicht nackt hinauszugehen! – Gegenruf des Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Das Land Baden-Württemberg ist nicht nackt, Herr Kollege! – Gegenruf des Abg. Jörg Döpper CDU: Aber fast!)

– Das hat die Opposition hiermit verstanden. Vielen Dank.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU zu Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Aber wenn die zweite Hälfte des Mantels hergegeben wird, dann ist es so! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Das Wort hat Herr Abg. Reichardt.

Abg. Klaus Dieter Reichardt CDU: Herr Kollege Kretschmann, das hat die Opposition hiermit verstanden. Vielen Dank.

Bei der Neuverschuldung pro Einwohner weist Baden-Württemberg nach Bayern den zweitbesten Wert aller Flächenländer in Deutschland im Jahr 2010 auf. Die Zinsen sind vorsichtig kalkuliert, auch in der Miffrif sind sie sehr gut kalkuliert. Eine Anhebung des Zinssatzes um einen Prozentpunkt würde allein für Baden-Württemberg 400 Millionen € an Mehrausgaben pro Jahr bedeuten. Nachdem wir seit 1952 Jahr für Jahr in den Länderfinanzausgleich einbezahlen, mussten wir natürlich Verbindlichkeiten auftürmen. Aber das ist im Etatentwurf des Ministeriums sehr ordentlich dargestellt. Ich habe mir diesen sehr detailliert angeschaut.

Bayern erreicht als einziges Bundesland die Nullnettoneuverschuldung, aber nur, weil dort im Jahr 2010 Rücklagen von knapp 3 Milliarden € aufgelöst werden. Wir haben das im Jahr 2008 wie im Jahr 2009 ohne Auflösung von Rücklagen erreicht. Das sehe ich auch daran, dass z. B. der Grundstock als Vermögensbilanz des Landes überhaupt nicht Gegenstand oppositioneller Stellungnahmen oder Anträge im Ausschuss und im Plenum ist. Das heißt, dass wir die Vermögenssituation Baden-Württembergs ordentlich darstellen.

Ich will mit Blick auf die Prognose, was wir künftig werden tun müssen, um die Wirtschaft zu beleben, ein paar Vorschläge machen. Wir werden meines Erachtens in den nächsten Monaten stark unter internationalem Druck stehen – das ist keine nationale Entscheidung –, durch Deficit-spending Obama wieder zu pushen, weil die Wirtschaft in Amerika sehr viel tiefer hängt als in der EU und in Deutschland. Das ist einfach ein Faktum.

Ob der Schuldendeckel bei der Baufinanz, den wir bei 400 Millionen € limitiert haben, ausreicht oder nicht, Herr Minister, wage ich nicht zu prognostizieren. Es könnte sein, dass wir noch einmal darangehen müssen. Wenn der investive Trend wieder dahin geht, mehr zu realisieren, reicht der Schuldendeckel von 400 Millionen € unter Umständen nicht aus.

Herr Kollege Groh hat die PPP-Projekte auf den Seiten 130 ff. des Entwurfs des Einzelplans 12 – ich habe es mir aufgeschrieben, weiß es aber auch auswendig – angesprochen. Lieber Herr Kollege Groh, es war richtig, dass man versucht hat, diese sieben Schlüsselprojekte, diese sehr stark wahrgenommenen Projekte, als PPP zu realisieren. Es ist ebenso festzustellen, dass momentan bei den Banken, auch infolge deren Gewinnkalkulation, kein überbordendes Interesse für PPP-Projekte besteht, sondern das Interesse sehr geschrumpft ist.

Das heißt, es geht darum, dass wir in den nächsten Monaten mithilfe des Fachressorts eine Entscheidung herbeiführen in der Frage: Bekommen wir die Projekte, die ja landesweit in allen Regionen laufen sollen, an Kernpunkten der politischen Wahrnehmung als PPP-Projekte geregelt, oder müssen wir sie konventionell etatisieren? Ich bin Ihnen sehr dankbar, dass Sie die Diastase sehr präzise beschrieben haben. Man kann nicht zweimal etatisieren. Wir haben die Projekte jetzt als PPP-Projekte im Haushalt stehen, und wir müssen bei den Nachtragsberatungen darüber nachdenken, wie wir das Ding – ich darf es so nennen – so schaukeln, dass es sitzt.

Es wäre richtig, die sieben PPP-Maßnahmen konventionell zu finanzieren, wenn PPP nicht im Sommer 2010 wieder mit Wucht anlaufen sollte.

Die Wachstumsschätzungen, die wir zugrunde legen, sind sehr schwer anzustellen. Das sehen Sie auch daran, dass der Bund zunächst eine Wachstumsrate von 0,4 % und kurz danach von 1,4 % angenommen hat. Das ist eine Annahme, die auch verschiedene politische Meinungen in Deutschland einbindet.

Insofern sind auch die Miffrif-Eckdaten, Herr Minister, schwankend. Die Wachstumsschätzungen sind nämlich volatil. Deshalb ist es an der Zeit, in dieser Debatte an das Ressort und seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einen klaren Dank dafür zu richten, dass ein derart plausibler Haushalt – Herr Kollege Kretschmann, Sie haben vorhin gesagt, Baden-Württemberg sei wenigstens nicht arm; so habe ich es übersetzt –

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Nicht nackt!)

erstellt wurde. Es ist eine schwierige Arbeit für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unter Führung von Minister Stächele und Frau Ministerialdirektorin Dr. Meister-Scheufelen. Ich darf Ihnen, lieber Herr Minister, sehr herzlich danken, dass der Haushalt immer sehr ordentlich, sehr transparent und für uns als Abgeordnete sehr nachvollziehbar und informativ vorgelegt und begleitet wurde.

(Klaus Dieter Reichardt)

Wir können, wie ich meine, überhaupt erst nach den Steuerschätzungen im Mai und im November 2010 kalkulierte und fundierte Berechnungen darüber anstellen, wohin die Reise für Deutschland und somit auch für Baden-Württemberg ökonomisch gehen könnte. Weiß jemand heute, wie die Steuerschätzungen und die Wachstumsschätzungen bis dahin ausfallen werden? Ich weiß es nicht. Herr Kollege Klein weiß es auch nicht. Nicht einmal Herr Kretschmann weiß es. Von der SPD lächelt mir Herr Kollege Rust wissend zu; er weiß es aber auch nicht präzise.

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: Da täuschen Sie sich!)

Das heißt, wir arbeiten uns jetzt in sumpfigem Gelände vor. – Ich täusche mich natürlich, Herr Kollege Stickelberger. Sie wissen es, aber Sie behalten es für sich.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Der Arbeitskreis „Steuerschätzungen“ hat noch viel Arbeit vor sich. Baden-Württemberg hat die Wachstumsprognose entlang den Planungen des Bundes erstellt; sie ist demnach von 0,4 % auf 1,4 % gestiegen. Aber wir müssen uns auf Korrekturen einstellen. Wir haben de facto im Haushaltsplan des Finanzministeriums – sehr vorsichtig – für das Jahr 2010 eine Wachstumsrate von 1,16 % veranschlagt, für das Jahr 2011 eine Rate von 1,9 %. Denn wir alle hoffen, dass die Lage besser wird.

Landeseigene Prognosen als Haushaltsgrundlage zu nehmen, wie von der Opposition auch einmal artikuliert wurde, sollte man unterlassen. Denn es kann nicht sein, dass jedes einzelne der 16 Bundesländer seine eigene Haushaltsberechnung anstellt. Überlegen Sie einmal: Wenn Bremen verbindlich für die anderen 15 Bundesländer Haushaltsberechnungen anstellen würde, dann wäre das vielleicht der SPD nicht unrecht, aber es könnte nicht recht sein.

Prognosen sind immer in die Zukunft gerichtet. Insofern sind wir mit den Überlegungen, wie es mit dem Haushalt weitergeht, in einem „unsicheren Geläuf“, wie die Pferdefreunde sagen.

Wenn Sie sich in den Wirtschaftsnachrichten informieren, stellen Sie fest, dass es sehr unterschiedliche Meldungen zu Sparten, teilweise bis hinein in einzelne Betriebe, gibt. An einem Tag wird gemeldet, es laufe gut, und einen Tag später wird gemeldet, es laufe schlecht – und beide Meldungen beziehen sich auf den gleichen Konzern, auf die gleiche Firma. Ich könnte Ihnen Beispiele hierzu geben. Hoffen wir, dass es bald wieder gut wird, dass unsere Wirtschaft wieder anspringt und auch die Opposition in Person des Kollegen Rust die Themata weiter sehr vernünftig sieht.

(Zuruf des Abg. Rainer Stickelberger SPD)

– Ich habe ihn jetzt herausgehoben, weil Sie, Herr Stickelberger, mir finanzpolitisch noch nicht aufgefallen sind.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Reinhold Gall SPD: Das ist aber böse!)

Hoffen wir, dass wir Deutschland und Baden-Württemberg nach vorn bringen. Mit dieser Landesregierung haben wir eine hervorragende Voraussetzung, um Erfolg zu erreichen.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf von der CDU: Sehr gut!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Dr. Schmid das Wort.

Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der vorliegende Doppelhaushalt und die mittelfristige Finanzplanung sind Dokumente der Hilflosigkeit dieser Landesregierung.

(Abg. Klaus Dieter Reichardt CDU: Ach Gott!)

Denn Sie haben im wahrsten Sinn des Wortes keinen Plan, wie Sie das Land mittelfristig auf Konsolidierungskurs bringen wollen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Die Wortbeiträge aus den Reihen der CDU haben noch einmal die ganze Ratlosigkeit in dieser Hinsicht offenbart.

Der Haushalt ist aber auch Ausdruck des Niedergangs eines traditionsreichen Hauses, des Finanzministeriums,

(Lachen des Abg. Manfred Groh CDU)

eines Hauses, das von einem Finanzminister und einem Staatssekretär in die politische Bedeutungslosigkeit versenkt wurde.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Es ist bezeichnend, dass der Staatssekretär im Finanzministerium bei der Debatte über den Etat seines Hauses nicht einmal anwesend ist. Wahrscheinlich ist er beim Anwalt. Denn er hat ja eine Reihe von Verfahren laufen, bei denen er sich verteidigen muss.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Hoppla! Da wird es aber eng!)

Diese Bedeutungslosigkeit lässt sich daran illustrieren, wie das Finanzministerium in den letzten Monaten agiert hat, bzw. daran, dass es untätig geblieben ist. Die Grundzüge der Haushaltspolitik werden schon seit Jahren im Staatsministerium aufgestellt. Als es im Sommer letzten Jahres darum ging, zur Kenntnis zu nehmen, dass eine Nullneuerschuldung angesichts der wirtschaftlichen Lage nicht mehr infrage kommt, hat der Ministerpräsident wie ein trotziges Kind nicht wahrhaben wollen, dass sein vermeintliches Paradedpferd gestürzt ist. Der Finanzminister wiederum hat dieser Realitätsverweigerung lange Zeit zugeschaut und es nicht geschafft, der Öffentlichkeit zu vermitteln, dass unter den gegebenen Umständen eine Schuldenaufnahme auch in Baden-Württemberg unvermeidlich ist.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

(Dr. Nils Schmid)

Damit haben Sie, Herr Stächele, eine vornehme Aufgabe des Finanzministers, nämlich pädagogisch zu wirken

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Für Pädagogik ist der Kultusminister zuständig!)

und zu erklären, wie Haushaltspolitik funktioniert, was realistisch und was unrealistisch ist, zum wiederholten Mal nicht wahrgenommen.

Nach einer misslungenen Rede zur Einbringung des Haushalts im Dezember vergangenen Jahres hat der Finanzminister als Neujahrsgabe noch schnell Einsparvorschläge nachgereicht, die er eigentlich schon im Prozess der Haushaltsaufstellung hätte einbringen müssen. Er musste sich dann vom designierten Ministerpräsidenten Mappus im Plenum sagen lassen, belehren lassen, wie man als Finanzminister zu agieren habe. Sie, Herr Stächele, wurden damit öffentlich desavouiert. Das ist noch keinem Ihrer Amtsvorgänger gelungen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Schließlich gipfelt der Niedergang des Finanzministeriums in der Affäre um Kies und Schotter.

(Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Das gepflegte Desinteresse des Finanzministers an dem harten Brot der Finanzpolitik mündete darin, dass alle Minister, die an dieser „Kies-Operation“ beteiligt sind – Umweltministerin, Innen- und Verkehrsminister –, wissen, was in ihrem Haus geschieht, Sie aber offensichtlich keinen blassen Schimmer davon hatten, was Herr Fleischer hinter Ihrem Rücken treibt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Deshalb sage ich Ihnen, Herr Stächele: Sie haben jegliche Autorität in der Finanzpolitik verspielt, und Sie müssten von sich aus Konsequenzen aus diesem Debakel ziehen.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben uns mit dem Doppelhaushalt und der mittelfristigen Finanzplanung eine finanzpolitische Lage eingebracht, die die steigende Verschuldung mit weiteren Verschleierungstricks verdeckt. So haben wir im Land im Jahr 2007 zusätzliche Schulden von 1 Milliarde € gemacht, deren Aufnahme damals gar nicht nötig gewesen wäre, und sie dann gebunkert, um länger bei der Nullneuerschuldung bleiben zu können.

Sie haben den Abbau des Sanierungsstaus bei Landesgebäuden, bei Hochschulgebäuden, bei Verwaltungsgebäuden schleifen lassen und mussten auf eine Anfrage von uns hin zugeben, dass der Mittelbedarf zur Sanierung und zur energetischen Sanierung bei 8 Milliarden € liegt. Das ist nichts anderes als eine verdeckte Verschuldung, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE – Abg. Ingo Rust SPD: So ist es! Sehr richtig! – Abg. Ulrich Lusche CDU: Nennen Sie einmal eigene Vorschläge! Sagen Sie einmal, was Sie vorschlagen!)

Schließlich haben Sie im Hinblick auf die steigenden Pensionsausgaben lange Zeit keinerlei Vorkehrungen getroffen,

(Zuruf des Abg. Ulrich Lusche CDU)

obwohl Herr Raffelhüschen vom finanzwissenschaftlichen Institut der Universität Freiburg schon im Jahr 2005 errechnet hat, dass bei steigenden Pensionsausgaben auf Baden-Württemberg unter allen Flächenländern mit die größte Belastung zukommen wird.

(Abg. Manfred Groh CDU: Warum denn?)

Erst der Pensionsfonds, der jetzt eingerichtet wurde, hat – sehr spät – ein Stück weit Erleichterung gebracht. Durch die Einzahlung in den Pensionsfonds haben Sie keine volle Abdeckung der zukünftigen Pensionsausgaben für neu einzustellende Beamte erreicht. Sie zahlen zu wenig in den Pensionsfonds ein und nehmen damit in Kauf, dass die Pensionsverpflichtungen im nächsten Jahrzehnt weiter stark ansteigen.

Sie haben der Wahrheit bei diesem Haushalt lange Zeit nicht ins Auge schauen wollen. Sie haben seine Einbringung vertagt und verschleppt, und zwar mit der vorgeschobenen Begründung, man müsse erst abwarten, wie die Bundestagswahl ausgehe, was die November-Steuerschätzung ergebe, welche steuerpolitischen Beschlüsse eine neue Bundesregierung fassen werde,

(Abg. Klaus Dieter Reichardt CDU: Das ist doch logisch! Es geht gar nicht anders!)

obwohl bereits aus der vorherigen mittelfristigen Finanzplanung hervorging, dass Sie ein strukturelles Defizit von 1,5 Milliarden € mit sich herumschleppen. Sie hätten genügend Zeit gehabt, dies anzugehen – jenseits des Ausgangs der Bundestagswahl.

Nun wird es ganz lustig: Nachdem jetzt die Ergebnisse der Bundestagswahl vorliegen und die steuerpolitischen Beschlüsse von Schwarz-Gelb in Berlin getroffen worden sind, haben Sie sie dennoch nicht eingearbeitet. Sie haben die Beschlüsse vom Dezember, das sogenannte Wachstumsbeschleunigungsgesetz, das die Schuldenaufnahme von Bund und Ländern beschleunigt hat, nicht sauber in diesen Haushalt eingearbeitet.

(Abg. Klaus Dieter Reichardt CDU: Das haben wir doch genau ausgearbeitet! Umgekehrt ist es richtig! – Zurufe der Abg. Paul Nemeth CDU und Heiderose Berroth FDP/DVP)

Entgegen jeglichen Regeln haushalterischer Kunst haben Sie die Steuerausfälle, die durch dieses Gesetz in Baden-Württemberg eintreten werden, nicht voll veranschlagt. Sie haben nur die Hälfte der von Bund und Ländern gemeinsam errechneten Steuerausfälle, die das Gesetz in den nächsten Jahren verursacht, in diesem Haushalt berücksichtigt, und Sie haben eine große Bandbreite der Auswirkungen dieser steuerpolitischen Beschlüsse auf das Land dargeboten.

Vertreter der CDU haben gesagt, man müsste eigentlich den ganzen Steuerausfall im Haushalt berücksichtigen. Andere haben gesagt, es gäbe Selbstfinanzierungseffekte aufgrund von Wachstum.

(Dr. Nils Schmid)

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Was sagen Sie denn dazu? – Gegenruf des Abg. Reinhold Gall SPD: Wir diskutieren über Ihren Haushalt! – Abg. Klaus Dieter Reichardt CDU: Gar nichts haben Sie gesagt! Schweigen mit 18 %!)

Ich sage Ihnen, Herr Reichardt und Herr Dr. Scheffold: Wer aufrichtige Haushaltspolitik machen will, der macht das, was wir in der Vergangenheit im Bund und in den Ländern gemacht haben, nämlich steuerpolitische Beschlüsse, und die Ausfälle werden komplett im Haushalt berücksichtigt. Sie müssen zugeben, dass Sie dann noch mehr Schulden machen müssen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Es ist ein Märchen, dass Steuersenkungen automatisch und vor allem so schnell Wachstum bringen, dass die Ausfälle schon in den Jahren 2010 und 2011 gedämpft werden.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Dieses Märchen hat Schröder erzählt!)

Dieses Märchen wird durch seriöse wirtschaftswissenschaftliche Studien widerlegt.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Was? Falsch!)

Ich zitiere nur eine: Die amerikanischen Steuersenkungen in den Achtzigerjahren wurden von Richard Kogan ausführlich untersucht. Er kommt zu dem Schluss – –

(Abg. Klaus Dieter Reichardt CDU: Das haben Sie auch im Ausschuss schon gesagt! Es war im Ausschuss falsch, und es ist im Plenum falsch! – Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Wie heißt der?)

– Herr Reichardt, hören Sie gut zu.

(Abg. Klaus Dieter Reichardt CDU: Im Ausschuss falsch, im Plenum falsch!)

Die Idee, dass sich Steuersenkungen selbst finanzieren, klingt, lieber Herr Reichardt, zu gut, um wahr zu sein.

(Abg. Klaus Dieter Reichardt CDU: Das ist falsch!)

Nehmen Sie das zur Kenntnis, und hören Sie endlich auf, den Leuten vorzumachen, man könne durch Steuersenkungen, quasi mit dem Zauberstab, Wachstum generieren.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Klaus Dieter Reichardt CDU: Ich bedanke mich für die Belehrung!)

Vielmehr geht es darum, dass wir bestehende Steuergesetze durchsetzen und damit eine angemessene Ausstattung des Staates über Steuern gewährleisten.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Je früher, desto besser! Das ist angemessen!)

Deshalb sagt die SPD, dass wir mehr Steuerbeamte brauchen, dass wir bessere Beförderungschancen für die Steuerbeamten brauchen, weil sie – –

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Und dann jammern Sie über die Pensionslasten! Das ist die SPD!)

– Herr Rülke, Sie haben nun wirklich keine Ahnung.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Wenn Sie sich in der Vergangenheit mit der Materie auseinandergesetzt hätten, dann wüssten Sie, dass jeder Steuerbeamte ein Vielfaches dessen einbringt, was er den Staat kostet.

(Beifall bei der SPD – Abg. Reinhold Gall SPD: So einfach ist es!)

Herr Rülke, so einfach ist das.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das Einzige, was Sie hier nachweisen, ist Ihre eigene Ahnungslosigkeit!)

Das ist nicht meine persönliche Meinung, sondern das ist fundiert. Herr Rülke, nehmen Sie zur Kenntnis, was der Rechnungshof dazu gesagt hat. Sie sollten endlich aufhören, zu meinen,

(Zuruf von der CDU: So ein Quatsch!)

Sie könnten auf der einen Seite Steuersenkungen versprechen und könnten die Menschen auf der anderen Seite über erhöhte Gebühren für die Kindergärten und bei den Volkshochschulen wieder abkassieren. Das ist Ihre Politik, Herr Rülke.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Kollege Dr. Schmid, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg. Berroth?

Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Ja, natürlich.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Frau Abgeordnete.

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Herr Kollege Dr. Schmid, ich wollte, nachdem Sie so viel „Wissenschaftlichkeit“ ausstrahlen, nur kurz fragen, ob Sie bei Ihrer Ausbildung auch das Prinzip vom abnehmenden Grenznutzen gelernt haben.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Manfred Groh CDU: Aber jetzt wird es eng!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Herr Abg. Dr. Schmid.

Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Frau Berroth, ich kann Ihnen versichern: Das habe ich auch gelernt. Der Zustand des abnehmenden Grenznutzens ist bei der Steuerverwaltung noch lange nicht erreicht, weil wir den Personalbestand in der Steuerverwaltung im Land so abgesenkt haben, dass wir Millionen und Milliarden in Deutschland verlieren, weil wir bei denen, die es haben, nicht genau hinschauen, Frau Berroth. Genau das ist das Problem. Es geht um die, die es haben.

(Dr. Nils Schmid)

(Beifall bei der SPD und des Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE – Abg. Reinhold Gall SPD: Frau Berroth meint die Grenze zur Schweiz!)

Sie wissen ganz genau, liebe Vertreter von FDP/DVP und CDU, wer die Zeche für die Steuersenkungen zahlen muss. Das sind diejenigen, die über erhöhte Sozialabgaben für Gesundheits-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung die Defizite ausgleichen müssen. Das wird die Wahrheit sein.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

Das wird die Wahrheit sein, die spätestens nach der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen auf den Tisch kommt: Steuersenkungen für die Reichen werden durch Gretchen Normalverdienerin und Otto Normalverdiener über die Sozialabgaben bezahlt, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

Wer sich jetzt noch, wie die FDP, schützend vor die Steuerbetrüger stellt,

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Was?)

der muss heute Farbe bekennen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

Deshalb stellt die SPD den Antrag, dass dieser Landtag

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Ja!)

der Öffentlichkeit gegenüber deutlich erklärt, dass auch das Land Baden-Württemberg für den Ankauf von Steuerdaten aus der Schweiz ist.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Das ist doch entschieden! Das ist in Berlin längst entschieden!)

Denn es kann nicht sein, dass Steuerhinterziehung ein Kavaliersdelikt ist, das auch noch von Regierungsfractionen gedeckt wird, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Gerade weil das ein sensibles Thema ist, weil es darum geht, dass Grundrechte gegenüber dem Interesse des Staates an Steuereinnahmen abgewogen werden müssen, gerade weil das eine schwierige Abwägung ist,

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Macht ihr es euch einfach!)

ist es wichtig, dass sich das Parlament dazu äußert und das nicht im stillen Kämmerlein auf Ministerialebene ausgehandelt wird.

Ich sage ganz deutlich:

(Zuruf des Abg. Klaus Dieter Reichardt CDU)

Es ist ein Akt der Notwehr des deutschen Staates

(Lachen bei Abgeordneten der FDP/DVP)

gegenüber der Schweiz, gegen diese Steuerhinterzieher vorzugehen. Deshalb müssen diese Daten angekauft werden.

(Beifall bei der SPD – Abg. Walter Heiler SPD: So ist es! – Zurufe von der CDU und der FDP/DVP, u. a.: „Notwehr“!)

Kommen wir zur Finanzplanung. Schauen wir uns diese einmal etwas detaillierter an. Wir sehen Deckungslücken für die Jahre 2012 und 2013 in Höhe von insgesamt 7 Milliarden €. Dann kommen, wenn die Steuerpolitik weiter so betrieben wird wie bisher, mindestens 1 Milliarde € obendrauf. Das soll jetzt durch eine zusätzliche Schuldenaufnahme sowie durch das Schließen von Deckungslücken hereingeholt werden.

Sie haben aber während der ganzen Haushaltsdebatte keine Aussage zu den Belastungen getroffen, die noch zusätzlich auf uns zukommen – Sanierungsstau, Pensionsausgaben –, und Sie haben keinerlei strukturelle Einsparungsvorschläge gemacht, wie wir zu einem stabilen Landeshaushalt kommen. Wir von der SPD-Fraktion haben Sie mehrfach aufgefordert, durch die Zusammenlegung von Ministerien, durch die Streichung einer Verwaltungsebene Synergien zu heben, die nicht zulasten der Bürgernähe gehen, sondern die die Verwaltung in diesem Land optimieren.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Bürgerferne Regionalkreise wollt ihr! So ein Schwachsinn! – Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

Machen Sie sich endlich an diese Arbeit, das Land zu durchlüften, neue Strukturen in der Verwaltung zu schaffen, und starren Sie nicht wie das Kaninchen auf die Schlange der steigenden Verschuldung.

(Beifall bei der SPD)

Besonders schlimm ist, dass Sie auch in diesem Haushalt neue Lasten in die Zukunft verschieben. Ich erinnere an den Verkauf von Immobilien an die verselbstständigte Baufinanz, die per Saldo 42 Millionen € mehr Schulden aufnimmt, obwohl Sie – das war damals Ministerpräsident Oettinger – versprochen hatten, dass die Baufinanz allmählich in den Haushalt zurückgeführt wird. Sie haben bei der Beteiligungsgesellschaft des Landes eine Sonderausschüttung von 60 Millionen €. Vor allem aber haben Sie bei der Risikoabsicherung der LBBW die Gebühren aus dem Puffer, der in der Gesellschaft für mögliche Verluste vorgesehen war, herausgenommen, um sie in den Haushalt zu überführen. Damit entpuppt sich ein Großteil der Ressort einsparungen für den kommenden Doppelhaushalt als Scheineinsparungen, die Lasten in die Zukunft verschieben.

Sie haben entgegen den Versprechungen des Konjunkturprogramms bei den Investitionen im Kernhaushalt gekürzt. Das sieht man bei den Zentren für Psychiatrie und bei der Breitbandverkabelung. Dort sind gegenüber der ursprünglichen Planung 12,6 Millionen € bzw. 10 Millionen € gestrichen worden. Weiterhin fallen 50 Millionen € für die energetische Sanierung von Landesgebäuden weg.

Damit konterkarieren Sie die gemeinsamen Bemühungen, durch verstärkte Investitionen die Konjunktur zu stabilisieren. Dies ist eine widersprüchliche Politik und schadet Wirtschaft und Beschäftigung in Baden-Württemberg.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

(Dr. Nils Schmid)

Schließlich wird die mittelfristige Finanzplanung Ihrem selbst gesteckten Ziel und Ihren selbst auferlegten Konsolidierungsverpflichtungen durch den Tilgungsplan und die Schuldenbremse, wie sie die Landeshaushaltsordnung vorsieht, nicht gerecht. Damit ist auch der Tilgungsplan, der in die mittelfristige Finanzplanung hineingemogelt wurde, das Papier nicht wert, auf dem er steht. Denn Sie verlagern die Tilgung weit in die Zukunft und zeigen überhaupt keinen Weg auf, wie Sie die in diesem und im nächsten Jahr zusätzlich aufgehäuften Schulden zurückführen wollen.

Besonders bedrückend ist, dass die Schuldenbremse, die in der Landeshaushaltsordnung verankert wurde, schon beim ersten Praxistest versagt. Sie haben im Haushaltsrecht des Landes festgelegt, dass eine zusätzliche Schuldenaufnahme nur zulässig ist, wenn bei den Steuereinnahmen ein Rückgang um mindestens 1 % gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen ist. Sie planen aber für die Jahre 2012 und 2013 weiterhin eine Schuldenaufnahme, obwohl man nicht davon ausgehen kann, dass die Steuereinnahmen in diesen Planungsjahren noch einmal um 1 % zurückgehen. Sie verstoßen also gegen Ihr eigenes Haushaltsrecht, gegen Ihre eigene Schuldenbremse. Sie werden nicht im Ernst behaupten wollen, dass auch noch die Jahre 2012 und 2013 von einem Ereignis wie der Finanzkrise – ähnlich einer Naturkatastrophe – geprägt sein werden. Denn so kann man die Auswirkungen von Finanzkrisen immer beliebig in die Zukunft verlängern.

(Abg. Manfred Groh CDU: Das ist doch Quatsch!)

Damit wird das ganze Schuldenbremsegedöns, das Sie in der Landeshaushaltsordnung veranstalten, ad absurdum geführt. Sie müssen sich da etwas Schlaues einfallen lassen. Sie laufen in den Schuldenstaat hinein. Sie haben in der Landeshaushaltsordnung eine nicht funktionierende Schuldenbremse verankert.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Das stimmt doch gar nicht! – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Warten Sie doch einmal ab! Abwarten und Tee trinken!)

Deshalb ist der Haushalt, ist Ihre mittelfristige Finanzplanung auf Treibsand gebaut. Deshalb wird die SPD diesem Haushalt selbstverständlich nicht zustimmen können.

(Beifall bei der SPD – Abg. Klaus Herrmann CDU: Nur Forderungen nach mehr Ausgaben und Kritik an der Schuldenaufnahme! Kein einziger Vorschlag!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Abg. Schlachter das Wort.

Abg. Eugen Schlachter GRÜNE: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Wochenzeitschrift „Stern“ hat die Menschen in Deutschland gefragt, was ihnen denn Angst mache.

(Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Die Grünen! – Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

An erster Stelle stand nicht die Arbeitslosigkeit und nicht der Terrorismus, sondern dort steht inzwischen die sprunghaft steigende Staatsverschuldung. Es ist der Schulden-Tsunami, der unsere Kinder und Enkel bedroht, der auf uns zurollt und der den Menschen offensichtlich Angst macht.

(Abg. Manfred Groh CDU: 14 andere Bundesländer!)

Die Frage der Konsolidierung, der Sanierung der öffentlichen Haushalte ist also längst kein trockenes Thema mehr, mit dem sich nur die Finanzexperten der Parteien befassen, sondern dieses Thema ist in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Da gehört es auch hin, denn ohne diese Mitte der Gesellschaft wird es uns nicht gelingen, die öffentlichen Haushalte wieder in Ordnung zu bringen. Hier endet eben Klientelpolitik, hier endet Realitätsverdrängung, und die rosaroten Brillen, die Sie reihenweise aufhatten, haben schlagartig ihren Modewert verloren.

Die Wählerinnen und Wähler wollen die Wahrheit hören. Sie wollen wissen, wo es langgeht und wie wir mit dieser Schuldenwelle umgehen. Sie wollen nicht mehr belogen werden.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Was machen denn die Grünen in Hamburg?)

– Wir sind hier in Stuttgart, Herr Wetzel. Wenn Sie das nicht merken, dann schauen Sie sich einmal um. Reden Sie nicht immer von Hamburg. Hier in Stuttgart sind wir.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Ja, genau!)

Haben Sie es irgendwann begriffen? Gut.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Was machen denn die Grünen?)

Die Menschen wollen nicht mehr belogen werden. Sie wollen Wahrheiten hier und heute und nicht erst nach der Landtagswahl hören.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Erziehungsmaßnahmen!)

Deshalb muss man eine Wahrheit wahrnehmen, die Sie bisher leider immer verdrängt haben, nämlich die Wahrheit, dass auch der Staat nicht mehr Geld ausgeben kann, als er einnimmt.

(Beifall des Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU – Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Richtig! – Weitere Zurufe von der CDU und der FDP/DVP)

Bei einem Haushalt, bei dem – wie in unserem Land – der Anteil der direkten oder indirekten Personalausgaben 50 % beträgt, müssen wir natürlich überlegen, wie wir das in die Tarifabschlüsse einarbeiten.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Was ist mit der Tarifautonomie? – Zuruf des Abg. Winfried Scheuermann CDU)

Kommt dort auch einmal der Realismus an? Wir wissen ja: Der Patient Griechenland zeigt aller Welt, wie schwierig es ist, wenn steigende Personalausgaben und Wirtschaftswachstum, das dort nicht vorhanden ist, eklatant auseinanderdriften.

In Baden-Württemberg ist das Brutto sozialprodukt im letzten Jahr um 10 % gesunken. Die Steuereinnahmen sind um 12 % gesunken. Aber Sie haben – habe ich es noch richtig in Erin-

(Eugen Schlachter)

nerung? – die Bezüge der hiesigen Beschäftigten und Beamten um 3 % erhöht. Gut, man kann sagen, dass es da einen gewissen Nachholbedarf gibt.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Tarifabschlüsse, Herr Kollege! – Weitere Zurufe, u. a. der Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU und Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

– Bei dem Tarifabschluss haben sie die Hand aufgehalten. – Jedenfalls kann man sagen, dass sich das ergeben hat, weil ein Nachholbedarf bestand. Aber eines muss uns heute klar sein: Das dürfen wir in der Zukunft nicht wiederholen. Das darf nicht mehr vorkommen. Wer heute mehr verspricht und mehr auszahlt als einen Inflationsausgleich,

(Zuruf des Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU)

muss wissen, dass er das auf Pump, zulasten unserer Kinder und unserer Enkel macht.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Abg. Schlachter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Kluck?

(Heiterkeit – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Doktor? – Abg. Klaus Herrmann CDU: Wo hat er denn promoviert? – Zuruf von der CDU: Professor! – Unruhe)

Abg. Eugen Schlachter GRÜNE: Gern.

Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Herr Präsident, herzlichen Dank für die „Promovierung“.

Herr Kollege Schlachter, darf ich Ihren Worten entnehmen, dass die Grünen erstens gegen die Tarifautonomie sind und zweitens dagegen sind, dass man die Ergebnisse der Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst auf die Beamtenschaft des Landes überträgt?

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP und Dr. Reinhard Löffler CDU – Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Das ist eine gute Frage! Jawohl!)

Abg. Eugen Schlachter GRÜNE: In der Vergangenheit haben wir die Dinge mitgetragen. Ich darf Ihnen jedoch sagen, dass ich davor warne, zukünftig wieder zu viel zu versprechen. Nur darum geht es, wenn wir diesen Haushalt betrachten.

(Lachen bei der CDU – Abg. Manfred Groh CDU: Dann sagen Sie es doch so! – Abg. Klaus Herrmann CDU: Sind Sie dagegen, dass der Tarifabschluss übernommen wird? Das war jetzt eine sehr wichtige Frage! – Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP – Unruhe)

Ich bin der Meinung, dass man nicht mehr als den Inflationsausgleich weiterreichen kann. Denn andernfalls belasten wir unsere Kinder und unsere Enkel. Ich glaube, ein solches Vorgehen wäre sittenwidrig.

Ich stelle fest, dass es leider niemanden gibt, dass sich noch niemand gefunden hat, der mit gelber Weste und Trillerpfei-

fe einmal richtig gegen diese Schuldenpolitik demonstrieren würde. Herr Minister Stächele, ich lade Sie ein, dass wir das vielleicht einmal miteinander machen. Möglicherweise macht auch Frau Dr. Meister-Scheufelen mit. Als jemand, der sich in der Vergangenheit in der Friedensbewegung engagierte, habe ich diesen Aktionismus noch drauf. Vielleicht schaffen wir es, die Leute hier einmal wachzurütteln, auch im Landtag von Baden-Württemberg.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Was soll denn das? Ist das Aufgabe der Grünen?)

– Ich glaube, beim Sparen und bei der Sanierung öffentlicher Haushalte finden wir mehr Grüne als Schwarze, die den Mut haben, mitzumachen.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

Es werden vor allem die Jungen sein, die demnächst aufstehen und sagen, wo es langeht.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Sagen Sie das doch Herrn Bsirske! Er gehört doch Ihrer Partei an!)

Es könnte natürlich sein, dass der brutalstmögliche Sparer, der designierte Ministerpräsident Stefan Mappus, Sie hinterher antreten lässt und Sie sich einen Beamtenanpfeiff abholen, so wie er all Ihre teilweise vernünftigen Sparvorschläge in den letzten Wochen einkassiert hat. Herr Mappus hat eben Angst vor der nächsten Landtagswahl. Ihn hat der Mut verlassen, wenn es darum geht, den öffentlichen Haushalt zu sanieren.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Klaus Herrmann CDU: Herr Walter hat doch vorhin Mehrausgaben gefordert! – Gegenruf der Abg. Ursula Lazarus CDU: Und Frau Rastätter! – Zuruf des Abg. Winfried Scheuermann CDU)

Eine weitere unangenehme Wahrheit sind die Pensionsverpflichtungen. Auch davon sprechen Sie leider nicht. Sie wachsen schneller als die Steuereinnahmen – im Augenblick sowieso, und im langfristigen Trend wird das ein Problem. Im Jahr 2020 werden wir 6 Milliarden € an Pensionsverpflichtungen haben. Wir werden auch bei den Beihilfeausgaben wegen weiter steigender Gesundheitskosten einen Anstieg bekommen.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

Diese Entwicklung gefährdet die Altersversorgung vor allem der jungen bzw. der heute aktiven Beamtinnen und Beamten. Deshalb müssen wir hier und heute Vorsorge dafür im Haushalt treffen.

(Beifall bei den Grünen)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Abg. Schlachter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Scheuermann?

(Zuruf von der SPD: „Doktor“ Scheuermann! – Heiterkeit)

Abg. Eugen Schlachter GRÜNE: Bitte.

Abg. Winfried Scheuermann CDU: Herr Kollege Schlachter, was halten Sie denn davon, wenn Sie im Rahmen der dreitägigen Haushaltsberatungen am Mittwoch und am Donnerstag einen ausgabewirksamen Antrag nach dem anderen stellen und sich am Freitag dann als den großen Saubermann deklarieren? Dass das mit Glaubwürdigkeit überhaupt nichts zu tun hat, merken alle oben auf der Zuhörertribüne.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Klaus Herrmann CDU: Das war der beste Beitrag des Tages!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Kollege Scheuermann, wie lautete jetzt die Frage?

Abg. Eugen Schlachter GRÜNE: Keine.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Doch! Was er davon hält!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Ach so: „Was halten Sie davon?“

(Heiterkeit)

Abg. Eugen Schlachter GRÜNE: Herr Kollege Scheuermann, ich komme am Ende meiner Ausführungen noch darauf zu sprechen.

(Lachen bei Abgeordneten der CDU)

Sie waren nie im Finanzausschuss dabei. Sie wissen doch gar nicht, welche Anträge wir gestellt haben.

(Zuruf des Abg. Winfried Scheuermann CDU – Weitere Zurufe – Unruhe)

– Nein, Sie wissen es nicht. Ich komme am Ende noch darauf zurück. Ich sage Ihnen, wie man spart.

Ich sage Ihnen noch einmal: Wir brauchen mehr Vorsorge. Der frühere Finanzminister Stratthaus hatte damit begonnen, Vorsorge zu treffen, leider aber zu wenig. Er hat einen Fonds aufgelegt.

(Lebhafte Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist zwar Freitag, aber lassen Sie doch bitte Herrn Kollegen Schlachter reden, der das Wort hat.

Abg. Eugen Schlachter GRÜNE: Auf jeden Fall müssen wir uns bei diesem Thema fragen, ob wir nicht mehr Vorsorge treffen müssen. Ich habe Ihnen hierzu bereits im Finanzausschuss Vorschläge gemacht. Die trage ich jetzt noch einmal vor.

Man muss sich fragen, weshalb in der gesetzlichen Rentenversicherung die Alterskasse mit 50 % bezuschusst wird, die Beihilfesätze für Versorgungsempfänger im Land jedoch 70 % betragen.

(Zuruf des Abg. Manfred Groh CDU)

Vor wenigen Wochen hat das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung eine Studie veröffentlicht, aus der hervorgeht, dass die Barwerte bei vergleichbaren Erwerbsbiografien von Be-

amten und Angestellten eklatant auseinandergehen. Deshalb muss man bei aller Freundschaft fragen, ob man an diesem System in Zukunft noch festhalten kann.

Wir trauen uns, unangenehme Wahrheiten anzusprechen. Wir haben Ihnen einen Vorschlag zur laufzeitabhängigen Staffe- lung bei der Pensionserhöhung gemacht. Diesen Vorschlag haben Sie abgelehnt. Jegliche strukturelle Veränderung und alles, was Mut erfordert, lehnen Sie ab.

(Beifall bei den Grünen)

Deshalb schlagen wir mit unserem Antrag auch heute wieder vor, die Beihilfesätze für Versorgungsempfänger im höheren, gehobenen und mittleren Dienst auf 50 % zu reduzieren, weil wir so jährlich 150 Millionen € in diesen Zukunftsfonds investieren können. Damit sichern wir auch für die Zukunft eine auskömmliche Pension für die Beamtinnen und Beamten.

Jetzt kommen wir zu einer etwas schwammigen Wahrheit, die ebenfalls in diesen Tagen auf unseren Tischen gelandet ist. Das ist die mittelfristige Finanzplanung. Genau genommen ist es eine mittelfristige Finanzblase, und sie wird platzen. „Es gibt nichts zum Anziehen“, habe ich damals auf der Pressekonferenz gesagt. Sie nehmen in diesen Tagen ein Wirtschaftswachstum von 4 % an.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Abwarten!)

Es gab einmal eine Art Märchen: „Zwei mal drei macht vier, widde widde wid und drei macht neune, ich mach’ mir die Welt, widde widde wie sie mir gefällt.“ Kennen Sie dieses Märchen?

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Pippi Langstrumpf!)

– Genau, Frau Kollegin Sitzmann. – Sie machen eine Pippi-Langstrumpf-Politik. Sie zimmern sich die Welt so, wie Sie sie sich vorstellen. Dies gilt auch für die Einarbeitung der Steuerausfälle durch das sogenannte Wachstumsförderungsgesetz.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Wachstumsbeschleunigungsgesetz! – Zuruf: Wenn schon, dann richtig!)

50 % der Ausfälle veranschlagen Sie nicht als Mindereinnahmen und sagen: Diese Ausfälle bügelt die Konjunktur wieder aus.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Das kommt so!)

Hierzu gibt es keine seriöse Steuerschätzung, und kein Wissenschaftler auf dieser Welt wird Ihnen sagen: Das ist so. Warum nehmen Sie nicht 30 %? Warum nehmen Sie nicht 70 %? Nein, Sie zimmern sich die Welt einfach so zurecht, wie Sie es gern hätten.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Von der FDP/DVP habe ich auch nichts anderes erwartet, Herr Wetzel. Mehr ökonomischen Sachverstand habe ich auch nicht erwartet. Herr Kollege Groh, die CDU und das Finanzministerium sollten aber etwas seriöser an die Sache herangehen. Es enttäuscht mich, dass Sie vom Ministerium, während wir einen Vorschlag für eine mittelfristige Finanzplanung vorge-

(Eugen Schlachter)

legt haben, inzwischen zu den Märchenerzählern übergelau-
fen sind. Das ist meines Erachtens keine gelebte Verantwor-
tung für dieses Land.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Dr. Hans-Peter Wet-
zel FDP/DVP: Normalerweise sind die Grünen die
Märchenerzähler!)

Noch ein Satz zu den Finanzbeziehungen mit dem Bund. Herr
Kollege Groh, wir hören immer wieder, vor allem auch von
Ihnen, der Bund gebe zu wenig Mittel in die Verkehrsförde-
rung, in die Straßenbauförderung hier in Baden-Württem-
berg.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: So ist es! –
Abg. Dieter Hillebrand CDU: Sehen Sie das anders?)

– Ich sehe in erster Linie, dass das ein Problem von Schwarz-
Gelb ist. Denn im Bund regiert Schwarz-Gelb. Vor allem aber
ist es ein Problem der CDU, Herr Kollege Köberle. Seit Jah-
ren höre ich von den CDU-Stars des Oberlands, dass man da
eine Ortsumfahrung brauche und dort endlich Geld aus Ber-
lin oder aus Stuttgart kommen müsse. Es werden Briefe ge-
schrieben und Telefonate getätigt. Viele rufen bei Herrn Ru-
di Köberle, dem Staatssekretär, an,

(Abg. Klaus Dieter Reichardt CDU: Da haben sie den
Richtigen am Apparat! – Zuruf des Abg. Winfried
Scheuermann CDU)

und dann werden wie am Fließband Pressemitteilungen ge-
schrieben. Wenn man dann Glück hat, bekommt man einmal
pro Wahlperiode die Chance, dass man ein Band durchschnei-
den darf,

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Ihr seid doch immer
dagegen!)

dass endlich eine Straße gebaut wird. Das ist offenbar das
höchste der Gefühle, und dazu gibt es auch noch ein schönes
Foto für die Presse.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Nun muss ich natürlich auch noch eines dazusagen. Sie – das
sind immer wieder dieselben CDU-Stars; das möchte ich noch
einmal wiederholen – sagen immer, die Gelder reichten nicht
aus, vom Bund kämen einfach nicht genügend Mittel. Zudem
reden Sie auch immer wieder von der Südbahn, Herr Köber-
le, machen aber nichts. Seit 30 Jahren reden Sie von diesem
Projekt, und Sie bekommen kein Geld dafür.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: 30 Jahre Kö-
berle im Amt? So alt ist er noch nicht!)

Da muss man sich doch fragen: Haben all diese Berühmtheiten
der CDU in Oberschwaben vielleicht versagt, haben sie viel-
leicht nichts zustande gebracht, konnten sie nicht erreichen,
dass endlich Geld vom Bund zu uns ins Ländle fließt? Sie be-
mängeln das, wie gesagt, immer wieder. Jetzt haben wir Herrn
Kauder dort sitzen; der bekommt es nicht gebacken. Wir ha-
ben Herrn Ramsauer, der ebenfalls sagt, es müsse mehr Geld
kommen; bei der Maut ist er aber auf halber Strecke stecken
geblieben; da hat ihn der Mut auch verlassen.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Jetzt wartet doch ein-
mal ab!)

Unser Kollege Wölfler treibt das Projekt zielstrebig voran.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Was?)

Genau in diesem Moment – jetzt komme ich zum Kern – ver-
schenken Sie aus dem Landeshaushalt 1 Milliarde € an den
Bund, indem Sie eine Strecke, nämlich die Bahnstrecke Ulm-
Wendlingen – die ich befürworte –, ausschließlich aus dem
Landeshaushalt finanzieren, obwohl das eine Aufgabe des
Bundes ist.

(Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Nein, nein! Wir fi-
nanzieren nur vor! – Zuruf der Abg. Heiderose Ber-
roth FDP/DVP)

So weit sind wir gekommen, und so belasten wir einen ohne-
hin schon kränkelnden Haushalt.

(Beifall bei den Grünen)

Wir jedenfalls sind der Meinung, dass es nicht Aufgabe des
Landes, sondern Aufgabe des Bundes ist, diese Strecke zu be-
zahlen. Deshalb schlagen wir vor, das Geld aus den Rückla-
gen für Stuttgart 21 für eine Sondertilgung unserer Schulden
einzusetzen. Ich glaube, es wäre ein gutes und solides Zei-
chen, wenn man eine Rücklage auch einmal zur Schuldentil-
gung verwendet –

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Das haben
wir doch gemacht! – Zuruf des Abg. Manfred Groh
CDU)

zumal die Finanzierung dieser Strecke gar nicht unsere Auf-
gabe ist.

(Beifall bei den Grünen)

Sie sehen, meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist
ganz einfach, im Haushalt auch einmal Beträge für die Sanie-
rung einzusetzen.

(Abg. Manfred Groh CDU: Was war denn in den Jah-
ren 2008 und 2009? – Weitere Zurufe von der CDU)

Es bedarf ein wenig des Aufbrechens des in die falsche Rich-
tung gelenkten Denkens; man braucht ein bisschen Mut, und
dann geht das.

Jetzt noch zu der Anmerkung des Kollegen Scheuermann –
der bei den Haushaltsberatungen nicht dabei war –:

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Aber besser informiert
ist als manche andere, die dabei waren!)

Wir haben mit unseren Vorschlägen bei den Haushaltsbera-
tungen Schwerpunkte auf Bildung, Kinder, Klimaschutz und
auf den Werterhalt des Landesvermögens gelegt. Wir haben
im Übrigen, ganz nebenbei bemerkt, mehr Geld für die Stra-
ßenanierung eingeplant als Sie. Mit unseren Sparvorschlä-
gen wiederum haben wir auch Vorschläge zur Gegenfinanzie-
rung gemacht und haben dargestellt, dass wir in diesem Dop-
pelhaushalt 100 Millionen € weniger ausgeben würden als Sie.
Sie satteln, Herr Kollege Herrmann, über die Anträge zum

(Eugen Schlachter)

Haushalt zusätzlich noch einmal 300 Millionen € drauf. Rechnen wir die Rücklagen für Stuttgart 21 hinzu, dann ergibt sich, dass wir um genau 1 Milliarde € unter Ihren Ansätzen liegen. So spart man, und so saniert man den Haushalt.

(Beifall bei den Grünen)

Wir haben interessante Anträge gesehen, die sich auf Ihren „Spielgeld“-Fonds bezogen. Ich darf Ihnen sagen: Das ist Haushaltspolitik auf dem untersten Niveau. Dass Sie das überhaupt nötig haben, ist für mich eigentlich erschreckend.

(Zuruf des Abg. Franz Untersteller GRÜNE)

Dass Sie auch den Zuschuss für das Parkhaus am Feldberg in Höhe von 3 Millionen € nicht offen ausweisen, sondern ihn in einem Fonds für die gebeutelte Gemeinde Staufen verstecken –

(Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Aber Sie haben ihn gefunden!)

die wirklich ein großes Unglück zu tragen hat –, ist, meine ich, gelinde ausgedrückt, ein Skandal. Es ist ein Skandal, dass man solch einen großen Brocken, der an einen privaten Investor fließt, nicht offen im Haushalt ausweist. Mit Haushaltswahrheit und -klarheit, Herr Kollege Schmid, hat das nichts zu tun.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Sie haben ihn doch gefunden!)

Altbundespräsident Herzog hat einmal gesagt: Es muss ein Ruck durch Deutschland gehen.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Jawohl! Das machen wir mit dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz! Ein Ruck durch Deutschland!)

Ich denke, es muss einen Ruck in Richtung Realität geben, und es muss ein Ruck sein, der mehr Mut zur Sparsamkeit zeigt. Ich hoffe, dass dieser Ruck auch nach Baden-Württemberg kommt und dass es uns gelingt, zukünftig vernünftige Haushalte darzustellen.

Jetzt lassen Sie mich zum Schluss kommen und noch einmal etwas zu dem sagen, was wir heute noch nicht hatten, Herr Minister, nämlich noch ein Wort zum Kies. Bisher haben wir über Kohle geredet, jetzt reden wir über Kies.

Der Kollege Staatssekretär Köberle hat ja inzwischen zugegeben, dass es am Widerstand des Staatssekretärs Fleischer lag, dass dieses Projekt seit über zwei Jahren von der Landesregierung blockiert wird.

(Abg. Rudolf Köberle CDU: Was heißt „inzwischen“?)

Es geht um ein Auftragsvolumen von über 1 Milliarde €. Heute reden wir über den Haushalt und über das Geld; da darf man das schon einmal benennen.

Es geht darum, Herr Minister, dass Ihr Haus für das Land und für den Bund eine wirtschaftliche Lösung aufhält, man möchte sagen: blockiert. 220 Millionen € beträgt der Unterschied zu den günstigsten Konzepten, die vorliegen.

Für mich ist das ein wundersamer Vorgang in Ihrem Ministerium. Ich glaube Ihnen zunächst; ich glaube Ihnen, dass Sie bisher nichts davon wussten. Heute glaube ich Ihnen das einmal. Aber ich muss Sie fragen: Warum haben Sie sich um diesen riesigen Vorgang – es geht da nicht nur um 14 000 € „Spielgeld“ – nicht gekümmert, und warum haben Sie sich solch einer wichtigen Entscheidung in den knapp zwei Jahren wirklich nicht näher angenommen? Das muss man sich doch fragen.

Herr Minister, ich hoffe, wir bekommen nachher bei Ihrer Erwidern auf die Reden der Haushaltspolitiker hierauf noch eine Antwort.

Abschließend möchte ich bitte noch eine Erklärung zur Abstimmung über den Antrag zum Ankauf der Steuerdaten-CD, den die SPD-Fraktion eingebracht hat, abgeben.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Kollege, Sie müssen bitte allmählich zum Schluss kommen.

Abg. Eugen Schlachter GRÜNE: Das müssen Sie den Kollegen sagen, die immer hineingeschrien haben. Zwischenrufe waren das ja eigentlich gar nicht.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Keine Rüge gegenüber dem Präsidenten!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Ich sage das zu Ihnen, Herr Kollege Schlachter, nicht zu den anderen Kollegen. Sie haben das Wort.

Abg. Eugen Schlachter GRÜNE: Herr Kollege Dr. Schmid, wir stimmen Ihrem Ansinnen vollumfänglich zu. Wer Geld verschiebt und Steuern nicht bezahlt, ist im Grunde ein Verbrecher, und wir müssen die Verbrecher fassen. Deshalb stimmen wir Ihrem Anliegen zu. Aber wir sehen trotz allem ein riesiges Problem im rechtlichen Rahmen, wie er sich heute für solche Aktionen darstellt. Schon vor zwei Jahren haben wir eingefordert –

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Kollege Schlachter, ich muss Sie jetzt dringend bitten, zum Schluss zu kommen. Sie sind mehr als zwei Minuten und 40 Sekunden über Ihrer Redezeit von 17 Minuten. Jetzt müssen Sie allmählich Schluss machen.

Abg. Eugen Schlachter GRÜNE: Nur noch einen Satz. – Wir sind Ihrer Meinung, möchten aber von der Landesregierung für die Zukunft einfordern, für solche Aktionen einen vernünftigen rechtlichen Rahmen zu schaffen, damit wir ein solches Herumgeeiere, wie es in den letzten zehn Tagen stattgefunden hat, zukünftig nicht mehr brauchen und es uns allen leichter fällt, solche Dinge öffentlich zu unterstützen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich Frau Abg. Berroth das Wort.

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Natürlich läge es nahe, auf die vielen Falschmeldungen einzugehen, die der Kollege Schlachter eben verbreitet hat.

(Abg. Eugen Schlachter GRÜNE: Das waren keine Falschmeldungen! Das ist wahr!)

Aber dafür ist mir meine und Ihre Zeit zu schade.

Zum Einzelplan 06 hat die Berichterstatterin schon im Finanzausschuss gesagt, dass es sich vor allem um einen Verwaltungshaushalt handelt. Deswegen will auch ich den Schwerpunkt auf den aus unserer Sicht wichtigsten Punkt legen, nämlich auf die Stellen- und Beförderungssituation in der Steuerverwaltung.

Auch wir wissen natürlich, dass es in der Steuerverwaltung sowohl im mittleren als auch im gehobenen Dienst übermäßig lange Wartezeiten gibt, was die Beförderungen betrifft. Wenn selbst bestqualifizierte Kräfte kaum eine Chance auf Beförderung haben, dann ist dies auch ein Verstoß gegen den Grundsatz leistungsorientierter Besoldung. Darum haben wir uns in der Koalition vorgenommen, im Rahmen der Dienstrechtsreform entsprechende Strukturprogramme auf den Weg zu bringen.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Im Eckpunktepapier zur Dienstrechtsreform – wer die Eckpunkte nicht kennt, findet sie auf der Homepage des Staatsministeriums – steht:

Konkrete Maßnahmen zur Umsetzung struktureller Verbesserungen werden im weiteren Verfahren festgelegt. Sie werden aus Mitteln finanziert, die in der mittelfristigen Finanzplanung für die Dienstrechtsreform reserviert sind.

Ich sage dazu: Das sind Mittel, die auch im Haushalt 2010/2011 bereits enthalten sind. Insoweit sind die Anträge der SPD zu diesem Thema obsolet.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Gar nichts ist obsolet! Abgestimmt wird!)

Solche Verbesserungen werden wir im Rahmen der Dienstrechtsreform vornehmen, aber nicht isoliert für die Steuerverwaltung, sondern für alle Bereiche der Landesverwaltung, in denen wir eine entsprechende Problemlage vorfinden.

Zu dem Antrag, die Ausschüttung der L-Bank zu erhöhen: Ich meine, aus der Fraktion, die diesen Antrag gestellt hat, auch den Vorwurf gehört zu haben, das Land würde sich seiner Banken als Geldesel bedienen. Ihr Antrag spiegelt wider, dass man das so machen könnte. Unsere Handhabung ist eine andere.

Jetzt muss ich doch noch auf das eingehen, was Sie, Herr Dr. Schmid, zum Wachstumsbeschleunigungsgesetz gesagt haben. Sie behaupten, durch das Gesetz komme es zu Steuersenkungen für Reiche. Blicken Sie bitte einmal zehn Jahre zurück, und schauen Sie, welche Steuersenkungen damals vorgenommen worden sind. Diese kamen wirklich Reichen zugute. Von diesen ganzen Zurückstufungen der Kapitalgesellschaften haben vor allem die Wohlverdienenden profitiert.

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Also eure Klientel!)

Das ist Herrn Schröder damals nicht klar geworden, aber es ist so.

Jetzt schauen Sie sich einmal an, was wir gemacht haben. Da geht es um Geld für Familien, um die Erhöhung des Kindergelds.

(Beifall des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Hört!)

Das kommt nicht den Reichen zugute, sondern denen, die das Geld brauchen. So wird auch die weitere Konzeption aussehen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Jawohl! Das wollen die Sozialdemokraten nicht hören! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Wir haben Leistungsträger unterstützt! Wir sind auf der Seite der Leistungsträger!)

Natürlich werden sich die durch das Wachstumsbeschleunigungsgesetz beschlossenen Maßnahmen in gewisser Weise selbst finanzieren.

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: A wa! Alles auf Pump!)

Niemand von uns hat behauptet, dass das schon in den ersten Jahren vollständig der Fall wäre. Nein, es wird ein paar Jahre dauern, bis das Gesetz richtig greift. Dann wird es sogar mehr bringen.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Oje! – Zuruf des Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE)

Im Moment liegen wir mit Sicherheit richtig, wenn wir 50 % der voraussichtlichen Mindereinnahmen durch das Gesetz ansetzen und die Schuldenaufnahme entsprechend erhöhen.

(Abg. Walter Heiler SPD: Märchenstunde!)

Vor allem haben wir eines verhindert: Wenn wir die Neuverschuldungsquote höher angesetzt hätten, wäre dieses Geld – das versichere ich Ihnen – auch ausgegeben worden. Das wollten wir verhindern. Deswegen haben wir nur 50 % als zusätzliche Schulden angesetzt, und dazu stehen wir.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Schutz vor sich selbst! – Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

– Nein, nicht Schutz vor uns selbst, sondern Schutz des Landtags davor, dass das Geld ausgegeben wird. Der Landtag setzt die Grenzen, während die Regierung schließlich ausführt. Falls Sie es nicht wissen: Ein kleiner Unterschied besteht da durchaus.

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Aber Sie regieren doch!)

– Nein, ich bin Sprecherin der Landtagsfraktion der FDP/DVP. Ich regiere nicht. Es gibt eine Regierung, die umsetzt, und den Landtag, der den Rahmen vorgibt.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das ist ein und dasselbe! – Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

(Heiderose Berroth)

Wenn Sie es genauer wissen wollen, dann schauen Sie einmal im Gemeinschaftskundebuch nach, wer wofür zuständig ist.

(Zurufe von der SPD)

Zum Thema Kleinkindbetreuung will ich, weil dazu auch entsprechende Anträge zum Einzelplan 12 vorliegen, darauf hinweisen, dass das Land und die kommunalen Landesverbände in ihrer politischen Übereinkunft ausdrücklich gemeinsam festgehalten haben, dass ein Änderungsbedarf bezüglich der Ausbaupläne und Ausbauziele bei der Kleinkindbetreuung nicht besteht. Die früher zu hörenden Warnungen der kommunalen Seite, die geplanten Stufen des Ausbaus reichten nicht aus, waren verfrüht. Im Gegenteil: Von Ausnahmen in den Universitäts- und manchen Großstädten abgesehen, bleiben die realen Ausbaumaßnahmen der Kommunen und der freien Träger bislang hinter den vereinbarten Zielen zurück. Das heißt, das Land hat in überreichlichem Maß Geld zur Verfügung gestellt. Die Kommunen sind dabei, dies so abzuarbeiten, dass es dort nachher auch stimmt und passt.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Zu Ihrem Vorwurf, Herr Dr. Schmid, die Ansätze für Investitionen seien zu gering, muss ich sagen: Sie haben schlicht verdrängt, dass wir im letzten Jahr in massiver Weise Investitionen vorgezogen haben, und zwar gerade Investitionen, die der energetischen Sanierung dienen. Aber das war schon damals deutlich als Vorziehen deklariert. Da kann ich doch jetzt nicht sagen: „Wir machen nun, in einer Zeit, in der Mittel fehlen, munter weiter.“ Nein, die Investitionen sind vorgezogen worden, und deswegen sind die Ansätze in den kommenden beiden Haushaltsjahren zu Recht etwas niedriger. Aber da wird noch immer viel gemacht. Doch auch da gilt: Wer zu viel macht, läuft in die Teuerung hinein. Das sollten wir uns und den Steuerzahlern insgesamt nicht antun.

Jetzt noch zum Gegenfinanzierungsvorschlag der Grünen, was die Beamten, vor allem die Beamten im Ruhestand, betrifft. Ich sage Ihnen nach wie vor: Ich bin quasi Arbeitgeberin der Beamten und nehme diese Aufgabe ernst. Ich gehöre nicht zu denjenigen, die den Menschen ihre Pensionen neiden. Diese Personen hatten ihr Leben lang geringere Einnahmen als andere, haben das aber gern in Kauf genommen, weil sie wussten: Dafür sind später die Ruhestandsbezüge etwas höher als bei anderen. Dann kommen Sie im Nachhinein und sagen: „Deine Pension ist aber höher als die Altersrente. Deshalb nehme ich dir wieder etwas davon weg.“ Da geht etwas nicht auf. Das kann man vor allem nicht mit Menschen machen, die sich dagegen nicht mehr wehren können.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: So ist es!)

Die FDP/DVP hat massiv auf die Schaffung eines Pensionsfonds gedrängt, und wir haben es miteinander geschafft, ihn einzurichten. Wir sind auf einem guten Weg, den wir weiter stärken müssen. Aber Ihr Weg, diejenigen, die früher treu gedient haben, nachträglich dafür zu bestrafen, ist mit Sicherheit nicht der richtige.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Zum Haushaltsbegleitgesetz, mit dem zunächst einmal die im November getroffenen Vereinbarungen zwischen Land und Kommunen umgesetzt werden, muss man hervorheben, dass dieses Einvernehmen auch in schwieriger Zeit möglich war. Das zeigt ein weiteres Mal, dass Vertrauen und Fairness im Umgang miteinander für die Beziehungen zwischen dem Land und den Kommunen kennzeichnend sind. Wir sind sehr froh, dass es so ist, und hoffen, dass es auch so weitergeführt wird.

(Zuruf des Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE)

Die Vereinbarungen aus dem Jahr 2006 wurden um ein Jahr fortgeschrieben. Deshalb wurden weiterhin 405 Millionen € zugunsten des Landes aus der kommunalen Finanzmasse entnommen. Dass dies keine Willkür, sondern wohlüberlegt und wohlberechnet ist, das zeigt der Bericht der Gemeinsamen Finanzkommission von Land und Kommunen. Der kommunale Anteil an den Nettosteuerereinnahmen – das sind die Steuereinnahmen nach allen Umverteilungssystemen, die es leider in reichlichem Maß gibt – lag in den letzten 20 Jahren stets zwischen 42 und 43 %. Im Jahr 2008 ist er auf 43,3 % gestiegen. Das ist der höchste Wert, den es seit 1991 je gegeben hat.

Das heißt, wir nehmen den Kommunen nichts weg, sondern wir lassen sie auf dem guten Stand, auf dem sie sind. Nur auf dieser Grundlage war es möglich, die Entnahme aus der Finanzmasse überhaupt zu vereinbaren.

(Zuruf des Abg. Fritz Buschle SPD)

Das ist natürlich keine Aussage für die Zukunft. Die weitere Entwicklung wird zeigen, ob der Einbruch beim Gewerbesteueraufkommen dauerhaft zu einer Verschiebung des Steueranteils führt. Die weitere Entwicklung wird auch zeigen müssen, ob die Kommunen nach wie vor auf die Gewerbesteuer setzen

(Zuruf von der SPD: Ja genau, machen wir!)

oder ob sie nicht doch irgendwann vernünftig nach vorn schauen und ein System wählen, das weniger volatil ist und sie nicht dauernd zwischen Pest und Cholera und zwischen Eiseskälte und Überhitzung hin und her wirft.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Ingo Rust SPD: Das ist ja unglaublich! – Abg. Walter Heiler SPD: Sagen Sie einmal konkret, wie es nach Ihrer Ansicht aussehen soll!)

– Schauen Sie einmal auf die Homepage des FDP-Landesverbands Baden-Württemberg. Dort steht der neueste Vorschlag, und der ist sehr gut.

Mit den kommunalen Landesverbänden haben wir auch im Bereich Kinderbetreuung

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

ein Einvernehmen über deren qualitative Weiterentwicklung erzielt. Der Personalschlüssel wird schrittweise verbessert. Das Land übernimmt zwei Drittel der hierfür notwendigen Kosten; alles wird pauschal und unbürokratisch über die Förderung der Kinderbetreuung nach § 29 des Finanzausgleichsgesetzes abgewickelt. Schließlich gibt es im Rahmen der Re-

(Heiderose Berroth)

vision der Leistungen nach dem FAG auch noch ein begrenztes Nachsteuern bei der Verwaltungsstrukturreform, nämlich einen erhöhten Ausgleich für den Vermessungsbereich und stufenweise mehr Geld für die Lebensmittelkontrolle. Auch über die Aufteilung der Ansätze des Kommunalen Investitionsfonds wurde ein Einvernehmen mit den Kommunen erzielt.

Es wundert uns schon, dass die Opposition gleich zu drei Punkten aus diesem Paket Anträge gestellt hat, wonach von diesen Vereinbarungen zwischen dem Land und den Kommunen abzuweichen sei. Glauben Sie wirklich, dass es ein vernünftiger Ansatz ist, wenn Sie besser als die Kommunen wissen wollen, was für sie gut ist?

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Darum geht es gar nicht!)

Die restlichen Bestimmungen des Haushaltsbegleitgesetzes sind schnell behandelt. In § 48 der Landeshaushaltsordnung wird eine gesetzliche Regelung zur Festlegung von Altersgrenzen für die Einstellung lebensälterer Beamten und Richter geschaffen. Mit der Änderung des § 100 der Landeshaushaltsordnung werden die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass die Strukturen der Finanzkontrolle flexibler gestaltet werden können.

Die Neufassung des Landesschuldbuchgesetzes dient der Modernisierung des Schuldenwesens. Immerhin war das alte Gesetz von 1953 bis heute gültig, und es bezog sich noch auf das Reichsschuldbuchgesetz aus dem Jahr 1910. Das hat der Bund inzwischen durch eine Neuregelung ersetzt, die im Jahr 2006 in Kraft getreten ist. Auf dieses Gesetz bezieht sich nun die neue Landesregelung.

Ich komme zur mittelfristigen Finanzplanung. Herr Kollege Schlachter, es wäre besser gewesen, wenn Sie die mittelfristige Finanzplanung nicht nur „nicht angezündet“, sondern gelesen hätten.

(Zuruf des Abg. Eugen Schlachter GRÜNE)

Dann wäre Ihnen nämlich deutlich geworden, dass die mittelfristige Finanzplanung unsere Tsunamiwarnung ist. Darin ist sehr genau dargestellt, worauf man alles achten muss. Natürlich stellt sich die mittelfristige Finanzplanung hohe Ziele. Aber wer sich keine hohen Ziele setzt, kann auch nichts erreichen, sondern bleibt in der Gleichwertigkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Die MifriFi zeigt der Größenordnung nach Handlungsnotwendigkeiten auf, denen in künftigen Haushalten zwingend Rechnung getragen werden muss, wenn wir das Ziel, möglichst rasch wieder die Nullneuerschuldung zu erreichen, ernsthaft angehen wollen.

2,5 Milliarden € pro Jahr sind eine gewaltige Herausforderung. Aber ihr werden wir uns stellen, denn anders kommen wir nicht klar. Wir haben in den letzten zehn Jahren übrigens schon des Öfteren ähnliche Beträge freigemacht und freigestellt. Nur so konnten wir erreichen, dass in den letzten zwei Jahren keine zusätzlichen Schulden aufgenommen wurden.

Bei den Ausgabeansätzen folgt die MifriFi im Bereich der Sachausgaben der gegenwärtigen Rechtslage.

Die Kalkulation der Personalausgaben ist äußerst ehrgeizig. Dazu muss man sagen: Die Kalkulation muss natürlich eingehalten werden. Das heißt, Herr Kollege Schlachter – das steht darin indirekt auch –: Wenn sich diese Werte durch Tarif- und Besoldungserhöhungen nicht einhalten lassen, ist der Abbau von Stellen zwingend.

Bei den Steuereinnahmen wird mit einem leicht überdurchschnittlichen Wachstum gerechnet. Da wir in den vergangenen Monaten einen überdurchschnittlichen Rückgang bei den Steuereinnahmen hatten, gehen wir davon aus, dass wir dann, wenn die Wirtschaft wieder greift, auch ein überdurchschnittliches Wachstum haben. Aber auch das sind ehrgeizige Ziele. Denn selbst, wenn man unterstellt, dass die Steuereinnahmen kontinuierlich um 4 % steigen, lägen sie 2014 und 2015 noch immer unter den realen Werten von 2008 und würden diese erst 2016 überschreiten.

Das zeigt: Der Weg aus dem tiefen Loch, in dem wir uns aufgrund der Finanzmarkt- und Weltwirtschaftskrise wiedergefunden haben, wird länger und steiniger sein, als uns allen lieb ist.

Wenn die genannten Annahmen bezüglich Einnahmen und Ausgaben Realität werden, bleibt für die Jahre 2012 und 2013 eine Deckungslücke in der Größenordnung von jeweils 3,5 Milliarden €. Dessen sind wir uns wohl bewusst.

Die Nettokreditaufnahme wird in der Folge deutlich zurückgefahren. Die MifriFi geht von einem Korridor von 0,9 bis 1,4 Milliarden € im Jahr 2012 und von 0,7 bis 0,9 Milliarden € im Jahr 2013 aus. Dies setzt zwingend voraus, dass bei der Haushaltsaufstellung für 2012 und 2013 ein Konsolidierungsvolumen von durchschnittlich 2,5 Milliarden € erreicht wird. Unter dieser Voraussetzung allerdings können wir es schaffen, ab 2014 einen Haushaltsausgleich ohne Aufnahme neuer Schulden zu erreichen. Das ist unser großes, wichtiges Ziel.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Ein höheres Wirtschaftswachstum könnte natürlich zu höheren Steuereinnahmen beitragen. Wachstumsfördernde Maßnahmen bleiben also angezeigt und sind richtig.

(Zuruf des Abg. Walter Heiler SPD)

Aber natürlich muss man sich, wenn man ein bisschen differenzierter hinschaut, darüber im Klaren sein, dass sich höhere Steuereinnahmen eben nicht nur in den Finanzausgleichssystemen – kommunaler Finanzausgleich, Länderfinanzausgleich – niederschlagen, sondern z. B. in Form von höheren Personalausgaben aufgrund höherer Gehaltsabschlüsse eben auch auf der Ausgabeseite. Das ist ein in vielen Fäden in sich zusammenhängendes System, das nicht einfach zu überblicken ist.

(Zuruf des Abg. Eugen Schlachter GRÜNE)

– Nein, eben nicht. Die Beiträge meiner Vorredner haben zum Teil gezeigt, dass sie es nicht überblicken. Ich sage es ganz ehrlich.

(Beifall des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP – Widerspruch bei der SPD)

(Heiderose Berroth)

Da war viel Klugscheißerei dabei, aber wenig Richtiges dahinter, um es einmal deutlich zu sagen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und des Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU – Zurufe von der SPD)

Für 2012 und 2013 wurden noch keine Tilgungsleistungen veranschlagt. Bewusst und richtigerweise steht in diesen Jahren die Verringerung der Neuverschuldung im Vordergrund. Das heißt aber, dass die Tilgung der Nettokreditaufnahme des Jahres 2010 in den vier Jahren von 2014 bis 2017 und die des Jahres 2011 spätestens in den Jahren 2015 bis 2018 erfolgen muss. Denn an der Regelung des § 18 Abs. 4 der Landeshaushaltsordnung – Rückführung von ausnahmsweise zulässigen Kreditaufnahmen innerhalb von längstens sieben Jahren – wollen und werden wir nichts ändern, und wir werden Ihnen beweisen, dass bei uns nichts auf Sand gebaut ist, sondern dass wir uns an diese Regelung halten, weil wir solide Finanzen schätzen und für wichtig halten.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP zu SPD und Grünen: Jawohl! Im Gegensatz zu euch!)

Die Unterstellung der Grünen, der Schuldenstand des Landes werde sich bis zum Jahr 2020 annähernd verdoppeln, ist schlicht Panikmache, wie wir sie von den Grünen gewohnt sind. Sie ist durch nichts zu rechtfertigen. Wie kann man eigentlich auf die Idee kommen, wir wollten die Gesetze, die wir selbst gemacht haben, brechen?

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Sie machen es schon in diesem Jahr! Sie machen es doch schon die ganze Zeit! Seit Jahren! – Zuruf des Abg. Stephan Braun SPD)

Eine solche Unverfrorenheit wollen und werden wir uns von Ihnen nicht bieten lassen.

Die mittelfristige Finanzplanung beschreibt einen Weg, der geeignet ist, in absehbarer Zeit wieder zur Nullneuverschuldung zurückzuführen. Der Schuldenstopp bleibt unser und mein Ziel. Die mittelfristige Finanzplanung macht aber auch die Dimension der damit zu lösenden Aufgaben deutlich. Haushaltspolitische Entwarnung wird es nicht nur in den Jahren, die diese Finanzplanung umfasst, sondern auch in den Jahren danach leider nicht geben können. Es wäre deshalb zu wünschen, dass diese Aufgabe nicht nur der Regierung und den sie tragenden Fraktionen zugewiesen wird, sondern dass alles Reden von Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit in der Finanzpolitik auch in der Politik der Opposition und in deren Anträgen wirklichen Niederschlag findet. Solches haben wir bei diesen Haushaltsplanberatungen nicht erlebt.

(Zurufe von der SPD)

Zum Schluss sage ich auch im Namen meiner Fraktion ein herzliches Dankeschön an das Finanzministerium und an alle, die die Fraktionen und den Ausschuss bei regelmäßigen Sitzungen, vor allem aber auch bei den doch sehr aufwendigen Haushaltsberatungen hervorragend unterstützt haben. Wir freuen uns auf weiterhin gute Zusammenarbeit.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Landesregierung erteile ich Herrn Finanzminister Stächele das Wort.

Finanzminister Willi Stächele: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Gestatten Sie mir einige wenige Anmerkungen, auch wenn ich in der nächsten Woche Gelegenheit haben werde, noch einmal grundsätzlich Stellung zu nehmen.

Erstens: Herr Staatssekretär Fleischer ist dienstlich entschuldigt. Das haben Sie zu Beginn gehört. Deshalb war Ihre Bemerkung nicht besonders stilvoll.

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: Da hat er aber heute Glück gehabt!)

Er befindet sich derzeit bei einer Tagung der Landesfinanzminister mit Wolfgang Schäuble.

Zweitens will ich in diesem Zusammenhang sagen: Sie werden eine gewissenhafte und gründliche Beantwortung der Fragen zur Kiesverwertung zugestellt bekommen, und wir werden anhand dieser Antwort sicherlich noch das eine oder andere besprechen.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Akteneinsicht wollen wir auch!)

Ein Drittes ist aber ganz wichtig: Wir sollten die Dinge nicht immer durcheinanderbringen. Das eine ist das Integrierte Rheinprogramm. Wer also von Milliarden spricht, der spricht vom Integrierten Rheinprogramm. Darüber sind wir alle informiert, weil es uns ein gewaltiges Maß an Finanzmitteln abverlangt. Sie wissen, dass das ein gigantisches Programm ist, das 1982 zwischen Deutschland und Frankreich vereinbart wurde. Insgesamt geht es um 13 Hochwasserrückhalteräume.

Wir sind im Rahmen unserer Etatberatungen immer wieder darum bemüht, unseren Beitrag zu leisten und dieser deutsch-französischen Vereinbarung gerecht zu werden. Wenn der Landesanteil im Haushalt für 2010 18 Millionen € beträgt und aus dem Konjunkturprogramm sicherlich noch das eine oder andere an Mitteln hinzukommt, dann ist dies ein weiterer Fortschritt hinsichtlich des Integrierten Rheinprogramms. Aber ich gestehe offen – das sage ich ganz selbstkritisch –: Bei besserer Konjunkturlage, bei einer besseren Finanzsituation könnte es auch noch mehr sein.

Davon muss man die einzelnen Abschnitte unterscheiden. Nochmals: Es geht um 13 Hochwasserrückhalteräume. Einer davon ist der große Hochwasserrückhalteraum im Bereich Weil-Breisach. Dieser wiederum besteht aus vier Planfeststellungsabschnitten. Das ist etwas, was im Umweltministerium sehr engagiert betrieben wird.

Mit dem Bau des planfestgestellten ersten Abschnitts wurde am 20. November 2009 begonnen. Das ist der erste Teil dieses ganz großen Abschnitts. Der zweite Abschnitt wird wohl zurückgestellt werden. Die Gründe hierfür können Sie in der Stellungnahme zu einem Antrag der SPD-Fraktion nachlesen, der meines Wissens vom Dezember des vergangenen Jahres stammt.

Das Planfeststellungsverfahren zum dritten und vierten Abschnitt – darum geht es jetzt – muss dann eine Aussage zur

(Minister Willi Stächele)

Kiesverwertung treffen. Das ist eine Detailfrage, die auf Arbeitsebene erörtert wird und jetzt auch überprüft wird. Das wissen Sie seit gestern ganz genau. Die Überprüfung erfolgt durch den Landesrechnungshof, der finanzielle Betrachtungen anstellt und übrigens – das ist die neueste Kunde – durch den Bundesrechnungshof begleitet wird. Darum geht es.

Der Finanzminister ist als zuständiger Minister immer gründlich informiert. Er ist auch dann informiert, wenn Ressortvorhaben etatisiert werden müssen. Das ist der Punkt, bei dem sich das Finanzministerium zusammen mit dem Parlament und mit den die Regierung tragenden Fraktionen ganz konkret zu den Ausgaben bekennen muss.

So viel, meine Damen und Herren, kurz vorweg.

Nun komme ich zum Haushalt.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Kaufmann?

Finanzminister Willi Stächele: Lassen Sie mich zunächst einmal den Haushalt behandeln. Dann können wir vielleicht noch einmal – das ist jetzt im Moment –

(Lachen bei Abgeordneten der SPD – Unruhe bei der SPD)

Lieber Herr Kaufmann, im Moment haben wir einen Anspruch darauf, dass zur Sache und zur Tagesordnung geredet wird. Dem komme ich jetzt nach.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP – Widerspruch bei der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Herr Minister.

Finanzminister Willi Stächele: Gerade zum Haushalt muss man sich doch noch einmal einige Fakten anhören, damit darüber auch wirklich ernsthaft und seriös geredet werden kann. Der Ausgangspunkt – das wurde von allen immer wieder beschrieben – ist eine ganz schwere Wirtschafts- und Finanzkrise. Man muss immer wieder darauf hinweisen – auch in der Begründung dessen, was es an Ausgaben gibt und was an Verschuldung in Kauf genommen werden muss –, dass eine nie dagewesene Finanzkrise die öffentliche Hand insgesamt, nämlich Bund, Länder und Gemeinden, in ganz gravierende Finanzprobleme getrieben hat. Schauen Sie sich einmal Folgendes an: Wir hatten noch im Jahr 2008 eine Steuerdeckungsquote von 81,2 %. Sie saust hinunter auf 71 %. Für 2010 wird sie schließlich mit 67 % angenommen.

Was heißt das? Ich spreche ausdrücklich nicht nur vom Land, sondern auch von den Kommunen. Das heißt: im Jahr 2009 konkret über 3,7 Milliarden € weniger. Netto, nur für das Land, sind es 1,7 Milliarden €. Dadurch, dass wir 500 Millionen € weniger in den Länderfinanzausgleich geben müssen, sind es 1,2 Milliarden € weniger, und das bei einem Haushalt, der strukturell sicherlich nicht unbedingt auf starken Säulen ruht. Die 1,2 Milliarden € im Jahr 2009 sind zu verkraften gewesen. Die Nullneuerschuldung konnten wir in der Tat aber nur deshalb halten, weil wir auch auf unsere allgemeinen Rücklagen zurückgegriffen haben.

Im Jahr 2010 sieht es nicht anders aus. Frau Berroth hat es auch beschrieben. Wir müssen von 1,3 Milliarden € weniger in unserem Haushalt ausgehen. Das heißt ganz konkret, dass es Defizite gibt.

Jetzt ist die Frage: Wie gehe ich damit um? Ich habe den Eindruck: Alle haben verstanden, dass es im Moment darum geht, die Konjunktur zu fördern und vor allem die Arbeitsplatzsicherung im Auge zu behalten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wenn man Ja dazu sagt, muss man sich allerdings auch zu einer Ausgabepolitik bekennen, die in der konkreten Situation dieses Haushalts nur mit neuen Schulden abgedeckt werden kann. Das heißt: Wer Ja zur Arbeitsplatzsicherung sagt – ich gehe davon aus, dass das ein Anliegen von allen ist, quer durch das ganze Haus –, und zwar sowohl im Jahr 2010 als auch im Jahr 2011, wer im Grunde die konjunkturfördernde Aufgabenstellung der öffentlichen Hand akzeptiert, der muss auch akzeptieren, dass wir jetzt vorübergehend in eine Neuverschuldung eintreten müssen.

Das bitte ich auch so darzustellen, wie es die Faktenlage gebietet. Alles andere wäre der Bevölkerung gegenüber unredlich. Dann stoßen wir auch auf Verständnis, dass jetzt mit neuen Schulden gearbeitet werden muss.

Meine Damen und Herren, dass die öffentliche Hand zur Reaktion bereit ist und auch reagiert hat, zeigt das Konjunkturpaket. Auch dafür haben wir Geld bereitstellen müssen. Es waren Komplementärmittel notwendig, um die 2,1 Milliarden € zu stemmen.

Damit sind wir bei den „Einzelteilen“, die vorhin angesprochen wurden. Da wurde gejammert, wir würden im neuen Haushalt zweimal 25 Millionen € streichen, und zwar bei den Mitteln für die energetische Sanierung. Meine Damen und Herren, dies ist nur die halbe Wahrheit. Dafür haben wir nämlich im Rahmen des Konjunkturpakets 100 Millionen €, also das Doppelte, ausgegeben. Halbe Wahrheiten sind schlimmer als Unwahrheiten. Deshalb, bitte schön, sollten Sie immer alles dazusagen, was dazugehört.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, natürlich kennen wir die Sprengsätze unseres Haushalts. Herr Schlachter hat noch einmal darauf hingewiesen. Ich bin dankbar dafür. Wir müssen darüber reden, was es im Personalbereich an Lasten gibt, was für Versorgungsaufwendungen es gibt. Ich bin dankbar dafür. Herr Schlachter, ich weiß nur nicht, wie Sie auf die 3 % kommen.

(Zuruf des Abg. Eugen Schlachter GRÜNE)

Wir haben für das Jahr 2011 1,5 % an Personalkostenzuwächsen eingearbeitet. Meine Damen und Herren, es ist immer die Frage, wo ich da die Messlatte anlege. Dass im Moment eine Tarifforderung von 5 % im Raum steht und jeder seine eigene Meinung dazu hat, ist das eine. Aber ich muss konkret werden: Wenn man einigermaßen realistisch und sparsam zugleich sein will, dann kann man diese 1,5 % als durchaus vertretbar bezeichnen. Aber, wie gesagt, im Moment ist das auch eine

(Minister Willi Stächele)

Frage der Zukunftsprognose und deswegen auch mit Unsicherheit belastet.

Wir haben darüber hinaus in der mittelfristigen Finanzplanung eine Personalkostensteigerung um 1,2 % angesetzt. Nehmen wir die von Herrn Schlachter angeführten 3 %: So oder so ist es eine Mehrausgabe. Da gibt es nichts zu bestreiten. Aber entscheidend ist: Ich muss doch einigermaßen realistisch bleiben. Ich verlange eine Dienstleistung, eine Arbeitsleistung, und ich muss sie gerecht – auch im Vergleich zur Gesamtwirtschaft – bezahlen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Eugen Schlachter GRÜNE)

Trotzdem – das wollen wir gar nicht beschönigen –: Die Versorgungsaufwendungen sind ein Sprengsatz in allen öffentlichen Haushalten. Nur das Land Baden-Württemberg hat reagiert. Wir haben einen zusätzlichen Pensionsfonds eingerichtet. Wir haben Rücklagen mit einem Gesamtvolumen von mittlerweile 1,5 Milliarden € – übrigens in einer Zeit, in der andere Länder, z. B. Niedersachsen, ungeachtet dessen, aus welchen Farben sich die Regierung zusammensetzt, ihren Pensionsfonds wieder zurückführen, um den Haushalt zu decken. Bayern friert seine Zuführungen in den Pensionsfonds derzeit ein.

Das Land Baden-Württemberg ist sich dessen bewusst, dass gerade auch in diesem Bereich Nachhaltigkeit praktiziert werden muss. Wir haben nicht nur 1,5 Milliarden € angesammelt, sondern selbst in dieser schwierigen Haushaltslage bleibt es dabei: Wir werden den Pensionsfonds auch 2010 und 2011 weiter anreichern. Sie kennen die entsprechende Beschlusslage.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Kollege Groh hat ein Thema angesprochen, das uns alle – nicht nur die Schwaben, sondern auch die Badener – schmerzt. Es tut weh, wenn man an andere Länder Geld geben muss. Die Rückläufigkeit der Wirtschaftsleistung – man traut sich gar nicht, es zu sagen – hat zwei Seiten einer Medaille: Die eine Seite sind weniger Steuereinnahmen. Die andere Seite ist in der Tat: Das, was wir im Rahmen des Finanzausgleichs zahlen müssen, wird auch weniger.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Ein Nehmerland werden wir dadurch nicht werden!)

– Nein, wir bleiben sehr wohl ein Geberland. Wenn wir für das Jahr 2010 1,6 Milliarden € ansetzen, dann ist das ein gewaltiger Brocken. Setzen Sie einmal die Summe von 1,6 Milliarden € ins Verhältnis zu dem, was wir in diesem Haushalt abdecken oder was wir an neuen Schulden machen müssen.

Die Forderung anderen Ländern gegenüber kann nicht oft genug erhoben werden, lieber Kollege Groh, auch wenn Kollege Kretschmann sie vorhin kritisiert hat: Das Mindeste, was wir verlangen, ist, dass sie dann, wenn sie Geld von uns bekommen, nicht höhere Standards ansetzen als Baden-Württemberg. Diese Forderung kann man nicht oft genug wiederholen. Im Grunde muss man sie jeden Tag neu hinausschreiben, damit sie auch gehört wird.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Morgens und abends! – Abg.

Claus Schmiedel SPD zu CDU und FDP/DVP:
Quatsch mit Soße ist das doch! Und da klatscht ihr auch noch!)

Andererseits wissen wir – da hat Herr Kollege Kretschmann völlig recht, und das hat Herr Kollege Groh doch gar nicht bestritten –: Es gibt Länder, denen man immer wieder neu sagen muss, dass das Nehmen für sie wahrscheinlich seliger ist als das Geben; aber wenn sie nehmen, sollen sie anständig mit dem Geld umgehen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Thomas Blenke CDU: Sehr gut! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Sie können doch nicht vorschreiben, was die mit dem Geld machen sollen!)

Herr Kretschmann hat natürlich völlig recht: Es gibt derzeit drei große Eckpfeiler der föderalen Finanzordnung, die wir unlängst auch in der Föderalismuskommission weiter fortgeschrieben, aber damit auch festgelegt haben.

Der erste Stützpfeiler ist der Solidaritätszuschlag. Deswegen ist ein Antrag, die Einnahmen aus dem Solidaritätszuschlag für Bildungsausgaben zu verwenden, aus dem Reich der Utopie. Das ist der eine Eckpfeiler im Zusammenhang mit der Föderalismusdiskussion.

Der zweite Eckpfeiler ist in der Tat der Finanzausgleich. Er ist übrigens nicht erst in der Föderalismuskommission, sondern schon vorher vom Bundesverfassungsgericht reichlich zementiert worden.

Der dritte Eckpfeiler sind die Bundesergänzungszuweisungen, die an zwei, drei ganz arme Schlucker gehen.

All dies war schon Grundlage – zumindest in der Perspektive – für 2020, um tatsächlich zu dem zu kommen, was für uns im Blick auf die Änderung des Finanzausgleichs ganz, ganz wichtig ist, nämlich eine gemeinsame Schuldendeckelung ab 2020. Insofern ist das schon richtig, damit man nicht vergisst, worauf es ankommt: dass wir nämlich spätestens 2020 alle bei der schwarzen Null sind. Aber klar ist auch: Wir kennen die verfassungsrechtliche Ordnung, und wir wissen, wie schwer es ist, im Bundestag und im Bundesrat entsprechende Mehrheiten zu organisieren.

Herr Schlachter, eines noch: Es geht mir heute wirklich darum, ein paar Aussagen zu korrigieren, die einfach nicht so stehen bleiben dürfen. Sicherlich sind sie nicht vorsätzlich so getroffen worden.

Wir sprechen nicht von einem Wirtschaftswachstum von 4 %, sondern es geht um 4 % mehr Steuereinnahmen. Das ist ein großer Unterschied. Ich sage Ihnen, dass wir sogar etwas vorsichtiger gewesen und mit unserer Erwartung unter dem Wert geblieben sind, den der Bund auf Arbeitsebene derzeit annimmt. Dass der Bund gern noch etwas mehr hätte, kann man verstehen, wenn man sieht, dass derzeit ein Drittel des Gesamthaushalts des Bundes mit Geld vom Kapitalmarkt finanziert werden muss.

Kurzum: Wir glauben im Rahmen unserer mittelfristigen Planung, 2012 und 2013 etwa 4 % mehr Steuern einnehmen zu können. Demzufolge muss man wissen, dass wir von keinem

(Minister Willi Stächele)

unrealistischen Wachstum ausgehen. Das Wachstum für die Jahre 2012 und 2013 ist schwer zu schätzen. Nach jetzigem Stand gehen wir für 2011 von 1, x % Wachstum aus.

Es wird uns alle mit großer Dankbarkeit erfüllen, wenn unser Land, in dem die Steuereinnahmen viel stärker zurückgegangen sind als in anderen Ländern, demnächst auch mit einem Mehr an Steuereinnahmen belohnt wird, Frau Berroth. Ich gehe jedenfalls davon aus – ich hoffe es –, und wir glauben an das Wachstumsbeschleunigungsgesetz.

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Deswegen ist eine entsprechende Veranschlagung bei den konkreten Steuereinnahmen richtig und geradezu geboten. So viel Schizophrenie möge man uns bitte nicht zumuten, dass wir auf der einen Seite das Wachstumsbeschleunigungsgesetz verabschieden und es sich auf der anderen Seite nicht im Haushalt widerspiegelt. Dass wir Vorsicht walten lassen, zeigt sich darin, dass wir einen Ansatz wählen, nach dem die Steuerfälle durch das Wachstumsbeschleunigungsgesetz nur zur Hälfte aus konkreten Steuerermehreinnahmen finanziert werden.

Meine Damen und Herren, es fällt ein wenig schwer, Herrn Schmid darauf zu antworten. Ich hatte den Eindruck, dass Sie fachlich und sachlich schon besser als heute Morgen waren.

(Vereinzelt Heiterkeit – Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

Ich belasse es dabei. Wenn Herr Schmid von Bedeutungslosigkeit spricht, dann ist das wohl ein Trauma, das man nachvollziehen kann, wenn man von den SPD-Umfragewerten hört.

(Vereinzelt Heiterkeit – Zuruf des Abg. Dieter Hillebrand CDU)

Aber sich einfach nur hinzustellen, Begriffe wie „bedeutungslos“, „hilflos“ usw. zu benutzen und dann noch im Grunde zu polemisieren, ist im Rahmen einer Haushaltsberatung für eine große Oppositionsfraktion zu wenig. Da kann man schon mehr erwarten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Zuruf von der CDU: Das ist doch keine große Oppositionsfraktion! – Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Wir haben zusammengestellt, was Grüne und Sozialdemokraten an Sparvorschlägen eingebracht haben. Die Summe von 100 Millionen €, die von Ihnen genannt worden ist, stimmt so nicht. Wir können es bis zum nächsten Mittwoch noch einmal durchgehen. Es sind erheblich weniger. Nur: Wenn ich diesen Vorschlägen die Ausgabewünsche gegenüberstelle, die Sie formulieren,

(Zuruf des Abg. Eugen Schlachter GRÜNE – Abg. Dieter Hillebrand CDU: Unseriös!)

und zwar nicht nur hier im Landtag, sondern vor allem auch draußen gegenüber der Bevölkerung, dann, muss ich sagen, ist Ihr Appell im Hinblick auf die Neuverschuldung, die Schulden, den Schuldenstaat oder was auch immer genannt worden ist, geradezu exotisch.

Kurzum: Ich möchte Sie herzlich bitten, sich auch als Opposition nicht im Ton zu vergreifen, wenn vorhin der Satz gefallen ist: „Die Regierung deckt Steuersünder“ – wenn er so gefallen ist, Herr Schmid.

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Die FDP! Die FDP deckt Steuersünder! – Gegenruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Das ist auch nicht besser! Das ist eine Unverschämtheit! Wir haben rechtliche Bedenken! Das ist vielleicht etwas anderes! – Gegenruf des Abg. Stephan Braun SPD)

Hier im Haus gibt es niemanden, der andere anstiften möchte, gegen Gesetz und Recht zu verstoßen. Wir alle müssen Steuerhinterziehung aufs Schärfste missbilligen. Ich denke, das kann ich für alle, die hier im Raum sind, sagen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP sowie des Abg. Dr. Nils Schmid SPD – Zuruf des Abg. Dr. Nils Schmid SPD)

Meine Damen und Herren, ich will nicht erst ganz am Schluss, sondern schon jetzt, nach dieser dreitägigen Beratung im Plenum, noch einmal herzlich für die Mitwirkung danken. Ich denke, wir haben konstruktiv gearbeitet. Es ist klar: Oft prallen Auffassungen aufeinander. So muss es sein. Ich hoffe, dass wir uns bei der Schlussberatung noch einmal auseinandersetzen können.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Liebe Kolleginnen und Kollegen, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen zum Haushalt vor. Wir kommen daher zur **A b s t i m m u n g** über den Einzelplan 06 – Finanzministerium.

Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 14/5706.

Ich rufe auf

Kapitel 0601

Ministerium

Wer zustimmt, der möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Das Kapitel ist mehrheitlich so beschlossen.

Ich rufe auf

Kapitel 0602

Allgemeine Bewilligungen

Wer zustimmt, der möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist das Kapitel mehrheitlich so beschlossen.

Ich rufe auf

Kapitel 0603

Landesbetrieb Competence Center

und dazu den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 14/5806-1. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, der

(Stellv. Präsident Wolfgang Drexler)

möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dieser Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über das Kapitel 0603 in der ursprünglichen Fassung. Wer zustimmt, der möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit mehrheitlich so beschlossen.

Ich rufe auf

Kapitel 0607

Statistisches Landesamt

Wer zustimmt, der möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Einstimmig so beschlossen.

Ich rufe auf

Kapitel 0608

Steuerverwaltung

Hierzu liegt der Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 14/5806-2, vor. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, der möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist der Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über das Kapitel 0608 in der ursprünglichen Fassung. Wer zustimmt, der möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Mehrheitlich so beschlossen.

Können wir über die Kapitel 0610 bis 0618 gemeinsam abstimmen?

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Bis 0614!)

– Bis Kapitel 0614.

(Abg. Eugen Schlachter GRÜNE: Nein, auch nicht!)

– Also stimmen wir einzeln ab.

Ich rufe auf

Kapitel 0610

Landeszentrum für Datenverarbeitung

Wer zustimmt, der möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist das Kapitel mehrheitlich so beschlossen.

Ich rufe auf

Kapitel 0611

Landesoberkasse

Wer zustimmt, der möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Einstimmig so beschlossen.

Ich rufe auf

Kapitel 0614

Bundesbau Baden-Württemberg

Wer stimmt dem Kapitel zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Einstimmig so beschlossen.

Ich rufe auf

Kapitel 0615

Vermögen und Bau Baden-Württemberg

Wer stimmt dem Kapitel zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist das Kapitel mehrheitlich so beschlossen.

Ich rufe auf

Kapitel 0618

Landesamt für Besoldung und Versorgung

Wer stimmt dem Kapitel zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist das Kapitel mehrheitlich so beschlossen.

Ich rufe auf

Kapitel 0620

Betriebe und Beteiligungen

Hierzu liegt der Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 14/5806-3, vor. Wer dem Änderungsantrag zustimmt, der möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Mehrheitlich so beschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung über Kapitel 0620 in der vom Finanzausschuss beschlossenen Fassung. Wer ist dafür? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist mehrheitlich so beschlossen.

Wir haben noch über Abschnitt II der Beschlussempfehlung Drucksache 14/5706 abzustimmen. Wer Abschnitt II der Beschlussempfehlung zustimmen möchte, der möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist Abschnitt II einstimmig so beschlossen.

Damit ist der Einzelplan 06 – Finanzministerium – beschlossen.

Wir kommen nun zur **A b s t i m m u n g** über den Tagesordnungspunkt 1 c: Einzelplan 12 – Allgemeine Finanzverwaltung.

Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 14/5712. Die Änderungsanträge und den Entschließungsantrag werde ich bei den entsprechenden Kapiteln zur Abstimmung stellen.

Ich rufe auf

Kapitel 1201

Steuern

Hierzu liegen der Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 14/5812-3, und der Entschließungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 14/5812-4, vor.

Wir stimmen zunächst über den Änderungsantrag Drucksache 14/5812-3 ab. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, der möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

(Stellv. Präsident Wolfgang Drexler)

Wir kommen zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 14/5812-4.

Bitte, Herr Abg. Gall.

Abg. Reinhold Gall SPD: Herr Präsident, wir beantragen namentliche Abstimmung.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Herr Präsident, Antrag zur Geschäftsordnung!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte schön, Herr Abg. Dr. Scheffold.

Hat der Antrag auf Durchführung der namentlichen Abstimmung die notwendige Unterstützung?

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Hat er!)

– Gut.

Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Über die Frage des Ankaufs von Steuerdateien ist gestern in Berlin entschieden worden. Unsere Fraktion und auch die Fraktion der FDP/DVP halten diesen Entschließungsantrag deshalb für unzulässig. Wir halten ihn für nicht kompatibel. Deshalb werden wir dem Antrag nicht zustimmen, bzw. wir werden mit Mehrheit entscheiden – gegebenenfalls, wenn Sie das wünschen –, dass darüber nicht abgestimmt werden kann.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das geht doch gar nicht!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Das halte ich für problematisch, Herr Kollege.

Bitte, Herr Abg. Dr. Schmid.

Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Erstens: Der Entschließungsantrag ist zulässig. Zweitens: Wir entscheiden darüber, ob wir über diesen Antrag namentlich abstimmen oder nicht, weil wir über die notwendige Anzahl von Stimmen für die Durchführung einer namentlichen Abstimmung verfügen.

Der Antrag ist deshalb zulässig, weil er begehrt, dass sich das Land für den Ankauf von Steuerdaten einsetzt.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Die sind doch bereits angekauft! – Weitere Zurufe – Unruhe)

Es geht darum, dass sich das Land beteiligt, dass das Land mitmacht und dass es eine klare politische Äußerung dieses Landes dazu gibt. Denn dies ist eben eine schwierige Abwägung zwischen den Grundrechten der betroffenen Steuerbeiträge und dem Einnahmeinteresse des Landes.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb ist es wichtig, dass, gerade wenn man diese schwierige Abwägung vornimmt und sich für den Ankauf entscheidet, dies öffentlich geschieht und mit einem Landtagsbeschluss bekräftigt wird, damit es nicht irgendwelche Ministerialbeamte sind, die das machen. Es geht um das Verhalten des Landes, und deshalb ist dieser Antrag zulässig.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist namentliche Abstimmung beantragt. Hat dieser Antrag die nach § 99 Abs. 1 der Geschäftsordnung vorgeschriebene Unterstützung durch fünf Abgeordnete? – Das ist der Fall.

(Zurufe von der CDU: Aber wir lehnen das ab!)

– Das geht nicht. Sie können es mit Ihrer Mehrheit nicht ablehnen, über Anträge, die im Rahmen der Haushaltsberatung vorgelegt wurden, abzustimmen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Das ist auch nach der Geschäftsordnung nicht möglich.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Aber über einen unzulässigen Antrag kann nicht abgestimmt werden! – Gegenruf der Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Kennen Sie die Geschäftsordnung denn? – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ein unzulässiger Antrag! Das ist doch entschieden! – Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Diese Frage ist doch entschieden! – Gegenruf des Abg. Reinhold Gall SPD: Das ist nicht entschieden! – Gegenruf des Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Natürlich!)

– Die Frage, ob es ein unzulässiger Antrag im Parlament ist, ist eine ganz andere Frage, Herr Kollege. Aber die Frage ist –

(Zurufe von der CDU und der FDP/DVP, u. a.: Der Antrag ist unzulässig! – Abg. Norbert Zeller SPD: Die Debatte darüber wird im Präsidium geführt! – Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Das ist kein Haushaltsantrag! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Entscheidungen des Präsidenten sind zu respektieren! – Weitere Zurufe – Unruhe)

Der Antrag ist nicht unzulässig. Es ist ein Antrag im Rahmen der Haushaltsberatungen.

Bitte, Herr Abg. Dr. Scheffold.

Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Herr Präsident! Nachdem diese Frage meines Erachtens entschieden ist –

(Widerspruch bei der SPD und den Grünen – Abg. Reinhold Gall SPD: Nein, sie ist nicht entschieden!)

gestern ist sie in Berlin entschieden worden – und nachdem diese Frage für den Landeshaushalt von Baden-Württemberg überhaupt keine Rolle spielt,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

halte ich den Antrag für unzulässig und halte es auch für unzulässig, darüber eine Abstimmung herbeizuführen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Abg. Kluck.

Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir sind der Meinung, dass es für diesen Antrag in unserer Geschäftsordnung überhaupt keine Grundlage gibt.

(Hagen Kluck)

Deswegen bitten wir das Hohe Haus, diesen Antrag hier gar nicht zuzulassen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Frau Kollegin Bauer, zur Geschäftsordnung.

Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Wir von der Fraktion GRÜNE sind der Auffassung, dass dieser Antrag eindeutig zulässig ist. Wenn Sie meinen, dass der Inhalt des Antrags nicht mehr aktuell ist, dann ist das Ihre Auffassung. Sie können dem durch ein entsprechendes Abstimmungsverhalten Ausdruck geben. Die Abstimmung jedoch aus formalen Gründen abzulehnen ist nicht in Ordnung. Wir halten dies vom Verfahren her für eine vollkommen klare Sache und bitten darum, abzustimmen.

(Beifall bei den Grünen)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Abg. Schmiedel.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Genügt es nicht, was Herr Schmid gesagt hat?)

Abg. Claus Schmiedel SPD: Liebe Kollegen, die Sache ist ganz einfach: Ob ein Antrag zulässig oder nicht zulässig ist, entscheidet sich an der Sache und nicht durch Mehrheiten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Das stellt der Präsident fest und nicht die Mehrheitsfraktionen.

(Zurufe von der CDU und der FDP/DVP – Unruhe)

Sonst könnten wir als Opposition einpacken. Dann könnten Sie jeden Antrag, der Ihnen nicht passt, weil Sie sich in der Sache nicht einig sind, einfach für unzulässig erklären.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wir halten den Antrag von Ihnen für nicht rechtmäßig!)

Wenn der Präsident feststellt, dass dieser Antrag zulässig ist, dann ist das zu respektieren. Es gehört zu den parlamentarischen Gepflogenheiten, dass Entscheidungen des amtierenden Präsidenten zu respektieren sind. Alles andere kann man dann im Präsidium besprechen.

(Zuruf von der SPD: So ist es!)

Und jetzt stimmen wir ab!

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch nach Rücksprache mit der Verwaltung bin ich der Auffassung, dass der Antrag zulässig ist und zur Abstimmung gestellt werden kann. Andernfalls könnte jede Mehrheit im Parlament bei jedem beliebigen Antrag es ablehnen, den Antrag zur Abstimmung zu stellen. Das geht nach unserer Geschäftsordnung nicht.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Nicht jeden Antrag! Aber dann, wenn es begründet ist!)

Insofern halte ich meine Meinung nach wie vor aufrecht, dass dieser Antrag zulässig ist und jetzt auch zur Abstimmung gestellt werden kann.

Herr Abg. Dr. Scheffold, bitte.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Wir stimmen jetzt ab! Es gibt keine weitere Wortmeldung mehr!)

– Herr Kollege Gall, über die Frage, wer hier das Wort erhält, entscheide ich.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Bitte, Herr Abg. Dr. Scheffold.

Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Herr Präsident, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube nicht, dass die Fragestellung die ist, ob wir hier jeden Antrag mit Mehrheit ablehnen könnten oder jedem Antrag mit Mehrheit zustimmen könnten.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Doch! Das wäre die Konsequenz!)

Aber wenn ein Antrag unzulässig ist,

(Zuruf von der SPD: Das entscheiden doch nicht Sie, ob ein Antrag unzulässig ist!)

dann meine ich, dass wir darüber auch eine Entscheidungsfindung herbeiführen können.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Ich halte diesen Antrag nicht für unzulässig, Herr Kollege. Das ist eine politische Einschätzung, aber diese Einschätzung wird hier oben so nicht geteilt. Insofern lasse ich den Antrag jetzt zu und auch die namentliche Abstimmung,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist eine andere Frage!)

die übrigens in § 99 Abs. 1 der Geschäftsordnung eindeutig geregelt ist:

Eine namentliche Abstimmung findet statt, wenn ein entsprechender Antrag durch fünf Abgeordnete unterstützt wird.

Hinterher kann ja jeder eine Erklärung abgeben. Das ist gar keine Frage.

(Zuruf von der SPD: Ja, jeder!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wer dem Entschließungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 14/5812-4, zustimmen möchte, den bitte ich, mit Ja zu antworten, wer ihn ablehnen möchte, der möge mit Nein antworten. Wer sich der Stimme enthalten möchte, der antworte mit „Enthaltung“.

Ich bitte die Schriftführerin, Frau Kollegin Schütz, den Namensaufruf vorzunehmen. Der Namensaufruf beginnt mit dem Buchstaben O.

(Namensaufruf)

(Stellv. Präsident Wolfgang Drexler)

Ist noch jemand im Saal, der abzustimmen wünscht? – Das ist nicht der Fall. Damit ist die Abstimmung beendet. Ich bitte die Schriftführer, die Stimmen auszuzählen.

(Auszählen der Stimmen)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich darf das Abstimmungsergebnis bekannt geben:

An der Abstimmung haben sich 117 Abgeordnete beteiligt.

*Mit Ja haben 41 Abgeordnete gestimmt,
mit Nein haben 25 Abgeordnete gestimmt,
enthaltend haben sich 51 Abgeordnete.*

Damit ist der Entschließungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 14/5812-4, angenommen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

*

Mit J a haben gestimmt:

SPD: Katrin Altpeter, Christoph Bayer, Stephan Braun, Fritz Buschle, Wolfgang Drexler, Sabine Fohler, Reinhold Gall, Hans-Martin Haller, Rita Haller-Haid, Rudolf Hausmann, Ursula Haußmann, Helen Heberer, Walter Heiler, Peter Hofelich, Gunter Kaufmann, Gerhard Kleinböck, Thomas Knapp, Walter Krögner, Georg Nelius, Dr. Rainer Prewo, Margot Queitsch, Ingo Rust, Nikolaos Sakellariou, Dr. Nils Schmid, Claus Schmiedel, Wolfgang Stehmer, Rainer Stickelberger, Johannes Stober, Andreas Stoch, Wolfgang Wehowsky, Marianne Wonnay, Norbert Zeller.

GRÜNE: Theresia Bauer, Winfried Kretschmann, Dr. Bernd Murschel, Reinhold Pix, Eugen Schlachter, Hans-Ulrich Sckerl, Edith Sitzmann, Dr. Gisela Splett, Franz Untersteller.

Mit N e i n haben gestimmt:

CDU: Manfred Groh, Manfred Hollenbach, Karl-Wolfgang Jägel, Karl Klein, Dr. Bernhard Lasotta, Dr. Reinhard Löffler, Ulrich Lusche, Winfried Mack, Stefan Mappus, Paul Nemeth, Werner Raab, Dr. Wolfgang Reinhart, Karl-Wilhelm Röhm, Karl Rombach, Winfried Scheuermann, Katrin Schütz, Stefan Teufel.

GRÜNE: Ilka Neuenhaus, Thomas Oelmayer.

FDP/DVP: Dr. Birgit Arnold, Dietmar Bachmann, Monika Chef, Friedhelm Ernst, Dr. Ulrich Goll, Dr. Hans-Peter Wetzel.

Der Stimme e n t h a l t e n haben sich:

CDU: Norbert Beck, Ernst Behringer, Dr. Dietrich Birk, Thomas Blenke, Thomas Bopp, Monika Bormann, Elke Brunnemer, Jörg Döpfer, Friedlinde Gurr-Hirsch, Peter Hauk, Hans Heinz, Klaus Herrmann, Dieter Hillebrand, Bernd Hitzler, Andreas Hoffmann, Rudolf Köberle, Joachim Köbler, Andrea Krueger, Sabine Kurtz, Ursula Lazarus, Johanna Lichy, Paul Locherer, Veronika Netzhammer, Günther Oettinger, Christoph Palm, Günther-Martin Pauli, Werner Pfisterer, Helmut Rau, Nicole Razavi, Heribert Rech, Klaus Dieter Reichardt, Helmut Walter Rüeck, Bernhard Schätzle, Volker Schebesta, Dr. Stefan Scheffold, Dr. Klaus Schüle, Marcel Schwehr, Willi Stächele, Gerhard Stratthaus, Karl Traub, Christa Vosserschulte, Georg Wacker, Guido Wolf, Karl Zimmermann.

SPD: Rosa Grünstein.

FDP/DVP: Heiderose Berroth, Dr. Friedrich Bullinger, Beate Fauser, Hagen Kluck, Dr. Ulrich Noll, Ernst Pfister.

*

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für eine Erklärung zur Abstimmung haben sich Herr Abg. Mappus und Herr Abg. Kluck zu Wort gemeldet.

Ich erteile zunächst Herrn Abg. Mappus das Wort.

Abg. Stefan Mappus CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich will nicht in die inhaltliche Debatte einsteigen, weil man zugegebenermaßen unterschiedlicher Meinung sein kann, ob es Aufgabe eines Staates ist, über den Erwerb illegal beschaffter Daten entsprechend vorzugehen.

Aber ich will auf zwei Punkte hinweisen. Erstens: Es war heute Morgen mit dem Präsidenten des Landtags von Baden-Württemberg vereinbart – auch im Beisein des Kollegen Dr. Rülke –, dass diese Abstimmung so nicht stattfindet.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Mit uns war nichts vereinbart! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Sie können doch mit dem Präsidenten nichts vereinbaren! Wo sind wir denn? Jetzt hört es aber auf! – Abg. Marianne Wonnay SPD: Das ist entlarvend! – Weitere Zurufe von der SPD – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Abg. Mappus hat das Wort.

Abg. Stefan Mappus CDU: Ich sage es nochmals: Es war heute Morgen – ich sage Ihnen auch gleich, warum –

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Wer mit wem?)

mit dem Präsidenten des Landtags von Baden-Württemberg vereinbart,

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Sie mit dem Präsidenten? Das ist ja lächerlich! – Abg. Reinhold Gall SPD: Das ist ja ein Unding! Das ist ein Skandal!)

dass diese Abstimmung deshalb so nicht stattfindet ...

(Zurufe der Abg. Claus Schmiedel und Reinhold Gall SPD – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Ich darf darum bitten, den Redner aussprechen zu lassen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Jetzt gibt es eine Parlamentsaffäre! – Abg. Reinhold Gall SPD: Das ist unglaublich! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Das ist ja unglaublich! – Heiterkeit – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Machen Sie doch Ihren Dienstwagenkampf untereinander aus, und belästigen Sie uns nicht damit! – Unruhe)

Herr Mappus, bitte, fahren Sie mit Ihren Ausführungen fort.

Abg. Stefan Mappus CDU: ... – Herr Kollege Schmiedel, ich weise nur darauf hin; ich habe Zeit –,

(Abg. Reinhold Gall SPD: Wir auch!)

(Stefan Mappus)

dass diese Abstimmung deshalb so nicht stattfindet, weil sie nicht zulässig ist.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das haben Sie nicht zu vereinbaren!)

– Aber, mit Verlaub, der Präsident des Landtags von Baden-Württemberg hat im Gegensatz zu Ihnen sehr wohl die Möglichkeit, dies zu entscheiden.

(Beifall des Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU – Abg. Claus Schmiedel SPD: Entschuldigung, er muss es doch uns sagen! Wir sind Antragsteller!)

Ich lege nur einen gewissen Wert darauf, dass die Landtagsverwaltung – die Verwaltung, der Präsident und seine Vizepräsidenten – in Zukunft zumindest in der Lage ist, in der gleichen Vorgehensweise voranzuschreiten. Ich glaube, das ist gegenüber dem Parlament die logische Konsequenz.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Der Präsident des Landtags von Baden-Württemberg ist Chef der Verwaltung. So einfach ist das.

Zweitens – um das auch klar zu sagen –: Wenn dieser Antrag zulässig ist, dann gibt es in Zukunft nichts mehr, was nicht zulässig ist.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Wo sind wir denn?)

Denn wenn die Devise lautet, dass man in Zukunft über alles abstimmen kann, ganz gleich, ob man zuständig ist oder nicht,

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das sagt doch niemand! – Weitere Zurufe von der SPD)

dann gibt es nichts mehr, was in diesem Landtag nicht zulässig ist. Das hielte ich für falsch. Deshalb fordere ich Sie auf, auch wenn Sie mit Blick auf die letzten Tage glauben, Blut geleckt zu haben: Missbrauchen Sie Haushaltsdebatten nicht für irgendwelche Schauanträge, die mit der Aufgabe des Landtags von Baden-Württemberg nichts zu tun haben.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Reinhold Gall SPD: Wir missbrauchen gar nichts! Das ist eine Unverschämtheit!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Liebe Kolleginnen und Kollegen, dieses Thema müssen wir sicherlich im Präsidium ausdiskutieren.

(Zuruf von der SPD: Was sollen wir ausdiskutieren? Das Ding ist entschieden!)

Mir liegen jetzt noch zwei Wortmeldungen vor. Dann sollten wir aber in der Tagesordnung fortfahren. Ich möchte nur noch erklären: Ich habe mich gerade über Augenkontakt mit meiner Kollegin Vosschulte verständigt. Sowohl ihr als auch mir ist diese Vereinbarung nicht zugegangen. Auch die Verwaltung, die hinter mir sitzt, hatte – ich muss es einfach sagen – über diese Entscheidung keine Information. Alle Vorlagen, die bei mir auf dem Tisch liegen, gehen davon aus, dass über den Antrag rechtmäßig abzustimmen ist.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Geben Sie es dem Präsidenten weiter!)

– Wir geben das weiter. Das ist klar. Wenn es notwendig ist, werden wir es im Präsidium klären.

Nun erhalten zunächst Herr Abg. Kluck und dann Herr Abg. Schmiedel noch das Wort. Aber dann, würde ich sagen, fahren wir aufgrund der fortgeschrittenen Zeit gemäß der Tagesordnung mit den Abstimmungen fort.

Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Kollege Dr. Schmid hat bei der Begründung des Antrags davon gesprochen, wie schwierig es ist, abzuwägen, ob sich der Staat in einer solchen Sache zum Hehler machen darf oder nicht. Weil diese Abwägung so schwierig ist, hat sich ein Teil meiner Fraktion bei der Abstimmung über den Entschließungsantrag der Stimme enthalten, und ein Teil hat mit Nein gestimmt. Beides ist geschehen, weil es die Mitglieder meiner Fraktion für unzulässig halten, den Antrag hier in dieser Form einzubringen; denn das ist in der Geschäftsordnung nicht vorgesehen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Reinhold Gall SPD: Natürlich! – Zurufe von der SPD: Das stimmt doch gar nicht! Wo in der Geschäftsordnung steht das?)

Ich will nur betonen, dass wir es für unanständig halten, jene, die mit Nein gestimmt oder sich der Stimme enthalten haben, zu Schutzherrn von Steuerhinterziehern erklären zu wollen.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Zurufe von der FDP/DVP und der CDU: Bravo!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Jetzt erteile ich Herrn Abg. Schmiedel für die Fraktion der SPD das Wort, danach Frau Abg. Bauer für die Fraktion GRÜNE.

Abg. Claus Schmiedel SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn Abwägungen schwierig sind, entbindet uns dies als Parlamentarier nicht, eine Entscheidung zu treffen.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Aber nur bei zulässigen Anträgen! – Gegenruf des Abg. Norbert Zeller SPD: Wo steht denn das? – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Wo sind wir denn? Das nächste Mal stimmen wir hier noch über den Spitzenkandidaten der SPD ab!)

Bundesfinanzminister Schäuble hat öffentlich mitgeteilt, dass für den Ankauf solcher Dateien, die angeboten werden, die Länder zuständig sind. Insofern ergibt sich eine originäre Zuständigkeit der Landesregierung. Deshalb ergibt sich auch eine politische Verantwortung des Landtags, diese Abwägungsentscheidung zu treffen.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Franz Untersteller GRÜNE)

Ich kann beim besten Willen nicht nachvollziehen, wie man auf die Idee kommen kann, dass ein Antrag unzulässig ist, der sich mit der generellen Frage befasst: Soll von solchen Angeboten Gebrauch gemacht werden, ja oder nein?

(Claus Schmiedel)

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Davon steht in Ihrem Antrag nichts! So geht es nicht! – Abg. Stefan Mappus CDU: Genau! Das steht doch gar nicht darin! – Abg. Winfried Scheuermann CDU: Lesen Sie ihn einmal laut vor! – Weitere Zurufe von der CDU)

– Das steht darin. – Jetzt kommt aber das aus meiner Sicht eigentlich Schwierige: Herr Mappus, das, was Sie gerade gesagt haben, bedeutet, dass Sie sich als Vorsitzender der CDU-Fraktion mit dem Präsidenten des Landtags darüber verständigen, ob ein Antrag der SPD zulässig ist oder nicht.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das ist unglaublich!)

Das ist ein einmaliger Vorgang. Wenn der Präsident der Meinung ist, dass unser Antrag unzulässig ist, dann hat er sich mit uns auseinanderzusetzen. Wir sind die Antragsteller!

(Lebhafter Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Stefan Mappus CDU: Es ist sein Recht, auch das zu entscheiden! – Gegenruf von der SPD: Glücklicherweise steht das im Protokoll!)

Wenn eine Oppositionsfraktion einen Antrag einbringt und der Präsident der Meinung ist, dieser Antrag sei unzulässig, dann soll er sich bitte schön an diese Fraktion wenden, also an den parlamentarischen Geschäftsführer oder an mich. Dann kann man sich damit auseinandersetzen und sich darüber austauschen. Aber dass Sie als Vorsitzender einer Regierungsfraktion das hinter unserem Rücken ausmauscheln, das ist unparlamentarisch.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Das ist doch überhaupt nicht wahr! Das ist unglaublich und schäbig! – Lachen des Abg. Stefan Mappus CDU – Unruhe bei der CDU)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Das Wort für die Fraktion GRÜNE hat Herr Abg. Kretschmann.

Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist gar nicht ersichtlich, Herr Kollege Mappus, warum dieser Entschließungsantrag nicht zulässig sein soll.

(Abg. Stefan Mappus CDU: Doch! Natürlich!)

Entschließungsanträge kann man im Prinzip zu allem und jedem einbringen,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist das Problem!)

und wenn sie Ihnen nicht gefallen, lehnen Sie sie ab.

(Heiterkeit bei den Grünen und der SPD)

Das ist ganz einfach. Der Antrag steht in einem sachlichen Zusammenhang mit dem Thema, um das es hier geht, nämlich den Steuereinnahmen. Darauf haben wir keinen direkten Zugriff, sondern sind insofern vom Bund abhängig. Dass wir in diesem Zusammenhang mit einem solchen Entschließungsantrag an die Regierung appellieren, in diese Richtung tätig zu werden, steht in einem direkten Zusammenhang mit dem Haushalt, mit diesen Haushaltsberatungen. Es gibt keinen er-

sichtlichen Grund – geschäftsordnungsmäßig schon gar nicht –, warum dieser Antrag nicht zulässig sein soll.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Deshalb würde ich das einfach ein bisschen tiefer hängen, Herr Kollege Mappus.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Lachen bei der CDU)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich will nur noch einmal deutlich machen: Dieser Antrag ist rechtzeitig eingegangen. Die Verwaltung hat ihn geprüft. Er wurde zur Abstimmung gestellt. Anträge, die nicht ordnungsgemäß hier eingegangen sind oder nicht für rechtens gehalten werden, gelangen gar nicht zur Abstimmung, sondern deren Behandlung wird abgelehnt. Das ist nicht erfolgt, bis heute Morgen nicht. Mit mir ist diese Absprache auch nicht zustande gekommen. Ich habe mich bei dieser Debatte noch einmal bei der Verwaltung rückversichert: Wir sind hier zu der Auffassung gekommen, dass der Antrag rechtens ist und deswegen auch zur Abstimmung gestellt werden konnte. Deswegen ist er dann offensichtlich auch angenommen worden.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Ich darf jetzt einfach weitermachen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wir müssen uns vielleicht im Präsidium noch einmal über dieses Thema unterhalten.

Ich rufe auf

Kapitel 1202

Allgemeine Bewilligungen

Wer diesem Kapitel zustimmt, der möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Dann ist dieses Kapitel angenommen.

Ich muss noch einmal zu Kapitel 1201 – Steuern – zurückkommen; denn darüber haben wir noch nicht abgestimmt. Ich stelle dieses Kapitel in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses zur Abstimmung. Wer zustimmt, möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dieses Kapitel mehrheitlich so beschlossen.

Ich rufe auf

Kapitel 1204

Finanzausgleich zwischen Land und Bund sowie anderen Ländern

Wer zustimmt, möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dieses Kapitel einstimmig so beschlossen.

Wir kommen jetzt zu

Kapitel 1205

Kommunaler Finanzausgleich

Hierzu liegen mehrere Anträge vor.

(Stellv. Präsident Wolfgang Drexler)

Der weiter gehende Antrag ist der Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/5812-1. Wer diesem Antrag zustimmt, der möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dieser Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Der nächste Antrag, über den abzustimmen ist, ist der Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 14/5812-5. Wer diesem Antrag zustimmt, möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dieser Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Jetzt kommt noch ein dritter Antrag, nämlich der Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 14/5812-6. Wer diesem Antrag zustimmt, möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über das Kapitel 1205 – Kommunaler Finanzausgleich – in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses. Wer dem Kapitel zustimmt, möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Das Kapitel ist so beschlossen.

Ich rufe auf

Kapitel 1206

Schulden und Forderungen

Hierzu liegt die Ziffer 2 des Änderungsantrags der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/5812-2, vor.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

– Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn man die Abstimmung hier durchführen muss, ist das völlig unmöglich, wenn hier ständig Gespräche geführt werden.

Wir stimmen über die Ziffer 2 des Änderungsantrags der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/5812-2, ab. Wer dieser Ziffer zustimmt, möge bitte die Hand heben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Ziffer 2 ist abgelehnt.

Damit kommen wir zur Abstimmung über Kapitel 1206 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses. Wer dem Kapitel zustimmt, möge bitte die Hand heben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit hat die Mehrheit dieses Kapitel beschlossen.

Wir kommen zu

Kapitel 1208

Staatlicher Hochbau

Hierzu liegt der Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/5812-11, vor. Wer dem Antrag zustimmt, möge bitte die Hand heben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über Kapitel 1208 in der ursprünglichen Fassung. Wer dafür ist, möge bitte die Hand heben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Mehrheitlich so beschlossen.

Wir kommen zu

Kapitel 1209

Staatsvermögen

Hierzu liegen zwei Änderungsanträge vor. Ich lasse zuerst über Ziffer 1 des Antrags der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/5812-2, abstimmen. Wer dieser Ziffer zustimmt, möge bitte die Hand heben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist Ziffer 1 dieses Antrags abgelehnt.

Ich lasse über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 14/5812-7, abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmt, möge bitte die Hand heben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist der Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über Kapitel 1209 in der ursprünglichen Fassung. Wer dem Kapitel zustimmt, möge bitte die Hand heben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist mehrheitlich so beschlossen.

Kapitel 1210

Versorgung

Wer diesem Kapitel zustimmen will, möge bitte die Hand heben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Mit wenigen Gegenstimmen so beschlossen.

Kapitel 1212

Sammelansätze

Hierzu liegen zwei Anträge vor. Ich lasse zuerst über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 14/5812-8, abstimmen. Wer dem Antrag zustimmt, möge bitte die Hand heben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist der Antrag abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 14/5812-9. Wer diesem Antrag zustimmt, möge bitte die Hand heben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse über Kapitel 1212 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses abstimmen. Wer dem Kapitel zustimmt, möge bitte die Hand heben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist das Kapitel mehrheitlich so beschlossen.

Wir kommen zu

Kapitel 1220

Zukunftsoffensive II

Wer stimmt dem zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist das Kapitel einstimmig so beschlossen.

Kapitel 1221

Zukunftsoffensive III

Wer stimmt dem zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Einstimmig so beschlossen.

(Stellv. Präsident Wolfgang Drexler)

Wir kommen zu

Kapitel 1222

Zukunftsoffensive IV

Wer dem zustimmt, möge bitte die Hand heben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Mehrheitlich so beschlossen.

Wir kommen zu

Kapitel 1223

Zukunftsinvestitionen

Hierzu liegt der Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 14/5812-10, vor. Wer dem zustimmt, möge bitte die Hand heben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist der Antrag abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über Kapitel 1223 in der ursprünglichen Fassung. Wer dem zustimmt, möge bitte die Hand heben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist das Kapitel so beschlossen.

Können wir über die Kapitel 1230 bis 1245 gemeinsam abstimmen? – Nein.

Kapitel 1230

Neue Steuerungsinstrumente

Wer dem Kapitel zustimmt, möge bitte die Hand heben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Mehrheitlich ist so beschlossen.

Kapitel 1240

Impulsprogramm Baden-Württemberg

Wer dem Kapitel zustimmt, möge bitte die Hand heben. – Wer ist dagegen? – Bei einigen Gegenstimmen ist so beschlossen.

Kapitel 1245

Landesinfrastrukturprogramm und Zukunftsinvestitionsprogramm des Bundes

Wer dem Kapitel zustimmt, möge bitte die Hand heben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Mit Mehrheit ist dieses Kapitel so beschlossen.

Wir sind damit am Ende der Beschlüsse zu Tagesordnungspunkt 1 c und kommen jetzt zur **A b s t i m m u n g** über Tagesordnungspunkt 1 d:

Staatshaushaltsgesetz 2010/11

Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 14/5715.

Ich rufe auf

§ 1

Wer § 1 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Mehrheitlich ist so beschlossen.

Können wir über alle übrigen Paragraphen zusammen abstimmen?

(Zurufe: Zusammen! – Abg. Eugen Schlachter GRÜ-NE: Die §§ 2 und 3 zusammen! § 4 extra!)

– Über die §§ 2 und 3 lasse ich also zusammen abstimmen. Über den Rest wird dann extra abgestimmt.

§§ 2 und 3

Wer den §§ 2 und 3 zustimmt, der möge bitte die Hand heben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Es ist so beschlossen.

§ 3 a

Wer § 3 a zustimmt, möge bitte die Hand heben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Es ist so beschlossen.

Können wir über die §§ 4 bis 6 zusammen abstimmen?

(Widerspruch)

– Nein.

§ 4

Wer stimmt § 4 zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Es ist so beschlossen.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: §§ 5 bis 14 zusammen! – Gegenruf des Abg. Claus Schmiedel SPD: Ja!)

– Über die §§ 5 bis 14 können wir zusammen abstimmen.

§§ 5 bis 14

Wer den §§ 5 bis einschließlich 14 zustimmt, möge bitte die Hand heben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Es ist so beschlossen.

§ 15

Wer stimmt § 15 zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Es ist somit mehrheitlich beschlossen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit ist die Zweite Beratung des Gesetzes über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2010 und 2011 abgeschlossen.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über Tagesordnungspunkt 2 – Haushaltsbegleitgesetz 2010 und Gesetz über das Landesschuldbuch, Drucksache 14/5680, mit der Beschlussempfehlung und dem Bericht des Finanzausschusses, Drucksache 14/5716 – und über Tagesordnungspunkt 3 – Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zur Mittelfristigen Finanzplanung des Landes Baden-Württemberg für die Jahre 2009 bis 2013, Drucksachen 14/5681 und 14/5717. Berichterstatter zu beiden Punkten ist Herr Abg. Herrmann.

(Zuruf von der CDU: Er hat eine halbstündige Rede vorbereitet!)

– Ich gehe nicht davon aus, dass Herr Abg. Herrmann das Wort ergreift.

(Stellv. Präsident Wolfgang Drexler)

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Nein! Er wünscht es nicht! – Gegenruf des Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Bravo!)

– Danke.

Wir kommen zunächst zur **A b s t i m m u n g** über Punkt 2 der Tagesordnung: Haushaltsbegleitgesetz 2010 und Gesetz über das Landesschuldbuch.

Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 14/5716. Der Finanzausschuss empfiehlt Ihnen in Abschnitt I der Beschlussempfehlung, dem Gesetzentwurf Drucksache 14/5680 zuzustimmen.

Dazu liegt ein Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/5815, vor, den ich an der entsprechenden Stelle zur Abstimmung stellen werde.

Ich rufe auf

Artikel 1

Änderung des Finanzausgleichsgesetzes

Wer Artikel 1 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist Artikel 1 mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 2

Änderung der Landeshaushaltsordnung

Wer Artikel 2 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Damit ist Artikel 2 einstimmig so beschlossen.

Ich lasse nun über den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/5815, abstimmen, der die Einfügung von zwei neuen Artikeln 3 und 4 vorsieht. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Ich rufe auf

Artikel 3

Gesetz über das Landesschuldbuch (Landesschuldbuchgesetz)

Wer Artikel 3 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Somit ist Artikel 3 mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 4

Übergangs- und Schlussbestimmungen

Wer Artikel 4 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Somit ist Artikel 4 einstimmig zugestimmt.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 5. Februar 2010 das folgende Gesetz beschlossen:“.

Die Überschrift

lautet: „Haushaltsbegleitgesetz 2010 und Gesetz über das Landesschuldbuch“. – Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen zur

S c h l u s s a b s t i m m u n g

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmt, den bitte ich, sich zu erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dem Gesetz mehrheitlich zugestimmt.

Über Abschnitt II der Beschlussempfehlung Drucksache 14/5716 müssen wir auch noch abstimmen. Wer stimmt dem zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist Abschnitt II einstimmig zugestimmt.

Ich lasse nun noch zu Punkt 3 der Tagesordnung über die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 14/5717, abstimmen. Der Finanzausschuss schlägt Ihnen vor, von der Mitteilung des Finanzministeriums – Mittelfristige Finanzplanung für die Jahre 2009 bis 2013 –, Drucksache 14/5681, Kenntnis zu nehmen. – Sie stimmen der Beschlussempfehlung zu.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit sind wir am Ende der heutigen Tagesordnung angekommen. Die nächste Sitzung findet am Mittwoch, 10. Februar 2010, um 10:00 Uhr statt.

Ich danke Ihnen und schließe die Sitzung.

Schluss: 13:55 Uhr